

51. Sitzung

am Mittwoch, dem 23. Juni 2010, 13.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 4246

Geburtstags- und Genesungswünsche für die
Abgeordnete **Johanna Werner-Muggendorfer** . 4246

Glückwünsche für den Abgeordneten **Thomas Mütze** zu dessen Wahl als Vorsitzender der
Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN,
Dankesworte und Genesungswünsche für den
bisherigen Fraktionsvorsitzenden **Sepp Daxenberger** 4246

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vor-
schlag der SPD-Fraktion
**"Lauter Titel ohne Mittel - städtische und länd-
liche Räume gestalten statt ausbluten lassen"**

Annette Karl (SPD)..... 4246
Eberhard Rotter (CSU)..... 4248
Alexander Muthmann (FW)..... 4250
Christine Kamm (GRÜNE)..... 4251
Thomas Dechant (FDP)..... 4252
Dr. Paul Wengert (SPD)..... 4252
Martin Schöffel (CSU)..... 4253
Gerhard Wägemann (CSU)..... 4254
Staatssekretärin Katja Hessel..... 4255

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bau-
se, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Frak-
tion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
**zur Änderung der Bayerischen Bauordnung
Zulassung kommunaler Solarsatzungen**
(Drs. 16/5111)
- Erste Lesung -

Christine Kamm (GRÜNE)..... 4257 4260
Tobias Reiß (CSU)..... 4257
Ludwig Wörner (SPD)..... 4259
Thorsten Glauber (FW)..... 4259
Jörg Rohde (FDP)..... 4259

Staatssekretär Gerhard Eck..... 4260

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 4261

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete
Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes
(Drs. 16/5144)
- Erste Lesung -
und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Inge
Aures u. a. und Fraktion (SPD)
**zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes
Einführung einer kommunalen Geldspielgerä-
testeuer** (Drs. 16/5171)
- Erste Lesung -

Christine Kamm (GRÜNE)..... 4261
Helga Schmitt-Bussinger (SPD)..... 4261
Josef Zellmeier (CSU)..... 4262
Joachim Hanisch (FW)..... 4263
Jörg Rohde (FDP)..... 4264
Staatsminister Joachim Herrmann..... 4265

Verweisung in den Kommunalausschuss..... 4266

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwan-
ger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a.
und Fraktion (FW)
**zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der
Erwachsenenbildung** (Drs. 16/5130)
- Erste Lesung -

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW)..... 4266 4272
Berthold Rüdth (CSU)..... 4268
Karin Pranghofer (SPD)..... 4269 4270
Simone Tolle (GRÜNE)..... 4270 4272
Brigitte Meyer (FDP)..... 4271 4272 4273

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD).....	4273
Verweisung in den Bildungsausschuss.....	4273

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Drs. 16/4013)
 - Zweite Lesung -
 Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 16/5175)

Ulrike Gote (GRÜNE).....	4274 4277
Oliver Jörg (CSU).....	4275 4277 4278 4279
Dr. Hans Jürgen Fahn (FW).....	4278 4287
Dr. Thomas Goppel (CSU).....	4278
Natascha Kohlen (SPD).....	4279
Isabell Zacharias (SPD).....	4279 4280 4286
Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW).....	4281 4284
Dr. Annette Bulfon (FDP).....	4282 4284
Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch....	4284 4285 4286 4287
Beschluss.....	4287

Wahl
der oder des Vorsitzenden des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten"

Geheime Wahl.....	4287
Bekanntgabe des Wahlergebnisses	4293

Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Beschluss.....	4288
----------------	------

Mitteilung gem. § 26 Abs. 2 GeschO, betr. **Ausschussbesetzungen**

Mitteilung, betr. Zurückziehung des SPD-Dringlichkeitsantrags 16/5212, betr. "Die Wahl des Bundespräsidenten freigeben"

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FW)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern (Drs. 16/5209)

Peter Meyer (FW).....	4288 4290
Ingrid Heckner (CSU).....	4289 4290

Christa Naaß (SPD).....	4290 4294
Adi Sprinkart (GRÜNE).....	4291
Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP).....	4292
Staatsminister Georg Fahrenschon.....	4293 4295

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 2).....

Ergebnis der namentlichen Abstimmung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einführung der Brennelementesteuer unterstützen (Drs. 16/5210)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a. und Fraktion (CSU),
 Thomas Hacker, Prof. Dr. Georg Barfuß, Tobias Thalhammer u. a. und Fraktion (FDP)
Einführung einer Brennelementesteuer unterstützen (Drs. 16/5218)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Naaß, Franz Maget u. a. und Fraktion (SPD)
Ende der Atom-Subventionen gefordert (Drs. 16/5219)

Ludwig Hartmann (GRÜNE).....	4295 4301
Gertraud Goderbauer (CSU).....	4297
Ludwig Wörner (SPD).....	4297 4299 4302
Thorsten Glauber (FW).....	4298
Tobias Thalhammer (FDP).....	4298 4300
Staatssekretär Franz Josef Pschierer....	4300 4301 4302

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 16/5210.....

Beschluss zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/5218.....

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/5219...
 4303

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Christian Meißner u. a. und Fraktion (CSU),
 Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion (FDP)
Linksextremismus wirksam entgegentreten! (Drs. 16/5211)

Christian Meißner (CSU).....	4303
------------------------------	------

Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 4304 4306
 Franz Schindler (SPD)..... 4305 4306 4307 4311
 Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP)..... 4307
 Bernhard Pohl (FW)..... 4307
 Susanna Tausendfreund (GRÜNE)..... 4308 4312
 Staatsminister Joachim Herrmann. 4310 4311 4312
 Adelheid Rupp (SPD)..... 4312

Namentliche Abstimmung siehe Protokoll der Plenarsitzungsfolge vom 13. mit 15. Juli 2010 4313

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW)
Berichtsantrag zur Sicherstellung der weiteren Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser in Bayern (Drs. 16/5213)

Verweisung in den Sozialausschuss 4313

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Asylkompromiss umsetzen: Neues Konzept für die Gemeinschaftsunterkunft Heinrich-Wie-land-Straße in München erarbeiten (Drs. 16/5214)

Verweisung in den Sozialausschuss 4313

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU),
 Thomas Hacker, Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner u. a. und Fraktion (FDP)

Zukunft der Regionalförderung (Drs. 16/5215)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 4313

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW)
Modellregionen für Elektromobilität einrichten, dabei vorhandene regionale Cluster berücksichtigen, Auswahlverfahren an Kriterienkatalog binden und ÖPNV-Konzepte berücksichtigen (Drs. 16/5216)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 4313

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klare Absage an eine Realisierung des Autobahn-Südrings A 99 (Drs. 16/5217)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 4313

Schluss der Sitzung..... 4313

(Beginn: 13.08 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 51. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Diese wurde wie immer erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, spreche ich einen Geburtstagsglückwunsch aus. Am 22. Juni feierte Frau Kollegin Johanna Werner-Muggendorfer einen runden Geburtstag. Viele Kolleginnen und Kollegen haben in der Zwischenzeit mit ihr Kontakt gehabt, vor allem Kollegen der SPD-Fraktion, aber auch andere Kollegen des Hohen Hauses. Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen haben mit ihr immer wieder Kontakt gehabt. Auch unser Amtschef und mein Büroleiter waren bei ihr. Ich freue mich, dass sie sich in einem guten Genesungsprozess befindet. Wir wünschen ihr die Geduld, ihre Situation durchzustehen. Wir freuen uns darauf, dass sie bald wieder hier ist. - Also noch einmal unser Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Glückwünsche spreche ich auch Herrn Thomas Mütze aus. Er ist zum Vorsitzenden der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch! Er wird ihn nachlesen können, oder der Glückwunsch kann ihm ausgerichtet werden. Wir wünschen dem Kollegen Mütze alles Gute für sein Amt.

(Allgemeiner Beifall)

Aber ich möchte nicht nur gratulieren. Dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden, dem Kollegen Sepp Daxenberger, möchte ich ganz herzlich danken. Wir danken ihm, dass er das Amt des Fraktionsvorsitzenden trotz schwerster Krankheit so lange innegehabt hat.

Ich darf Ihnen sagen, dass es Herrn Daxenberger momentan gesundheitlich nicht gut geht. Aber wir wünschen ihm alles Gute, Kraft, Mut und Zuversicht. Wir sind bei ihm.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Lauter Titel ohne Mittel - städtische und ländliche Räume gestalten statt ausbluten lassen"

Von der Geschäftsordnung her ist die Reihenfolge der Redner festgelegt. Das betrifft auch die Redezeit. Für die SPD hat Frau Kollegin Karl das Wort. Für sie wurden zehn Minuten Redezeit beantragt.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedaure sehr, dass das Thema "ländliche Räume" bei der CSU anscheinend eine so niedrige Wertigkeit hat, dass sich von der Fraktion kaum jemand die Mühe macht, in den Plenarsaal zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Aber es kann ja noch besser werden.

Die Sichtweise der Staatsregierung auf die ländlichen Räume lautet folgendermaßen - ich darf kurz zitieren -:

Der ländliche Raum bietet viele Vorteile und ist attraktiv für alle Generationen. Was Lebensqualität, Ausbau der Infrastruktur, Beschäftigung oder reale Kaufkraft betrifft, ist die Entwicklung der ländlichen Regionen in Bayern eine einzigartige Erfolgsgeschichte.

Es gibt aber auch andere Sichtweisen der Realität. Zum Beispiel sagte der Geschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, Herr Toni Hinterdobler, in einem Artikel vom 19. Juni:

2050 wird der ländliche Raum völlig weg sein vom pulsierenden Leben, was aber dann Touristen anlockt, die sich nicht an der maroden Infrastruktur aus kaputten Straßen und nur noch durchfahrenden Zügen stören. Die Touristen genießen die Ruhe, den Stillstand, die Perspektivlosigkeit.

Hinterdobler sagt weiter:

Es gibt eine klare Tendenz, dass die Politik den ländlichen Raum vernachlässigt, weil das Land keine grundlegende Lobby hat.

Ich denke, diese Einschätzung trifft die Realität deutlich besser. Denn entgegen allen vollmundigen Ankündigungen im Bund und in Bayern handeln die Regierungen so, dass sie mit den neuen Sparplänen die ländliche Entwicklung völlig zum Erliegen bringen. Sie betreiben sehenden Auges ein verbrämtes Ausbluten ganzer Landesteile.

(Beifall bei der SPD)

In Ihrer Politik gibt es nichts zu sehen als hilflose Programmatik, hilflose Gesten und hilflose Gremien, angereichert mit wolkiger Rhetorik und massiven Mittelkürzungen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns gemeinsam einmal anschauen: Was sagen die Minister und was leisten sie wirklich? - Machen wir einen kurzen Realitätscheck.

Ich beginne mit Bundesverkehrsminister Ramsauer. Er sagte gestern anlässlich eines Ländliche-Räume-Kongresses in Berlin: Mein Haus hat die "Initiative Ländliche Infrastruktur" und ein neues Programm "Kleinere Städte und Gemeinden" für dünn besiedelte Regionen ins Leben gerufen. - Soweit die Ankündigung. Was tut Herr Ramsauer? - Die Mittel für Städtebauförderung, die jetzt schon zu 40 % in die ländlichen Regionen fließen, werden von 300 Millionen auf 150 Millionen halbiert. Damit riskiert Minister Ramsauer nicht nur zunehmende soziale Spaltungen in den Städten und Gemeinden, es bedeutet auch das Ende vieler Projekte gerade in kleinen Orten und Kommunen. Das neue Programm, das mit gerade einmal 18 Millionen Euro für ganz Deutschland ausgestattet ist, ist reine Augenwischerei, denn es wird aus eben diesem Topf der Städtebauförderung gespeist. Nächstes Jahr, wenn dieser Topf noch einmal um die Hälfte reduziert ist, bleibt nichts übrig als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Quintessenz: Schöner Titel, keine Mittel, nur Gerede.

Ich komme zu Minister Herrmann und Minister Brunner. Einträchtig haben sich die beiden am 23. März für den neuen "Struktur- und Härtefonds" für finanzschwache und von Abwanderung besonders betroffene Kommunen gelobt. Die schnöde Realität ist folgende: Das Vorgängerprogramm dieses Härtefonds, das nur für Hochfranken und die Grenzlandkreise zur Tschechischen Republik galt, hatte nach Angaben des Kabinetts immerhin ein Volumen von circa acht Millionen Euro pro Jahr. Das neue Programm gilt jetzt für ganz Bayern. Das ist an sich sehr positiv, das Programm ist aber in der Mittelausstattung, da es auf drei Prozent der gesamten Fördermittel für Städtebau und Dorferneuerung begrenzt ist, schon heuer finanziell sehr schlecht ausgestattet und nächstes Jahr durch die Halbierung der Städtebauförderung nichts als ein besserer Witz, ein schlechtes Trostpflaster für unsere Regionen im Norden Bayerns.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Auch hier wieder ein Titel ohne viel Mittel, nur Gerede.

Drittes und letztes Beispiel im Realitätscheck: Staatssekretärin Hessel. Frau Hessel leitet den Staatssekretärsausschuss "Ländlicher Raum in Bayern", der sich vor allen Dingen durch Großtaten hervortut wie die Freischaltung des Demografieleitfadens für die Kommunen im Netz morgen früh. Liebe Frau Hessel, die Kommunen brauchen nicht noch ein neues Prognoseprogramm, wie viele Abschiedspostkarten sie für die abwandernden Menschen in den nächsten Jahren drucken müssen. Diese Prognosen gibt es schon. Die Kommunen brauchen Unterstützung und Konzepte für ihre Bemühungen, die Menschen vor Ort zu halten und die Abwanderung abzuwehren.

(Beifall bei der SPD)

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich es ganz deutlich sagen, Prognosen sind keine vorweggenommene Realität, sie beschreiben nur die Größe der Herausforderung, die es anzupacken gilt. Und deshalb: Handeln und nicht nur schöne Bilder produzieren!

Meine Damen und Herren der Staatsregierung, glauben Sie wirklich, dass die Millionen von Menschen in den ländlichen Regionen nicht merken, dass sie von Ihnen allein gelassen werden und dass sie bei ihren Bemühungen, sich selbst zu helfen - und davon gibt es, Gott sei Dank, fast unendlich viele -, noch durch Zentralismus und unsinnige Behördenentscheidungen behindert werden?

Lassen Sie mich dafür ein kurzes Beispiel geben. In einer kleinen, aber feinen Gemeinde im Fichtelgebirge gibt es ein Schulgebäude, das jetzt leer steht, weil es nicht mehr genügend Schüler gibt. Die Kommune hat sich überlegt, sie will daraus ein Ärztehaus machen. Ich meine, eine super Idee gerade in Bezug auf die älteren Menschen. Die Gemeinde hat sich um Unterstützung bei der Suche nach Ärzten an Minister Söder gewandt. Was hat sie bekommen? - Sie hat nicht nur keine Hilfe bekommen, sondern sie hat einen Brief bekommen, in dem steht: Wenn sie das Schulgebäude, das leer steht, innerhalb der nächsten fünf Jahre in ein Ärztehaus umwandelt, muss sie die Förderung für das Schulgebäude zurückzahlen. - Also keine Hilfen, sondern nur unsinnige Geldforderungen und unnütze Bürokratie.

(Beifall bei der SPD)

Glauben Sie wirklich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, dass diese Vorgehensweise den Menschen Mut macht, dass sie ihnen hilft, sich in den Regionen wohlfühlen, sich dort eine vernünftige Zukunft aufzubauen? Und meinen Sie nicht, dass es endlich Zeit ist zu handeln, und zwar konsequent und unbürokratisch?

(Beifall bei der SPD)

Damit Sie für dieses Handeln ein paar Ideen bekommen, hier einige kurze Stichworte aus unserem Konzept.

Zum Ersten: Verkaufen Sie die Menschen nicht für dumm. Geben Sie die Fördergelder in den ländlichen Regionen den Menschen in die eigene Verantwortung. Die Bürger dort wissen ganz genau, wie sie die Gelder am besten verwenden können, und brauchen das nicht von München gesagt bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Die Lebensqualität im ländlichen Raum leidet nicht unter der wunderschönen Landschaft und unter den niedrigen Lebenshaltungskosten; sie leidet an fehlenden Arbeitsplätzen und fehlender moderner Kommunikation. Nehmen Sie deshalb den Breitbandausbau in staatliche Verantwortung, damit dort endlich ein Schub in die Zukunft hineinkommt.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Die Landesentwicklungsplanung ist gerade für die ländlichen Regionen enorm wichtig. Wir wollen keine italienischen Verhältnisse wie im Etschtal, wo es keinen Zentimeter freie Fläche mehr zwischen den Verkaufsshops gibt. Das Landesentwicklungsprogramm muss Gestaltungsinstrument bleiben, allerdings nicht als ein bayerisches Märchenbuch, sondern als Drehbuch für eine Zukunft ganz Bayerns.

Viertens. Lassen Sie die Finger von der Gewerbesteuer! Die Gewerbesteuer ist der Lebensnerv der Kommunen und damit auch der Menschen, die dort wohnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Fünftens. Wir haben in Bayern eine einzigartige Erfolgsgeschichte durch die Ansiedlung von Fachhochschulen. Hier gilt es noch nachzulegen: Wir brauchen Fachhochschulen vor Ort, um die Entwicklung voranzutreiben und den Menschen Perspektiven zu geben.

Meine Damen und Herren, Sie betreiben mit Ihrem Sparprogramm einen massiven Aderlass der ländlichen Regionen. Hören Sie damit auf! Lassen Sie nicht zu, dass die Blutzirkulation endgültig zum Erliegen kommt. Sorgen Sie für eine Rücknahme der Sparbeschlüsse bei der Städtebauförderung. Machen Sie die unsinnigen Steuergeschenke rückgängig, dann gibt es auch genügend Mittel für die ländlichen Regionen. Lassen Sie uns unsere Heimat entwickeln und damit die Zukunft sichern.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Rotter das Wort erteilen. Zehn Minuten wurden beantragt.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal begrüße ich es sehr, dass die SPD-Fraktion den ländlichen Raum hier zum Thema einer Aktuellen Stunde gemacht hat - auch wenn das, was Sie, Frau Kollegin Karl, gerade geschildert haben, wohl nicht auf die ländlichen Räume in Bayern zutreffen kann.

(Beifall bei der CSU)

Diese Aktuelle Stunde gibt mir Gelegenheit, Ihnen darzulegen, dass es sich beim Einsatz der Staatsregierung sowie der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion keineswegs um Titel ohne Mittel handelt oder dass wir den ländlichen Raum gar ausbluten lassen. Ohne derart maßlose Übertreibungen wäre Ihr Einsatz glaubhafter.

(Beifall bei der CSU)

Das Programmvolumen für die Städtebauförderung für Bayern umfasst 2010 142 Millionen Euro für rund 600 Gemeinden. Sie haben die 3,5 Millionen Euro angesprochen, die im Struktur- und Härtefonds enthalten sind, und hierbei so getan, als ob für die Gemeinden, die dafür in Frage kommen, nur diese 3,5 Millionen Euro vorgesehen sind. Ja, dafür haben wir natürlich den gesamten Bereich aus den Städtebaufördermitteln, die für den ländlichen Raum gedacht sind, ebenso zur Verfügung. Je höher die Mittel im Struktur- und Härtefonds angesetzt worden wären, umso mehr wäre anderen Gemeinden dann Geld verloren gegangen. Von daher halten wir es für richtig und sinnvoll, zunächst einmal mit diesem Betrag hier einzusteigen. Wir müssen dabei die Balance finden zwischen einer erhöhten Förderung für die Bedürftigsten und einem effektiven Einsatz der selbstverständlich nur begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel.

In Bayern fließt, liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt, auch aus den Bund-Länder-Programmen, ein überproportional hoher Anteil der Mittel in die Kommunen des ländlichen Raumes. Es ist ein Verhältnis an Mitteln, das über dem prozentualen Bevölkerungsanteil liegt: Wir haben im ländlichen Raum insgesamt einen Bevölkerungsanteil von 56,5 % und demgegenüber Fördermittel aus der Städtebauförderung in Höhe von 72,5 %, die wir für diesen ländlichen Raum zur Verfügung stellen. Gerade in den Jahren 2008 und 2009 wurden in der Städtebauförderung mit 107 Millionen Euro bzw. 111 Millionen Euro bei den

Förderergebnissen absolute Rekordwerte für den ländlichen Raum erzielt.

Wir halten die Städtebauförderung für eines der wirkungsvollsten Programme für den ländlichen Raum überhaupt, weil sie den Kommunen hilft, den strukturellen Wandel und die Folgen der demografischen Entwicklung aktiv zu gestalten.

Die Städtebauförderung verfolgt im ländlichen Raum insbesondere folgende Ziele: Erstens eine Stärkung der Innenstädte und Ortskerne, zweitens die Revitalisierung von Gebäudeleerständen und Brachflächen, drittens eine Stärkung der Bürgergesellschaft und Integration und viertens die Sicherung der Daseinsvorsorge durch Zusammenarbeit und Netzwerke.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nutze die heutige Debatte gern dazu, erneut darauf hinzuweisen, welche große Folgewirkungen die Städtebauförderung erzielt. Es geht zum einen um einen Multiplikatoreffekt: Ein Euro, der im Rahmen der Städtebauförderung ausgegeben wird, generiert acht Euro Folgeinvestitionen. Es geht des Weiteren um die Unterstützung der mittelständischen Wirtschaftsstruktur in den Zentren. Es geht um die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe gerade in strukturschwachen Regionen.

Einsparungen bei der Städtebauförderung - wir sehen sie ebenso kritisch wie Sie, sehr geehrte Frau Kollegin Karl - führen wegen dieser Anstoßwirkung zu einem besonders hohen Ausfall an arbeitsintensiven Investitionen in der jeweiligen Region.

Der von mir soeben dargestellte Refinanzierungseffekt der Städtebauförderung - den öffentlichen Aufwendungen stehen Einnahmen aus Steuern und Abgaben sowie ersparte Sozialversicherungsaufwendungen gegenüber, die bis zu 30 % höher sind als die eingesetzten Mittel - hat zur Folge, dass Einsparungen zu überproportionalen Einnahmeausfällen insbesondere beim Bund führen. Von daher ist die Reduzierung der Bundesmittel um fast die Hälfte - aktuell soll der Betrag von 533 Millionen Euro auf nur 300 Millionen Euro reduziert werden - kontraproduktiv und nicht nachvollziehbar.

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, droht die Gefahr, dass die Bundesmittel für Bayern und die übrigen Westländer weit überdurchschnittlich gekürzt werden, da die neuen Länder kaum auf den im Solidarpakt II zugesagten überproportionalen Anteil an der Städtebauförderung verzichten werden. Für das Jahr 2010 stehen 256 Millionen Euro allein den neuen Ländern zur Verfügung. Das heißt also, wenn wir im kommenden Jahr nur noch 300 Millionen Euro insge-

samt zur Verfügung haben, verbleiben 44 Millionen Euro für die Westländer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach unseren hohen Zahlungen in den Länderfinanzausgleich und in den Solidarpakt II kann es doch wohl nicht sein, dass wir die Einsparvolumina des Sparpakets ausschließlich im Westen erbringen, weil die Potenziale im Osten bereits gebunden sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich auch noch auf die Verkehrserschließung der ländlichen Räume zu sprechen kommen. Da sind die Verkehrsadern Lebensadern für die Wirtschaft im ländlichen Raum und befriedigen das hohe Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung. Der Erhalt und wo notwendig der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowohl auf der Straße, was insbesondere natürlich Staats- oder Kommunalstraßen betrifft, als auch auf der Schiene, sind stets ein wichtiges Anliegen der Staatsregierung und der sie tragenden Parteien gewesen. Seit der Bahnreform ist das Zugangebot im Schienenpersonennahverkehr vertaktet und gerade auch in der Fläche deutlich ausgeweitet worden. Auf den meisten Schienenstrecken wird zumindest ein Stundentakt angeboten, oft bis in die späten Abendstunden hinein.

Wir richten ein starkes Augenmerk auf die Sicherung und Fortentwicklung eines zukunftsfähigen Verkehrsangebotes gerade auch im ländlichen Raum. So konnten 2009 - daran möchte ich erinnern - auf diversen Bahnstrecken deutliche Angebotsverbesserungen durch neue Betriebsaufnahmen und Betriebskonzepte erreicht werden, beispielsweise bei der Paartalbahn, der Ammerseebahn, der Rottalbahn, dem E-Netz Würzburg und dem Regionalexpress München - Passau. Überdies ist es im Jahre 2009 gelungen, die Busförderung wieder aufzunehmen, wovon schwerpunktmäßig auch der ländliche Raum profitiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verkenne nicht, dass gerade im Busverkehr, vor allem im ländlichen Raum, noch einige Hausaufgaben zu machen sind. Wir müssen die Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr gemäß § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes endlich anpassen und womöglich neu gestalten. Die Ergebnisse des hierfür in Auftrag gegebenen Ideengutachtens sollten alsbald vorgelegt und die notwendigen Entscheidungen getroffen werden. Ziel muss eine transparente, diskriminierungsfreie und einfachere Handhabung dieser Ausgleichsberechnungen sein. Der mittelständischen Struktur des Omnibusverkehrs im ländlichen Raum ist hierbei besonders Rechnung zu tragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den weiteren angesprochenen Themen werden die Kollegen Wägemann und Schöffel noch Stellung beziehen.

Seien Sie versichert: Die Staatsregierung und die sie tragenden Parteien lassen sich in ihrem Einsatz für den ländlichen Raum von niemandem übertreffen. Plakative Horrorgemälde helfen dabei nicht weiter. Alle Wünsche werden sich in den kommenden Jahren natürlich nicht erfüllen lassen. Es gilt, unsere konsequente Arbeit auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel zielstrebig fortzusetzen.

Ich bin davon überzeugt, dass auch die Finanzminister des Bundes und der Länder wissen, dass deutliche Einsparungen im investiven Bereich kontraproduktiv sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der Freien Wähler darf ich nun Herrn Kollegen Muthmann das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (FW): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was Kollege Rotter vorgetragen hat, war in dieser Form zu erwarten: eine Vielzahl an Aktionen, Bemühungen und Initiativen in den vergangenen Jahren.

(Alexander König (CSU): War irgendetwas falsch?)

- Nein, es war nichts falsch, aber nicht die Vielzahl der Aktivitäten ist das Maß der Dinge, sondern entscheidend ist die Frage, welche Ergebnisse diese Bemühungen in den vergangenen Jahren gezeigt haben. Wie hat sich Bayern entwickelt?

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Ich darf die Ergebnisse dieser Bemühungen anhand von zwei Zahlen belegen: Wenn man das Jahr 1995 mit dem Wert 100 als Basisjahr nimmt, dann haben wir im Jahr 2008 bezogen auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort im Bereich der ehemaligen Grenzgebiete einen Wert von 92,09, also einen Rückschritt, und im Wachstumsraum Oberbayern insgesamt einen Wert von 126,7. Oder wenn man als Basisjahr 1995 den Wert 100 zugrunde legt und die Anzahl der Erwerbstätigen insgesamt betrachtet, dann haben wir im ehemaligen Grenzgebiet einen Wert von 97,7 und im Wachstumsraum Oberbayern einen Wert von 126,1.

Das sind die Ergebnisse, das sind die Grundlagen. Ausgangspunkt von Überlegungen muss sein: Wie

geht es mit den wirtschaftsschwachen Räumen weiter? Die Frage ist also nicht die nach dem ländlichen Raum, denn der ist in der Struktur sehr unterschiedlich.

Anhand dieser Ergebnisse muss man sagen, sehr geehrter Herr Kollege Rotter: Es war eine Vielzahl von Bemühungen, aber sie waren nicht ausreichend erfolgreich. Deshalb müssen wir über Neues, Zusätzliches und Verbessertes nachdenken.

(Beifall bei den Freien Wählern und der FDP)

Welche Initiativen gibt es derzeit? Frau Kollegin Karl hat den Staatssekretärsausschuss angesprochen, der allerdings in der Tat ohne Mittel ist und bedauerlicherweise ohne Initiativen. Und nur den Mangel zu moderieren, ist an dieser Stelle sicherlich zu wenig.

Wir haben Beispielregionen geschaffen, die zunächst signalisieren: Da gibt es Probleme. Aber aus diesen Beispielregionen heraus oder über dieses Instrument haben wir auch keine neuen Impulse verspürt.

Fünf Minuten reichen nicht aus, um diese Probleme jetzt zu lösen, aber ich will zumindest den einen oder anderen zusätzlichen Aspekt ansprechen: Wie wäre es damit, mehr Vertrauen in die Regionen zu setzen, Regionalisierung und Subsidiarität in vielerlei Hinsicht stärker zu betonen?

Diesbezüglich darf ich aus Ihrem Koalitionsvertrag zitieren: "Wir werden die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung unter den Gesichtspunkten der Subsidiarität, der Bürgerorientierung und der Transparenz einer kritischen Überprüfung unterziehen." - Wie seit 30 Jahren; das ist nicht aus dem Zitat, sondern von mir. - Weiter heißt es: "Insbesondere werden wir die Aufgaben der Regierung mit dem Ziel überprüfen, möglichst viele Aufgaben auf die untere Verwaltungsebene zu übertragen." - Das ist immerhin schon einmal ein Gedanke in Richtung Regionalisierung, also Betonung der Regionen und Verantwortung vor Ort. Allerdings darf das nicht nur für das Verhältnis zwischen Regierung und den Kreisverwaltungsbehörden, sondern muss auch schon von München weg gelten. Es muss nicht alles so zentralistisch sein, wie wir es derzeit erleben. Bis jetzt ist aber an dieser Stelle noch nichts passiert. Dann packen Sie einmal dort an.

Oder ich nenne das Landesentwicklungsprogramm. Auch das ist ein sehr wichtiges Steuerungsinstrument. Was hören wir diesbezüglich aus Kreisen der Staatsregierung? Jetzt setzen wir es einmal auf Null. - Aber das kann doch kein Konzept für die beschriebenen Probleme und deren Lösung darstellen. Auch hierzu muss mehr kommen, es muss Substanz kommen.

Wenn wir darüber hinaus beobachten, dass sich die Europäische Union jetzt auch über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit - EVTZ - auf den Weg macht, ein völlig neues Gestaltungsinstrument für die Regionen zu etablieren, und sich die Staatsregierung nur mühsam erste Gedanken dazu macht, dann sind das Signale, die für den ländlichen Raum, den strukturschwachen Raum, zu wenig sind.

Sie haben unsere Unterstützung, das haben wir oft genug gesagt. Die Anzahl der Pressemitteilungen und die Anzahl der Aktionen an sich sind kein Gradmesser für die Qualität der Arbeit. Dabei müssen Sie zulegen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir feuern Sie dabei gern an.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Kamm, bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Titel unserer heutigen Aktuellen Stunde ergänzen: große Herausforderungen, große Aufgaben, schöne Worte, wunderbare Reden, beispielsweise des Innenministers oder seines Staatssekretärs, aber auch anderer Minister, beispielsweise zum energieeffizienten Städtebau, zur Städtebauförderung, zum Denkmalschutz - alles wunderbar. Gleichzeitig erfolgt aber ein massives Abschmelzen der Mittel. Schlimmer noch als das Abschmelzen der Mittel ist ein massives Abschmelzen des politischen Gestaltungswillens und der politischen Gestaltungsmöglichkeiten.

Den Kommunen, die in diesem Bereich sehr stark als Akteure tätig sind und sein sollen, wurden durch die jetzige Bundesregierung viele Gestaltungsmöglichkeiten entzogen, die sie eigentlich für Investitionen und die Gestaltung des Gemeinwesens benötigten. Zu der steigenden Belastung mit Aufgaben beispielsweise im sozialen Bereich kommt dann der Rückzug des Bundes bei der Kofinanzierung etwa beim Wohngeld und bei der Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose. Hinzu kommt eine durch Entscheidungen dieser Bundesregierung verursachte Verschlechterung der Einkommenssituation.

Der Gestaltungsspielraum der bayerischen Kommunen - Herr Kollege Rotter, ich spreche von den bayerischen Kommunen - ist massiv eingeschränkt worden. Gegenüber den Steuereinnahmen im Jahr 2008 in Höhe von 13,15 Milliarden Euro haben die bayerischen Kommunen einen Rückgang von über 1,7 Milliarden Euro zu verzeichnen. Wichtig ist zu betonen, dass dieser Rückgang von 1,7 Milliarden Euro im We-

sentlichen nicht durch die konjunkturelle Entwicklung verursacht worden ist, sondern zu mehr als der Hälfte durch die Steuerrechtsänderungen der Bundesregierung im Jahre 2009.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal den Bayerischen Gemeindetag zitieren. Er hat eine Umfrage unter den Gemeinden in Bayern durchgeführt. Der überwiegende Teil der Gemeinden hat erklärt, dass er die Entwicklung als düster einschätzt. Zwei Drittel der Kommunen befürchten eine weitere Verschlechterung der Lage im Land. Das ist realistisch, weil sich zum Beispiel das Wachstumsbeschleunigungsgesetz im nächsten Jahr noch mehr auswirken wird als im Jahr 2010. Aber bereits in diesem Jahr können 45 % der Gemeinden aus ihren Einnahmen keine ordentliche Tilgung ihrer Verbindlichkeiten leisten. Interessant ist, dass es beim Internetangebot des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung früher immer eine Seite gab, in der man sich über die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen informieren konnte. Diese Seite ist bereits verschwunden.

In der jetzigen Situation brauchen die Kommunen zudem mehr Mittel für die Bedürftigen. Wir müssen schmerzlich feststellen, dass in unserer Gesellschaft die Schere zwischen Arm und Reich zunehmend auseinanderklafft. Außerdem haben wir einen demografischen Wandel zu bewältigen. Ausgerechnet in dieser Situation wird auf Bundesebene angedacht, die Mittel für die Städtebauförderung quasi zu halbieren. Herr Kollege Rotter, Sie haben das ebenfalls beklagt. Dadurch würden die wenigen Gestaltungsmöglichkeiten, die es noch gibt, zusätzlich vermindert. Das wäre außerordentlich fatal, weil diese Mittel für die Kommunen ein Hoffnungsschimmer waren, doch noch etwas für die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden tun zu können.

Dies ist auch im Hinblick auf unsere Arbeitsplätze und im Hinblick auf unsere künftigen Steuereinnahmen fatal; denn ein Zurückfahren der Mittel für die Städtebauförderung führt auch zu einem Zurückfahren der Kofinanzierungsmittel und darüber hinaus dazu, dass die privaten Mittel, die häufig im Zusammenhang mit solchen Projekten investiert worden sind, künftig nicht mehr vorhanden sein werden. Oft wurden bei der Stadtsanierung für einen Euro aus öffentlichen Mitteln acht Euro aus privaten Mitteln finanziert.

Noch fataler ist das angekündigte Zurückfahren der KfW-Mittel für die CO₂-Reduzierung im Bereich der Gebäude. Wenn wir unsere Klimaschutzziele auch nur im Ansatz ernsthaft weiterverfolgen wollen, dürfen wir hier nicht kürzen. Wir können unsere Klimaschutzziele nicht erreichen, wenn wir dafür nichts tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Dechant das Wort erteilen.

Thomas Dechant (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrte Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute sehr viel Richtiges und Wichtiges gehört. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der SPD-Fraktion und bei Frau Kollegin Karl dafür, dass sie dieses Problem heute zum Thema gemacht haben.

Wir müssen sicherstellen, dass wir im ländlichen Raum die Strukturen erhalten. Wir müssen die Infrastruktur erhalten und dafür sorgen, dass die Güter des täglichen Bedarfs vorhanden sind. Wir müssen außerdem unsere Förderprogramme solide weiterfinanzieren. Die Städtebauförderung wurde bereits angesprochen. Wir dürfen die Menschen auf dem Land nicht allein lassen. So viel vorab.

Ich komme aus einem Dorf, in dem es keinen Bus und kein DSL gibt. Wir wissen uns aber sehr wohl selbst zu helfen. Als Betroffener wünsche ich mir, dass wir vor Ort mehr von der Verantwortung, zu der wir stehen, wahrnehmen dürfen. Wir wollen von Bürokratie befreit werden und wünschen uns, dass wir mehr Entscheidungskompetenzen erhalten. Heute wurde zitiert, was dazu im Koalitionsvertrag steht. Dazu stehen wir. Wir wollen, dass die Kompetenz an die Menschen heranrückt und dass sich die Menschen einbringen können. Ich weiß, dass ich einen Teil meiner Probleme selbst lösen muss. Das möchte ich auch. Ich möchte schließlich auch gestalten. Ich möchte nicht von irgendwoher irgendetwas aufgedrückt bekommen. Ich will meine Verantwortung und meine Freiheit wahrnehmen und selbst gestalten.

Dazu ist es nötig, Kompetenzen zu verlagern. Wir müssen den Leuten vor Ort helfen. Wir müssen Bürokratie abbauen und die Grenzen für kleine Unternehmen, die Geld aus Förderprogrammen erhalten wollen, abbauen. In einem Dorf gibt es nicht den Mittelständler mit 50 Beschäftigten, sondern einen Schreiner oder einen Elektriker, der zwei Gesellen und zwei Lehrlinge beschäftigt. Für diese Leute müssen wir etwas tun. Das sind die Menschen, die das Land am Leben erhalten. Auch die Landwirtschaft wird mit überbordender Bürokratie belastet und verliert dadurch fast den Spaß an der Arbeit. Der kleine Handwerker und der Landwirt vor Ort tragen auf dem Land das gesellschaftliche Leben. Sie erfüllen dort die Freiwillige Feuerwehr oder den Sportverein mit Leben. Deshalb müssen wir sicherstellen, dass der ländliche Raum Mittel erhält und über Förderprogramme vernünftig und stabil mit finanziellen Ressourcen

ausgestattet wird. Wir müssen aber den Leuten helfen, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Die Leute sind dazu bereit. Sie brauchen dafür aber auch einen Spielraum.

Der ländliche Raum sollte nicht mit Regeln und Vorschriften überzogen werden, die für große Strukturen angelegt sind. In Berlin wird häufig in großen Strukturen gedacht und von großen Unternehmen ausgegangen. Für das Land ist dies sehr kontraproduktiv; es wird dadurch abgeschnürt.

Eines möchte ich noch sagen: Ich wohne gerne auf dem Land. Mir gefällt es dort. Dort ist es wunderbar. Deshalb warne ich davor, das Land schlechtzureden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wegen diesem Schlechtreden versucht der eine oder andere, vom Land wegzukommen. Dadurch wird es für diejenigen, die dort bleiben wollen, schwierig, einen Partner zu finden. Manche Hofnachfolgerin, mancher Hofnachfolger hat Schwierigkeiten, einen Ehepartner zu finden. Wenn wir das Landleben schlechtreden, brauchen wir uns über diese Entwicklung nicht zu wundern.

Ich finde es gut, wenn die Hand in die Wunde gelegt wird. Wir müssen aber darauf achten, dass der ländliche Raum die notwendige Mittelausstattung erhält. Wir brauchen aber auch die Freiheit und Fürsprecher für das Leben auf dem Land. Dafür bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Voraus. Ich danke auch der SPD-Fraktion und Frau Kollegin Karl noch einmal sehr herzlich, dass sie diese Probleme heute zum Thema gemacht haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Wengert das Wort.

Dr. Paul Wengert (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Anfang dieses Jahrtausends, etwa ab dem Jahr 2002, glaubten die Bürgermeister in den Kommunen angesichts dramatisch steigender Ausgaben aufgrund einer ungezügelter Aufgabenübertragung einerseits und des Wegbrechens der Steuereinnahmen andererseits, dass es schlimmer nicht mehr kommen könnte. Das zusätzlich über den Kommunen schwebende Damoklesschwert der Streichung der Gewerbesteuer und ihr Ersatz durch windige, unausgegrenzte andere Einnahmemodelle konnten die Kommunen zunächst dadurch fixieren, dass sie den Bayerischen Ministerpräsidenten beim Städtetag in Regensburg nicht ziehen ließen, bis er ehrenwörtlich versicherte, dass die Gewerbesteuer erst abgeschafft würde, wenn eine verbindliche und

mit den Kommunen abgestimmte Nachfolgeregelung gefunden sei.

Jetzt brandet die Diskussion wieder auf. Ich nenne das BDI-Modell, das kommunale Hebesatzrecht sowie die Besteuerung der Unternehmen am Wohnort der Unternehmer: Es gibt nichts, was es nicht gibt, und sei es noch so unsinnig. Das Schlimmste ist, dass der Öffentlichkeit verschwiegen wird, dass die Zeche, also die nicht mehr vorhandenen 30 bis 40 Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen, vom Bürger und vom Verbraucher über die Einkommensteuer oder über die Erhöhung der Mehrwertsteuer bezahlt werden müssen.

Zu dieser Bedrohung der kommunalen Selbstverwaltung durch die finanzielle Strangulierung kommen die Trostlosigkeit, die Mutlosigkeit und die Perspektivlosigkeit der derzeitigen bundesrepublikanischen Städtebau-, Infrastruktur- und Verkehrspolitik. Wo die Städte Planungssicherheit bräuchten, herrscht Planlosigkeit. Der Rotstift fegt eine zukunftsfähige nachhaltige Stadtentwicklung vom Tisch.

Schön, dass Kollege Rotter mit uns übereinstimmt in der Kritik an der Mittelkürzung in Berlin. Es sind Ihre Leute, Herr Kollege Rotter, die dafür in Berlin die Verantwortung tragen und deren Tun oder Nichtstun Sie nicht länger tatenlos zusehen sollten.

(Beifall bei der SPD)

"Stadtumbau West", "Soziale Stadt" - höchst notwendige wie erfolgreiche Projekte werden kastriert, sie schnurren weiter, sind aber weitgehend unproduktiv. Wie sollen wir denn in unseren Städten, und das sind nicht allein die Großstädte, sondern auch die mittleren und die kleinen Städte, den sozialen Raum gestalten, der ganz entscheidend ist für die wirtschaftliche Prosperität, für die Sicherheit und den sozialen Frieden, wenn es dafür nur noch die halbe Miete und vielleicht bald gar nichts mehr gibt?

Es gibt nach wie vor keine Botschaft, wie die Zukunft des ÖPNV aussehen soll. Wie der Hase auf die Schlange starrt man auf das Auslaufen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, aber bleibt jede Antwort darauf schuldig, wie denn der Milliardenbedarf an Investitionen im ÖPNV, der täglich von 30 Millionen Menschen in Deutschland genutzt und dringend benötigt wird, gedeckt werden soll. Wir alle kennen doch die Studie des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen - VDV - über den Finanzierungsbedarf des ÖPNV in den nächsten zehn Jahren, der insgesamt eine Größenordnung von über sieben Milliarden Euro ausmacht.

Erfolgreiches Wirtschaften steht und fällt ein gutes Stück mit der Mobilität der Menschen, und die findet

nicht nur auf der Straße statt, wenngleich auch hier viele dringende Verkehrsprojekte infrage stehen. Ich weiß nicht, ob Sie es lakonisch gemeint haben, Herr Kollege Rotter, aber Ihr Lob für die Staatsregierung, was die Fürsorge für die Staatsstraßen angeht, wird doch sehr stark konterkariert durch die sehr offene und ehrliche Darstellung des Innenministers über den Nachholbedarf bei den Sanierungen der Staatsstraßen.

(Beifall bei der SPD)

40 % sind mauskaputt.

All das kann und darf uns in einem Flächenland mit über Jahrhunderte gewachsenen Städten draußen in der ländlichen Region nicht kalt lassen. Es bleibt noch das Thema "Bahn": Statt ihre Investitionskraft zu sichern und zu stärken, soll sie zusätzlich 500 Millionen Euro an die Staatskasse abliefern.

Auch die Bayerische Staatsregierung bleibt Antworten schuldig. Der weithin im stillen Kämmerlein - ich kann es mir nicht ersparen, darauf einzugehen, auch wenn es wehtut - dahindämmernde Staatssekretärsausschuss ähnelt eher einem Kaffeekränzchen als einer dynamischen Ideenschmiede, die sich kraft ihrer Argumente auch im Kabinett durchsetzen würde. Von Ankündigungspolitik kann Bayern, kann ganz Deutschland nicht leben. Es müssen Mittel, und zwar in der erforderlichen Höhe, zu den Titeln kommen. Alles andere wären Placebos. Sonst würde es am Ende zu Recht heißen: Außer Spesen nichts gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Schöffel das Wort erteilen. Bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich freue mich sehr, dass die Entwicklung der ländlichen Räume Thema unserer Plenarsitzung ist, weil die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums tatsächlich immer wieder unsere Unterstützung sowie unser Hinschauen und Impulse benötigt, damit es hier gut weitergeht. Frau Kollegin Karl, wenn wir aber im ländlichen Raum Entwicklungen voranbringen wollen, wenn wir Menschen dazu bewegen wollen, dorthin zu ziehen, sich selbstständig zu machen, Entwicklungen für Jahrzehnte einzuleiten, beispielsweise mit dem Bau oder Kauf einer Immobilie, dann dürfen wir das Leben auf dem Lande nicht so schlechtmachen, wie Sie es getan haben.

(Beifall bei der CSU)

Der Titel der Aktuellen Stunde hat mit dem Ausbluten zu tun. Davon spricht man üblicherweise bei einem Sterbenden.

(Zuruf von der SPD: Das tun Sie mit Ihrer Politik!)

Ich kann Ihnen nur sagen, ich bin Kronzeuge einer Region, die vom Strukturwandel stark gebeutelt ist, aber ich erlebe den ländlichen Raum als lebendig, dynamisch, kreativ und offen für neue Entwicklungen. Ich denke, das ist Grundvoraussetzung dafür, dass sich hier etwas entwickeln kann.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Frau Kollegin Karl, Sie haben ein in der Tat haarsträubendes Beispiel einer Umnutzung eines Schulgebäudes angesprochen. Das ist soweit richtig, aber der Stand, den Sie zugrunde gelegt haben, ist der von vor 14 Tagen. Es hilft nicht weiter, wenn wir solche Dinge als Monstranz vor uns hertragen, unsere Aufgabe ist es vielmehr, uns der Dinge anzunehmen und sie zu besprechen. In diesem Zusammenhang danke ich dem Staatssekretär im Finanzministerium, dass er die Dinge im Sinne der Gemeinde gelöst hat. Die Gemeinde kann dieses Schulhaus als Ärztehaus nutzen. Das ist der heutige Stand, der vertreten werden muss. Das zeigt, dass die Staatsregierung solche Dinge am Ende löst.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte darauf hinweisen, dass sich unser Bayern nie so entwickelt hätte, wenn die Staatsregierung nicht immer alle Landesteile im Blick gehabt hätte. Ich möchte nur die Verkehrsinfrastruktur und die Entwicklung der Hochschullandschaft nennen. Gerade die Entwicklung der Hochschullandschaft ist in ganz Bayern vorangekommen und wird gerade im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang weitergehen. Herr Kollege Muthmann, das, was im Bayerischen Wald entstanden ist, ist beispielhaft dafür, wie Hochschulen die regionale Entwicklung stärken.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Muthmann (FW))

- Lieber Herr Kollege, ich war auch da, habe mir das angesehen und kann feststellen, dass die Hochschulen hier zu einer Verbreiterung der Forschungslandschaft und zu einer Stärkung der regionalen Wirtschaftsentwicklung beitragen. Im östlichen Oberfranken, in Kulmbach, Selb und Marktreutitz, stehen wir vor derselben Entwicklung, und das kann nur gut sein.

(Beifall bei der CSU)

Angesprochen wurde auch die regionale Wirtschaftsförderung. Hierzu haben wir heute einen eigenen Dringlichkeitsantrag eingebracht, weil es uns wichtig ist, die wirtschaftliche Entwicklung weiter zu stärken. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch finanzierbar, aber wir werden unser Bayern auch weiterhin gestalten.

Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er darauf hinweist, es gibt nicht *den* ländlichen Raum, sondern es gibt den ländlichen Raum, der sich besser entwickelt als der Landesdurchschnitt, und es gibt auch ländliche Räume mit großen strukturellen Herausforderungen, die vorübergehend besondere Unterstützung brauchen. Der Ministerpräsident hat hier immer von der Konzentration der Mittel gesprochen. Ich kann aus eigenem Erleben nur sagen, dass Investitionen über die Dorferneuerung und die Städtebauförderung überlebensnotwendig sind. Ich denke, hier werden weiterhin an besonderen Punkten besondere Akzente gesetzt.

Frau Kollegin Karl, das hängt auch mit einer ordentlichen Ausstattung des Struktur- und Härtefonds zusammen. Es ist dringend notwendig, dass man hier besondere Akzente setzen kann. Dazu gehört auch, wie ich schon angesprochen habe, die Entwicklung der Hochschullandschaft und die Verlagerung von staatlichen Arbeitsplätzen. Mit dem Thema geht die Staatsregierung sehr verantwortungsvoll um, und prüft weitere Möglichkeiten in dem schwierigen Raum Oberfrankens.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass es kein Ausbluten, sondern weiterhin ein Gestalten unserer städtischen und ländlichen Gebiete im ganzen Bayernland geben wird, insbesondere der Gebiete, die auf die Unterstützung der Staatsregierung vorübergehend in gewisser Weise angewiesen sind. Die Bayerische Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen, aber vor allem die Menschen im ländlichen Raum werden es nicht zulassen, dass das Szenario Hinterdobler, das Sie hier dargestellt haben, tatsächlich eintritt. Wir werden das nicht zulassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion noch Herrn Kollegen Wägemann das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Gerhard Wägemann (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mit Verwunderung feststellen, dass das Thema Landwirtschaft bei der Diskussion über den ländlichen Raum überhaupt nicht zur Sprache gebracht wurde und dass ausgerechnet Frau Karl als Mitglied des zustän-

digen Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten dieses wichtige Thema völlig ausblendet.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Diskussion über den ländlichen Raum ohne die Landwirtschaft ist für mich nicht vorstellbar und nicht machbar. Es zeigt auch den Stellenwert, den Sie der Landwirtschaft einräumen.

(Beifall bei der CSU)

Wahrscheinlich sind Sie im ländlichen Raum zu wenig präsent, sonst würden Sie feststellen, welche erfreulichen Entwicklungen durch die Maßnahmen der Staatsregierung erfolgen. Mit dem bayerischen Zukunftsprogramm Agrarwirtschaft und ländlicher Raum verfügen wir über ein attraktives und ausgewogenes Förderangebot für die Weiterentwicklung der ländlichen Räume. Dafür stehen im Zeitraum von 2007 bis 2013 insgesamt rund 3,5 Milliarden Euro an EU-, Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung. Ich denke, es ist eine Kernaufgabe, der sich das Landwirtschaftsressort hervorragend widmet.

Zentrale Instrumente sind die integrierte ländliche Entwicklung, die Dorferneuerung, die Flurneuordnung sowie Infrastrukturmaßnahmen. Bei der integrierten ländlichen Entwicklung steht die Unterstützung kommunaler Allianzen im Mittelpunkt, wobei die Idee ist, Problemstellungen in gemeinsamer Verantwortung zu lösen, wenn sie die Möglichkeiten einer einzelnen Gemeinde übersteigen oder gemeinsam besser oder effizienter zu bewältigen sind. Hier arbeiten mittlerweile über 500 Gemeinden in nahezu 70 Gemeindebündnissen zusammen.

Die Dorferneuerung ist in Bayern eines der zentralen Programme zur Stärkung ländlicher Dörfer, Orte und Gemeinden. Hier engagieren sich in mehr als 2.100 Dörfern über 500.000 Bürgerinnen und Bürger für ihre Heimat - eine echte Bürgerbewegung für den ländlichen Raum. Ziel ist es, die Dörfer als Arbeits- und Lebensräume, gerade auch für junge Menschen und Familien, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Auch hierzu die Zahlen: Von 2000 bis 2009 wurden in der Dorferneuerung in Bayern mit Fördermitteln von rund 500 Millionen Euro, also einer halben Milliarde, Investitionen in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro ausgelöst. Im Privatbereich bei den Dorferneuerungsmaßnahmen ist der Schnitt sogar noch höher. Die Dorferneuerung ist für den ländlichen Raum das Investitionsprogramm schlechthin.

Auch in diesem Jahr stehen wieder rund 107 Millionen Euro für die Maßnahmen in der ländlichen Entwicklung zur Verfügung. Damit, liebe Kolleginnen und Kol-

legen von der Opposition, stehen wir innerhalb Deutschlands, wie auf vielen anderen Feldern glücklicherweise auch, einsam an der Spitze und sorgen dafür, dass gleichwertige Lebensverhältnisse auch im ländlichen Raum erreicht werden. Hinzu kommen noch die Leader-Mittel in 58 bayerischen Leader-Geieten in Höhe von 73 Millionen Euro in dieser Förderperiode.

Ich kann daher nur feststellen: Von einem Titel ohne Mittel kann nicht annähernd die Rede sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, bei einer solchen Aussage müssen Sie in die Länder schauen, in denen Ihre Partei gemeinsam mit anderen Parteien die Verantwortung trägt.

(Beifall bei der CSU)

In diesen Ländern ist Ihre Aussage "Titel ohne Mittel" angebracht, nicht jedoch bei uns in Bayern. Ich denke, mit dieser Klarstellung der Wichtigkeit der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung habe ich aufgezeigt, dass wir uns dieses wichtigen Themas ernsthaft annehmen und dafür sorgen werden, dass auch künftig ländliche Entwicklung im Sinne einer echten Entwicklung im ländlichen Raum stattfindet.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Frau Staatssekretärin Hessel um das Wort gebeten.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich am Anfang meiner Rede erst einmal bedanken. Ich möchte mich bei Herrn Kollegen Rotter bedanken, der die Thematik der Städtebauförderung sehr deutlich angesprochen hat. Insofern kann ich mir eine Stellungnahme hierzu ersparen. Weiterhin möchte ich mich bei Herrn Kollegen Wägemann für die Ausführungen zur Landwirtschaft bedanken. Wir dürfen nicht vergessen, dass der ländliche Raum auch die Landwirtschaft umfasst. Er ist aber nicht nur auf die Landwirtschaft eingegangen. Auch bei Ihnen, Frau Karl, möchte ich mich dafür bedanken, dass Sie die Thematik heute zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht haben. Somit haben wir Gelegenheit, uns im Bayerischen Landtag mit dem ländlichen Raum zu beschäftigen. Ganz besonders möchte ich mich bei Herrn Kollegen Schöffel bedanken, der ein absolutes Plädoyer für den ländlichen Raum gehalten hat und der gesagt hat, man dürfe die Bezeichnung "ländlicher Raum", wie wir es in unseren Diskussionen oft tun, nicht als Stigma verwenden.

(Beifall bei der FDP)

Für die Staatsregierung genießen die strukturschwachen ländlichen Räume oberste Priorität - auch in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise. Leitziel im Landesentwicklungsprogramm ist es - Herr Kollege Muthmann, das wird es auch bleiben -, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen und zu erhalten. Der Freistaat Bayern kann es sich schlichtweg nicht leisten, einzelne Räume aufzugeben. Wir haben einmal gesagt, wir würden das LEP, auf null stellen, wir fangen mit einem weißen Blatt Papier an. Wir von der Bayerischen Staatsregierung haben aber zu keiner Zeit gesagt, dass das Blatt Papier am Ende dieses Prozesses weiß bleiben wird. Auch das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich sind gleichwertige Arbeits- und Lebenschancen auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Es geht darum, überall im Land für vergleichbare Chancen zu sorgen. Dazu gehört zum Beispiel der Zugang zu Bildung. Auch ökonomisch ist es vernünftig, in den einzelnen Landesteilen die vorhandenen Potenziale zu nutzen. Der ländliche Raum erzeugt fast die Hälfte unserer wirtschaftlichen Wertschöpfung. Wir werden das Leitziel der gleichwertigen - nicht der gleichen; das möchte ich an dieser Stelle betonen - Lebensbedingungen in Bayern konsequent umsetzen. Wir belassen es nicht bei diesen so oft zitierten Lippenbekenntnissen.

Gerade der Staatssekretärsausschuss Ländlicher Raum in Bayern überprüft im Rahmen seines Umsetzungsmonitorings eine Vielzahl der staatlichen Titel, die mit Mitteln hinterlegt sind. Frau Karl, ich darf Ihnen in einem Punkt recht geben - Herr Muthmann hat es schon gesagt -: Unser Staatssekretärsausschuss ist der einzige Titel ohne Mittel, aber dafür sitzen darin Vertreter aller Ressorts zusammen.

(Zuruf von der SPD)

- Ich trinke wahnsinnig gern mit meinen Kollegen Kaffee, ungefähr alle zwei Monate einmal. Danke für diesen Einwand.

Es ist schön, dies immer so zu sagen, aber es nützt nichts, neue Programme zu schaffen, wenn wir die Mittel, die wir haben, nicht effizient einsetzen. Hier noch einige Zahlen: Für 27 % der Bevölkerung - das ist der Bevölkerungsanteil im strukturschwachen ländlichen Raum - fließen 80 % der Mittel für regionale Wirtschaftsförderung, 60 % der Mittel für Tourismusförderung, 60 % der Mittel für Dorferneuerung und 45 % der Mittel für Städtebauförderung.

(Beifall bei der FDP)

Ich denke, es besteht kein Problem des Umfangs der Mittel, sondern des Einsatzes der Mittel.

(Christine Kamm (GRÜNE): 60 % von null sind null!)

- Das wäre das Gleiche, wie wenn ich zu Ihnen sagen würde, wir würden die Mittel für den Staatssekretärsausschuss um 1.000 % erhöhen. Dann würde mir sogar der Finanzminister zustimmen, denn das wäre null auf null. Aber 60 % der Fördermittel in einem Haushalt, Frau Kollegin Kamm, sind mathematisch niemals null.

(Christine Kamm (GRÜNE): Haben Sie verfolgt, was Herr Ramsauer in Berlin will?)

- Selbst bei einer Kürzung der Mittel kommt nicht null heraus. So viel zum Prozentrechnen.

Ganz kurz am Rande: Meine liebe Frau Karl, Sie haben mich mit dem Demografieleitfaden, der morgen vorgestellt werden soll, so nett angegriffen. Ich würde Ihnen recht geben, wenn wir morgen im Staatssekretärsausschuss ein Modul freischalten würden, mit welchem man rechnen kann. Vielleicht warten Sie den nächsten Tag ab - Sie sind ganz herzlich zur Präsentation eingeladen -, um zu sehen, was hinterher dabei herauskommt. Es ist natürlich nicht so, dass wir ein neues Rechenmodell vorstellen - das ist etwas, was das Landesamt für Statistik jetzt schon zur Verfügung stellt -, sondern wir werden mit dem Demografieleitfaden auch einen Handlungsleitfaden vorstellen, wie man auf die Prognosen und Szenarien reagieren kann, sodass man jetzt für die Zukunft die Weichen stellen kann.

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, dass wir uns in diesem Hohen Hause über den ländlichen Raum unterhalten. Es wurde auch gezeigt, dass der ländliche Raum viele Stärken hat, dass es viele Menschen gibt - ich darf Kollegen Dechant zitieren -, die sehr gerne im ländlichen Raum leben. Es gibt viele Fördermittel für den ländlichen Raum, und es ist wichtig, dass wir uns in Bayern nach wie vor zum ländlichen Raum bekennen.

(Unruhe)

- So wichtig ist der ländliche Raum offenbar nicht, weil mir bereits keiner mehr zuhört. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 a auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung der Bayerischen Bauordnung
Zulassung kommunaler Solarsatzungen
(Drs. 16/5111)
- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich darf als erster Rednerin Frau Kollegin Kamm das Wort erteilen.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Debatte soeben von allen Fraktionen sehr viel darüber gehört, wie wichtig der Gestaltungsspielraum der Kommunen und in den Regionen vor Ort ist. Hier gibt es zum einen die Möglichkeit der Gestaltung über Fördermöglichkeiten, zum anderen gibt es die Möglichkeit von mehr Rechten für die Kommunen, damit sie stärker über Satzungen tätig werden können.

Die Kommunen in Bayern, und zwar gleichgültig, ob sie von einem grünen, einem schwarzen oder einem roten Bürgermeister regiert werden, entdecken zunehmend, dass sie Aufgaben als lokale Akteure in der Bildungspolitik und auch in der Klimapolitik wahrnehmen müssen. Viele Kommunen sind hierbei außerordentlich erfolgreich und haben weitreichende Initiativen und Anstrengungen unternommen, um in der Energieversorgung autark zu werden oder um zumindest eigene Möglichkeiten in der Energieerzeugung auszubauen. Das Ganze hat außerordentlich positive Auswirkungen auf die betroffenen Kommunen, auf die Arbeitsplätze vor Ort, auf die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, und es hat positive Auswirkungen auf die Sicherheit bei der langfristigen Energieversorgung. Es hat natürlich auch außerordentlich positive Auswirkungen auf die kommunalen Einnahmen.

In der EnEV 2009 - der Energieeinsparverordnung - ist bundesrechtlich geregelt, dass die Energie bei Neubauten, die noch mit einem bestimmten Energieeinsatz beheizt oder gekühlt werden müssen, entweder durch Solarenergie oder durch Geothermie, durch Wasserkraft, Windenergie oder Energie aus Biomasse mit bereitzustellen ist. Das ist bereits Gesetzeslage. Allerdings gibt es überhaupt keine Regelungen für Altbauten. Dafür gibt es keine Initiativen des Bundesgesetzgebers. Der Bundesgesetzgeber hat es dadurch den Ländern überlassen, hier entweder selbst

tätig zu werden oder die Kommunen zu bestimmten Regelungen zu ermächtigen.

Wir schlagen Ihnen heute vor, es den Kommunen zu ermöglichen, für die Bestandsgebäude, für die bundesrechtlich nichts geregelt ist, wie ich ausgeführt habe, Satzungen zur Installation oder zur Nutzung regenerativer Energien, insbesondere der Solarenergie, zu erlassen. Dieses ermöglicht derzeit die Bayerische Bauordnung nicht. Daher schlagen wir Ihnen vor, dass die Kommunen mittels einer eigenen Satzung die Nutzung der Solarenergie für Altbauten selbst regeln können. Im Interesse einer konsequenten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips soll den bayerischen Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, selbst vor Ort über die Nutzung der Solarenergie zu diskutieren und zu entscheiden. Ich verspreche mir von einem größeren Handlungsspielraum der Kommunen eine intensivere Aufgabenwahrnehmung in diesem Bereich. Gerade jetzt, nachdem die Anwendung von Solarenergie bei Ackerflächen durch die Bundesregierung ausgebremst worden ist, ist es denkbar und durchaus sinnvoll zu überlegen, was man bei den Altbauten mehr und besser machen kann und wie wir den Anteil an erneuerbaren Energien bei Altbauten deutlich steigern können.

Wenn die Kommunen hier mehr Gestaltungsmöglichkeiten hätten, gäbe es außerordentlich positive Entwicklungen und Impulse, auch in der Diskussion vor Ort. Dann könnten Kommunen Solarsatzungen erlassen, entweder für die ganze Gemeinde oder für bestimmte Ortsteile. Die Alternative hierzu wäre, dass der Landesgesetzgeber selbst tätig wird. Das schlagen wir Ihnen heute nicht vor, weil wir denken, dass die Kommunen diese Fragen sehr viel genauer und mit sehr viel mehr Spürsinn vor Ort regeln können als wir. - Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Das waren nun Begründung und Aussprache in einem. - Gut, Sie haben noch Redezeit. Dann darf ich die Aussprache eröffnen und Herrn Kollegen Reiß das Wort erteilen. Bitte, Herr Kollege.

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kamm hat den Gesetzentwurf begründet und dargestellt, dass den bayerischen Kommunen das Recht eingeräumt werden soll, Eigentümer von bestehenden Gebäuden per Satzung zur Nutzung von Solarenergie bei der Wärme- und Elektrizitätsgewinnung zu verpflichten. Dabei ist richtig, dass das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz als Bundesgesetz landesrechtliche Regelungen zulässt, weil der Bund keine abschließenden Regelungen

gen für bestehende Gebäude trifft. Es ist aber fraglich, ob die Länder diese Befugnis ohne Weiteres auf die Kommunen übertragen können, wie dies der Gesetzentwurf vorsieht.

Unterstellt, das sei möglich, erhebt sich die Frage, ob das tatsächlich Sinn hat und vor allem ob es in der im Gesetzentwurf der GRÜNEN vorgesehenen Form sinnvoll ist, ausschließlich die Nutzung von Solarenergie vorzuschreiben. Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz verpflichtet seit dem 1. Januar 2009 Eigentümer von Gebäuden, die neu gebaut werden, erneuerbare Energien für die Wärmeversorgung zu nutzen. Dabei können alle Formen von erneuerbaren Energien genutzt werden, auch in Kombination. Dazu zählen solare Strahlungsenergie, Geothermie, Windkraft, Biomasse etc.; Frau Kollegin Kamm hat das aufgezählt. Es können auch weitere klimaschonende Maßnahmen ergriffen werden. Beispielsweise können Eigentümer ihr Haus stärker dämmen, Abwärme nutzen, Wärme aus Fernwärmenetzen beziehen oder Wärme aus der Kraft-Wärme-Kopplung einsetzen.

Auf Bundesebene wurde bei der Ausgestaltung des Gesetzes darauf geachtet, dass es jedem Gebäudeeigentümer möglich ist, eine individuelle, maßgeschneiderte und kostengünstige Lösung zu finden. Das Bundesgesetz schafft damit den erforderlichen Wettbewerb, bei dem sich die kostengünstigste Lösung durchsetzt, und fördert gleichzeitig innovative Technologien. Das Gesetz lässt den Gebäudeeigentümern einen möglichst großen Entscheidungsspielraum, ist technologieoffen und sorgt für einen effektiven Ausbau bei erneuerbaren Energien.

Frau Kollegin Kamm, das ist beim Gesetzentwurf der GRÜNEN anders. Der Gesetzentwurf reduziert den Strauß an Möglichkeiten allein auf die Solarenergie und gibt gerade dadurch den Kommunen keinen Gestaltungsspielraum. Frau Kollegin Kamm, ich gestehe Ihnen zu, dass wir gemeinsam die Kommunen auf dem Weg zum Ziel unterstützen müssen, energieautark zu werden, aber es reicht nicht aus, wenn wir die Möglichkeiten der Kommunen einschränken, indem wir ihnen zum Beispiel nur Satzungen für Solarenergie ermöglichen. Das reicht nicht aus.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Ich gehe auch davon aus, dass der Gesetzentwurf damit gegen die Europäische Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen vom 23. April 2009 verstößt, da diese Richtlinie Technologieoffenheit und -neutralität vorschreibt. Die ausschließliche Pflicht zur Nutzung von Solarkollektoren verstößt gegen den Grundsatz der Technologieneutralität. Ich meine, es sollte dem Eigentümer überlas-

sen bleiben, welche Technologie er bei der Reduzierung des Wärmeenergiebedarfs und der Reduzierung der CO₂-Emissionen seines Hauses zum Einsatz bringt. Klar ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass die Richtlinie 2009/28/EG die Mitgliedstaaten verpflichtet, bis spätestens Ende 2014 in geeigneter Weise sicherzustellen, dass in bestehenden Gebäuden, an denen größere Renovierungsarbeiten vorgenommen werden, ein Mindestmaß an Energie aus erneuerbaren Quellen genutzt wird. Es besteht also durchaus weiterer Handlungsbedarf. Wir sind aufgefordert, Regelungen zu schaffen, die den Erfordernissen des Altbaus in besonderer Weise gerecht werden, aber auch für den Eigentümer wirtschaftlich vertretbar sind.

Wir sollten es dabei vermeiden, über den Bund, die Länder und die Kommunen Doppel- und Dreifachstrukturen zu schaffen. Wir sollten besser ein übergreifendes Konzept und kein Stückwerk entwickeln, das den Gemeinden Pflichten aufs Auge drückt und sie in ihren Gestaltungsmöglichkeiten einengt.

Gerade den Anforderungen im Bestand und den dort vielfach anzutreffenden höheren Kosten und größeren technischen Herausforderungen müssen wir gerecht werden, wenn wir den erneuerbaren Energien bei der Wärmeversorgung zum Durchbruch verhelfen wollen.

Der Wirtschaftsausschuss war sich letzte Woche einig, dass in diesem Zusammenhang die Haushalts-sperre des Bundes für das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien alles andere als zielführend ist. Der Förderstopp ist energie-, wirtschafts- und umweltpolitisch ein falsches Signal und muss meines Erachtens rückgängig gemacht werden,

(Beifall bei der FDP)

zumal er Verbraucher und Unternehmen in Bayern in besonderer Weise trifft. Im vorigen Jahr sind etwa 112 Millionen Euro an Zuschüssen für etwa 74.000 Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von fast 800 Millionen Euro nach Bayern geflossen.

Wir wissen, Modernisierungsmaßnahmen an bestehenden Heizungssystemen sind sehr kostenintensiv. Deshalb soll es dabei bleiben, dass beim baulichen Bestand Fördern vor Fordern und vor allem vor Überfordern geht.

Gleichzeitig ist es beim Bestandsbau besonders wichtig, die erheblichen CO₂-Minderungs- und Einsparpotenziale zu heben. Ausgehend von diesem Ziel sollten wir uns zusammensetzen und einen Weg finden, wie wir gemeinsam den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt wirtschaftlich am effek-

tivsten und sozial am verträglichsten erreichen können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner. - Bitte schön.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Beim vorliegenden Gesetzentwurf steckt der Teufel im Detail. Als Umweltpolitiker habe ich Verständnis dafür, dass versucht wird, die Idee voranzubringen. Wenn das die Kommunen selbst regeln dürfen, ist aber zu befürchten, dass das ein "Sympathie-/Antipathie-Fleckerlteppich" in Bayern wird. Einer macht es auf die eine Weise, weil er mit der Solarenergie mehr sympathisiert, und der andere macht es auf eine andere Weise, weil er weniger sympathisiert. Ich halte das nicht für gut. Man muss darüber nachdenken, ob das der richtige Weg sein kann oder ob man im Sinne der Besitzer eine bayernweite Regelung findet. Das war die eine Sache.

Zum Zweiten bin ich überrascht, Frau Kollegin Kamm. Sie und ich wissen aus unserer Tätigkeit, was es bedeutet, wenn der Mietwohnungsbestand saniert werden muss. Das macht häufig sechs bis acht Euro Zuschlag pro Quadratmeter auf die Miete aus. Sie weisen das noch aus. Davor warne ich.

Ich betone: Als Umweltpolitiker möchte man die Energieeinsparung forcieren. Aber nicht nur für München, sondern für viele andere Gebiete stellt sich die Frage, wie die Mieter acht Euro Mietzuschlag und eventuell noch einen Euro zusätzlich bezahlen sollen. Zusätzlich werden künftig aufgrund der Änderung der Hartz-IV-Gesetze die Mietkosten nur noch pauschal bezuschusst. Den restlichen Betrag muss die Kommune über die Sozialausgaben zahlen. Dieses Argument sollte man bei der Beratung des Gesetzes bedenken. Ich verhehle nicht, dass es schön wäre, wenn wir eine Regelung bekämen und die Förderung so hoch würde, dass die Mehrausgaben kompensiert werden könnten, sodass die Wertsteigerung nicht der Mieter zahlen müsste. Das wird wahrscheinlich nicht möglich sein. Deshalb muss man, ehe man zu dem Gesetz Ja oder Nein sagt, eine Reihe von Fragen stellen.

Verantwortungsvolle Kommunalpolitiker werden zumindest die Regelungstechnik zum Vorteil der regenerativen Energien schaffen. Der Vorredner hat aber bereits darauf hingewiesen, dass mit Inkrafttreten des Gesetzentwurfs nur eine bestimmte Richtung gefördert würde. Die EU sagt etwas anderes. Auch darüber muss in den Ausschüssen intensiv diskutiert werden, um zu einer richtigen Entscheidung zu kommen, sowohl für die Förderung der regenerativen Energien als auch im Hinblick auf den Schutz der Mieter und Ei-

gentümer. Vielleicht gibt es Leute, denen eine Mieterhöhung von acht bis neun Euro nicht wehtut. In München sind diese wegen der sowieso schon hohen Mietpreise ganz rar. Wer sich diese Mieten leisten kann, kauft sich eine Immobilie.

Ich bitte, diese Aspekte bei den Beratungen zu berücksichtigen und zu überlegen, ob das der richtige Weg ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Glauber. - Bitte schön.

Thorsten Glauber (FW): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich meine, der Sachverhalt ist dem Hohen Haus ausreichend dargestellt worden. Der Ansatz, liebe Frau Kamm, wird zu Schwierigkeiten führen. Als Architekt kann ich sagen, dass es seit dem 01.01.2009 eine klare Regelung für die Erstellung eines Energienachweises für Neubauten gibt. Die Aufwandszahl besagt, dass mit dem Einsatz regenerativer Energien bei der Dämmung gespart werden kann oder andere Standards beim Fensterbau genutzt werden können. Wird auf einen fossilen Brennstoff zurückgegriffen, muss mehr gedämmt werden. Das ist im Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz geregelt. Man kann darauf verzichten, regenerativ zu arbeiten, muss dann aber mehr dämmen, um den Verbrauch zu senken. Das ist eine einheitliche Regelung. Das Problem an dem Ansatz im Gesetz ist, dass keine einheitliche Regelung möglich ist. Es wird einen Wettbewerb zwischen innovativen und weniger innovativen Kommunen und zwischen mutigen und weniger mutigen geben. Das darf nicht sein. Deshalb brauchen wir eine ländereinheitliche Regelung. Ihr Ziel ist es aber, Artikel 81 der Bayerischen Bauordnung dahin gehend abzuändern, dass die Kommunen eigene Regelungen treffen sollen. Das ist nicht der richtige Weg und sollte bei den Beratungen beachtet werden.

Momentan ist die Förderung eingestellt. Kollege Reiß hat dies angesprochen. Das muss unbedingt rückgängig gemacht werden, weil diese Förderungen eminent wichtig sind. Die einheitliche Regelung muss gefunden werden, um später einheitlich auf die Förderungen zurückgreifen zu können. Die Freien Wähler bitten, dies bei den Beratungen zu berücksichtigen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rohde. - Bitte schön.

Jörg Rohde (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf verfolgt aus Sicht der Liberalen ein gutes Ziel mit den falschen

Mitteln. Das Ziel, die Solarenergie zu fördern, unterstützen sicherlich alle Fraktionen hier im Hohen Hause. Das kam in der Aussprache zum Ausdruck. Auch die Staatsregierung bekennt sich zur Nutzung heimischer erneuerbarer Energiequellen. In Bayern soll der Anteil an erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch bis 2020 auf 20 % steigen bzw. der Anteil bei der Stromerzeugung auf 30 %. Dieses Ziel wird mit verschiedenen Maßnahmen verfolgt.

In Bayern haben wir erneuerbare Energien aus Biomasse, aus Sonnenenergie, Umgebungswärme, Geothermie und Wasserkraft. Der vorliegende Gesetzentwurf greift einseitig die Solarenergie heraus. Damit verstößt er gegen den Grundsatz der Technologieoffenheit bzw. Technologiefreiheit. Die Richtlinie 2009/28/EG hat Kollege Reiß soeben dargestellt und völlig richtig darauf hingewiesen, dass der vorliegende Gesetzentwurf die Technologiefreiheit einschränken würde. Frau Kamm, Sie schränken ein. Sie wollen zwar die Möglichkeit für die Kommunen eröffnen, etwas zu tun. Sie schränken dabei aber sehr ein und verstoßen damit gegen EU-Recht. Das allein würde schon als Begründung ausreichen, um den vorliegenden Gesetzentwurf abzulehnen.

Herr Kollege Wörner hat auf die sozialen Folgen hingewiesen, weil die Erhöhungen der Kosten auf die Mieter abgewälzt werden würden, und insbesondere im Altbaubestand trifft es die sozial schwachen Mieter. Das ist nicht von der Hand zu weisen, und deshalb müssen wir bei den Beratungen darauf Rücksicht nehmen.

Grundsätzlich haben wir das gleiche Ziel im Auge, liebe Grüne. Wir dürfen dieses Ziel aber nicht dirigistisch anstreben, sondern wir müssen Anreize schaffen, mit denen wir die Bürger mobilisieren können. Sie würden massiv in die Eigentumsrechte von Bürgern und Besitzern von Altbauten eingreifen. Das würde sich aber nur zulasten sozial Schwacher auswirken. Da hilft das schönste Ziel nichts. Die FDP-Fraktion kann dem nicht die Hand reichen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich noch einmal Frau Kollegin Kamm das Wort erteilen. Jetzt spricht sie im Rahmen der Aussprache, vorhin war es die Begründung.

Christine Kamm (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich mich herzlich dafür bedanken, dass der massive Handlungsbedarf auf diesem Gebiet offenbar erkannt worden ist. Dennoch müssen wir leider feststellen, dass auf Bundesebene und auch auf Landesebene keine Regelung in Sicht ist. Wir gehen davon aus, dass eine solche Regelung

auch im kommenden Jahr nicht in die Wege geleitet wird. Wenn eine umfassende bundesweite Regelung getroffen werden soll, sind sehr viele Fragen zu klären. Vor Ort in den Regionen kann man sehr viel leichter erkennen, wo man sofort und unmittelbar handeln kann. An bestimmten Orten kann man vielleicht sofort tätig werden, bevor der Bundesgesetzgeber endlich den Energieeinsatz in Altbauten detaillierter regelt. Unsere Kommunalpolitiker sind so gut, dass sie auch die sozialen Probleme lösen können, Herr Kollege Wörner. Bei der Solarenergie kann man mit Börsen oder der Vermietung von Dächern einiges erreichen, ohne dass es den Mieter etwas kostet. Solarenergie auf dem Dach ist keine Gefahr für sozial schwache Mieter. Da gibt es andere Gefahren.

Ich hoffe, dass wir in der Debatte doch noch einen gewissen Spielraum finden werden. Gegen Ihren Vorschlag, die Möglichkeit von Satzungsregelungen auf andere Energieträger auszuweiten, haben wir nichts. Dieser Initiative würden wir gerne folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung Herr Staatssekretär Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht mehr anfügen. Es liegt normalerweise nicht auf der Hand, dass ich den Kollegen Wörner lobe und ihm beipflichte. Ich will auch nicht das wiederholen, was Kollege Reiß hier schon deutlich gemacht hat. Ich will das unterstreichen. Die Kollegen Glauber und Rohde haben es auch noch einmal deutlich gemacht. Ich spreche hier aus kommunalpolitischer Sicht und aufgrund meiner kommunalpolitischen Erfahrung über 20 Jahre hinweg.

Liebe Frau Kamm, ich will Ihren Gesetzentwurf nicht kritisieren. Sie haben ein sehr edles und ehrenwertes Ziel im Auge. Aber die Verwirklichung Ihres Vorschlags funktioniert nicht. Wir haben unterschiedliche Kommunalparlamente, die nicht nur von den Bürgermeistern gesteuert werden. Es gibt vielschichtige Gemeinderatsgremien, die entweder in die eine oder in die andere Richtung entscheiden. Wenn wir den Kommunalparlamenten die Entscheidung überließe, würden wir einen Fleckerteppich bekommen. Wir können es der Bevölkerung nicht zumuten, dass in einem Landkreis fünf oder sechs verschiedene Systeme organisiert und gemanagt werden müssen. Wenn wir die Bauordnung ändern und den Erlass von Satzungen ermöglichen, Einzelne aber nicht nach der Satzung handeln, müsste das Landratsamt Einzelanordnungen erlassen. Sie müssen sich einmal vorstellen, wie es aussieht, wenn quer durch Bayern ständig

energiewirtschaftliche Entscheidungen in Form von Einzelanordnungen getroffen werden. Ich bin fest davon überzeugt, dass ein solches System Ihr Ansinnen konterkarieren würde.

Ich bitte ganz herzlich darum, bei den Beratungen auf diese Probleme zu achten. Darum bitte ich auch aus einem weiteren Grund: Wir haben hier vor einer halben Stunde den ländlichen Raum in den Mittelpunkt gestellt. Im ländlichen Raum haben wir sehr viele Dörfer und Altstädte. Wenn wir für diese Altbauten und Bestandsbauten Verpflichtungen festlegten, erhöhten wir die Baukosten. Damit würden die Wohnflächen verteuert.

Diese Gründe machen deutlich, dass wir bei den anstehenden Beratungen intensiv nachdenken müssen. Vielleicht finden wir Änderungsvorschläge, die wir gemeinsam tragen können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2 b und 2 c auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Drs. 16/5144)
- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes Einführung einer kommunalen Geldspielgerätsteuer (Drs. 16/5171)
- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wird von Frau Kollegin Kamm begründet. Sie sind heute ständig gefordert, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Ich weiß auch nicht, woran es liegt, dass in dieser Sitzung die kommunalpolitischen Fragen so geballt behandelt werden. - Der vorliegende Gesetzentwurf, der die Einführung einer kommunalen Spielautomatensteuer vorsieht, dient

ebenfalls der Erweiterung der kommunalen Handlungsmöglichkeiten. Die Zahl der Spielhallen steigt in den bayerischen Kommunen seit einigen Jahren deutlich an. Ein Ende dieses Trends ist nicht abzusehen. Durch das Baurecht des Bundes sind den Kommunen die Hände gebunden, stärker reglementierend einzuschreiten. Außerhalb von allgemeinen oder reinen Wohngebieten haben die Kommunen kaum Möglichkeiten, den Betrieb von Spielhallen, die komischerweise als reguläres Gewerbe und nicht als Glücksspiel angesehen werden, zu verhindern, obwohl das Suchtpotenzial bei Spielautomaten wesentlich höher ist als bei Toto oder Lotto und die Zahl der Spielhallen nach wie vor steigt.

Besonders ärgerlich ist in dem Zusammenhang, dass die Betreiber von Spielhallen als Standorte Bahnhöfe oder Haltestellen mit einem hohem Anteil an Schülern im Verkehr wählen, um mehr Schüler und Jugendliche zum Spiel zu bringen. Bedauerlich ist, dass dabei auch die DB Station & Service AG sehr stark mitwirkt. An Bahnhöfen, an denen es bisher noch eine kleine Bahnhofsgaststätte oder Bahnhofskneipe gab, werden die Mieten durch die DB Station & Service AG so gestaltet, dass der Pächter der Gaststätte aufgeben muss. Wer zieht ein? - Eine Spielothek.

Mit der Zahl der Spielhallen steigt auch die Zahl der Spielerinnen und Spieler. Nach Angaben der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat sich die Zahl der Automatenspielerinnen und -spieler im Alter zwischen 18 und 20 Jahren in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Ganz offensichtlich reichen die jetzigen bundesgesetzlichen und landesgesetzlichen Regelungen nicht aus, um Jugendschutz und Spielerschutz in ausreichender Form zu gewährleisten. Hierfür sind ordnungspolitische Maßnahmen erforderlich.

Zusätzlich wollen wir mit der Änderung des Kommunalabgabengesetzes für die Kommunen einen Handlungsspielraum schaffen. Wir wollen, dass die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes gelockert werden. Den Kommunen soll erlaubt werden, den Umsatz der Spielhallen zu besteuern. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Frau Kollegin Schmitt-Bussinger um die Begründung für den SPD-Gesetzentwurf bitten.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute gleich mit zwei Gesetzentwürfen, die sich im Kern beide mit der Eindämmung von Spielhallen auseinandersetzen. Beide Gesetzentwürfe wollen in ähnlicher Weise den Städten und Gemeinden bes-

sere Möglichkeiten an die Hand geben, in ihrem örtlichen Bereich die Ausbreitung von Spielhallen einzudämmen. Die kommunalen Spitzenverbände, insbesondere der Bayerische Städtetag, fordern uns auf, für die Einführung der kommunalen Spielhallensteuer Sorge zu tragen. Den Städten soll damit die Möglichkeit gegeben werden, wenn sie es wollen, eine kommunale Satzung zu erlassen, sodass Glücksspielautomaten besteuert werden können. Ich sagte bewusst: Wenn die Kommunen dies wollen. Keine Kommune wäre gezwungen, diese Steuer zu erheben. Das verhält sich in etwa so wie bei der Zweitwohnungsteuer. Es ist Sache des Gemeinderates oder des Stadtrates, die entsprechenden Weichen zu stellen. Die kommunalen Spitzenverbände wollen diese Steuer, wie gesagt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion um Spielhallen oder um Geldgewinnspielgeräte ist fast die gleiche wie die beim Alkoholverkaufsverbot zur Nachtzeit. Auch hier geht es um Suchtbekämpfung, das darf nicht aus den Augen verloren werden. Wir haben am 22. April dieses Jahres hier im Plenum bereits über das Thema gesprochen. Es gab von allen Fraktionen Anträge zu dieser Frage. Die Mehrheit in diesem Haus hat unserem Dringlichkeitsantrag damals leider nicht zugestimmt. Der Bayerische Städtetag fordert jetzt genau das, was wir damals in unserem Dringlichkeitsantrag formuliert haben. Verabschiedet wurde damals nur ein windelweicher Berichtsantrag der CSU-Fraktion. Berichten kann man immer, wenn man ein Thema auf die lange Bank schieben will.

Ich möchte noch einmal an die Diskussion im April erinnern. Innenminister Herrmann hat Wert darauf gelegt, die Position der kommunalen Spitzenverbände zu kennen. Wir kennen diese Position jetzt, auch der Minister kennt sie jetzt. Deshalb spricht eigentlich nichts mehr dagegen, ein Gesetz auf den Weg zu bringen.

Es ist angebracht, noch einmal zu verdeutlichen, wie sich die Zahlen in Bayern verändert haben: In den letzten Jahren haben wir mehr als eine Verdreifachung der Spielhallen in Bayern zu verzeichnen. In München haben wir derzeit fast 1.800 aufgestellte Spielautomaten. Es gibt 190 Konzessionen. Vor 10 Jahren gab es in München lediglich 64 Konzessionen. Hier zeigt sich, welchen Unterschied es heute beim Vergleich der Zahlen von vor 10 Jahren gibt.

Welche Möglichkeiten gibt es, diese Entwicklung zu bremsen? - Frau Kollegin Kamm hat es deutlich gemacht: Über die Bauleitplanung, über die Vergabe gewerberechtlicher Konzessionen ist kaum etwas machbar. Deshalb muss ein anderer Ansatz gesucht

werden. Wir glauben, diesen mit der Möglichkeit der Erhebung einer Spielhallensteuer gefunden zu haben. Diese Steuer gibt es übrigens bereits in vielen anderen Bundesländern, beispielsweise in Baden-Württemberg.

Tun wir etwas, versuchen wir, etwas auf den Weg zu bringen. Es geht nicht darum, das möchte ich deutlich sagen, mehr Geld für die Kommunen zu generieren, obwohl die Kommunen mehr Geld bräuchten. Doch das soll nicht in erster Linie unser Ziel sein. In erster Linie geht es darum, junge Menschen vor Sucht, vor Spielsucht zu schützen. Zum Zweiten wollen wir den Kommunen eine Möglichkeit an die Hand geben, die Spielhallen zu verhindern, die wie Pilze aus dem Boden schießen.

Herr Innenminister Herrmann hat, das habe ich vorhin deutlich gemacht, in seiner Rede im April 2010 zugesagt, wenn die kommunalen Spitzenverbände eine Position bezogen haben - und das haben sie getan -, dann müsse gehandelt werden, es gebe dann keinen Hinderungsgrund, zu handeln.

(Jörg Rohde (FDP): Einen gibt es noch!)

- Vielleicht gibt es für Sie noch einen, für den bayerischen Innenminister gab es im April keinen weiteren Hinderungsgrund mehr. Die Position des Bayerischen Städtetags liegt vor, lassen Sie uns jetzt handeln. Unser Gesetzentwurf gibt Ihnen die Möglichkeit dazu.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf Herrn Kollegen Zellmeier das Wort erteilen.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die beiden Vorrednerinnen, Frau Kollegin Kamm und Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, haben es bereits gesagt: Wir haben uns am 22. April dieses Jahres eingehend mit vier Dringlichkeitsanträgen zum Thema Spielhallen befasst. Damals haben wir den Berichtsantrag von CSU und FDP beschlossen. Diesen Bericht sollten wir uns mit einer entsprechenden Bewertung genau zu Gemüte führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Entwicklung zeigt, dass Spielhallen und Spielgeräte tatsächlich mehr geworden sind. Ich habe das in Straubing selbst erlebt. Frau Kollegin Kamm, der Bahnhof und der Gaststättensaal sollten zu Spielhallen umfunktioniert werden. Es gab einen öffentlichen Aufschrei deswegen. Ich weiß also, wovon ich spreche. Wir sollten uns aber aufgrund des Berichts, der noch folgen wird, genau ansehen, welche Möglichkeiten es gibt, Spielhallen und Spielgeräte ganz konkret zu besteuern. In

diesem Berichts Antrag haben wir nicht nur die anderen Bundesländer mit der Spielhallensteuer angesprochen, wir haben auch die rechtlichen Möglichkeiten wie die Baunutzungsverordnung oder die Gewerbeordnung angesprochen. Man muss sich schon die Frage stellen, ob eine Steuer das richtige Instrument ist, um die Ansiedlung von Spielhallen zu verhindern oder zu begrenzen.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig! - Jörg Rohde (FDP): Oder ist es ein Anreiz?)

- Es könnte, Herr Kollege Rohde, ein Anreiz für die Gemeinden sein, zu sagen: Siedeln wir Spielhallen an, dann bekommen wir nicht nur Gewerbesteuer, sondern auch Spielgerätesteuern. Man muss das also sehr genau bewerten, man muss die Erfahrungen der anderen Bundesländer ernsthaft betrachten. Man kann nicht im Schnellschuss, so wie das hier passiert, einfach sagen: Wir wollen eine kommunale Bagatellsteuer, wie wir sie in vielen Fällen abgeschafft haben, hier auf die Schnelle wieder einführen. Ich plädiere deshalb für etwas mehr Geduld und dafür, abzuwarten und alles genau zu bewerten. Das werden wir auch in der Koalition tun. Ich sage hier einmal für mich: Ich kann mir eine Besteuerung durchaus vorstellen, ich will aber nicht sagen, dass sie kommen wird. Erst muss man noch mehr dazu wissen.

Im Übrigen könnte auch ein Abdrängen in die Illegalität stattfinden. Auch das muss uns bewusst sein. Wenn es teurer wird, wird dann vielleicht in der Illegalität mehr gespielt als auf dem legalen Weg. Etwas, das man überwachen und kontrollieren kann, weil man es kennt, ist mir immer noch lieber als eine verdeckte, eine schwarze Spielhöhle, die wir schließlich nicht wollen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Eine schwarze Spielhöhle! Schwarz ist immer schlecht!)

- Liebe Frau Kollegin, ich spreche von einer schwarz betriebenen Spielhöhle. Im Übrigen, nicht alles, was schwarz betrieben ist, ist falsch. In der Landespolitik beispielsweise ist schwarze Politik eher positiv, das haben wir schließlich in vielen Fällen erlebt.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben sicher von der neuesten Auswertung im nationalen Schultest gehört: Hier zeigt sich wieder einmal, wie gut schwarz betriebene Politik sein kann. So wird es auch bei den Spielhallen sein: Wir werden eine schwarze Lösung, eine schwarz-gelbe Lösung finden, die den Kommunen gerecht wird und denjenigen, die spielsüchtig sind. Dafür werden wir gemeinsam das Richtige tun. Zunächst aber wollen wir die

Ergebnisse des Berichtes ausgiebig diskutieren und auswerten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hanisch. Bitte schön.

Joachim Hanisch (FW): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben uns bereits im April positiv zu einer Spielhallensteuer geäußert. Es sind die Umstände, die uns dazu zwingen. Spielhallen wachsen wie Pilze aus dem Boden. Die Anzahl der Spielhallen hat sich in den letzten 10 Jahren von 7.000 auf 14.000 erhöht. Wir haben eine drastische Zunahme zu verzeichnen. Das ist eine ungünstige Entwicklung. Hierzu ist ein Bericht angefordert. Es wird sich dann hoffentlich etwas bewegen. Der Bericht sollte uns so schnell wie möglich vorgelegt werden.

Wir von den Freien Wählern bedauern die Situation. Den Gemeinden sollten mehr Möglichkeiten an die Hand gegeben werden, Spielhallen zu verbieten. Das wäre der erste Schritt. Da reicht die Baunutzungsverordnung in vielen Fällen nicht aus. In großen Städten mag sie ausreichen, aber in kleinen Städten gibt es wenige Möglichkeiten. In allgemeinen Wohngebieten mag die Verordnung ausreichen, aber nicht in Mischgebieten. Die Kommunen sind auch gezwungen, die Lage nach der Gewerbeordnung zu beurteilen, nicht allein nach dem Baurecht.

Bezüglich einer Verbesserung der Möglichkeiten hatten wir schon einmal einen Antrag gestellt. Er hatte mit großer Mehrheit die Zustimmung des Hauses bekommen. Es war der Antrag, die Baunutzungsverordnung so zu ändern, dass die Situation der Kommunen verbessert wird.

Was sind die Probleme bei den Spielhallen? Die Abhängigkeit nimmt zu. Die Spielsucht nimmt zu. Das lässt sich statistisch relativ leicht beweisen. Auch die Therapiekosten nehmen gravierend zu.

Wir hatten in Bayern schon einmal die Möglichkeit, die Spielhallen mit der Vergnügungsteuer zu besteuern. Von dieser Möglichkeit sollte man wieder Gebrauch machen können. Den Gemeinden muss ein Instrument an die Hand gegeben werden, die Spielhallen zu besteuern. Das bedeutet nicht, dass jede Gemeinde diese Besteuerung vornehmen müsste. Aber man sollte den Gemeinden die Möglichkeit geben, weitere Ansiedlungen von Spielhallen zu verhindern. In vielen anderen Bundesländern gibt es diese Möglichkeit bereits. Daher meine ich, dass das auch für Bayern der richtige Weg ist.

Bayern hat in den letzten Jahren nicht nur eine absolute Zunahme der Anzahl der Spielhallen zu verzeichnen. Vielmehr hat sich im Vergleich mit den anderen Bundesländern die Situation ergeben, dass Bayern derzeit an fünfter Stelle steht. Bayern war schon einmal auf einem schlechteren Platz. Jedenfalls ist hier Handlungsbedarf gegeben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Präsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Rohde.

Jörg Rohde (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich die Ungeduld der Antragsteller kritisieren. Es wurde schon darauf hingewiesen: Wir haben das Thema im April diskutiert. Die Positionen der Fraktionen sind bekannt. Wir haben gemeinsam einen Bericht angefordert. Er liegt noch nicht vor. Ihnen scheint der Bericht über die Realität der in Bayern bestehenden Möglichkeiten nicht so wichtig zu sein. Eher klingt die Marschrichtung an: Bitte, verschonen Sie uns mit Fakten; wir haben bereits unsere Meinung gefasst. - Aber so geht es nicht, wer te Antragsteller!

Ungeachtet dessen fordert die SPD zum Beispiel die Einführung einer Steuer von bis zu 15 % auf den Umsatz. Um wie viel Geld wird es dabei denn gehen? Im Glücksspielsuchtreport 2010 der Landesstelle "Glücksspielsucht Bayern" finden wir unter anderem den Umsatz von Geldspielautomaten im Jahr 2009 in Höhe von 258 Millionen Euro. Bei einer Besteuerung mit bis zu 15 % ergäben sich bis zu 38,7 Millionen Euro. Ich runde einmal auf: Das wären 40 Millionen Euro Einnahmen für die Kommunen.

Herr Kollege Zellmeier hat bereits darauf hingewiesen, dass wir uns eigentlich gegen Bagatellsteuern wehren. Man müsste, wenn man der Idee folgen wollte, eine Bürokratie aufbauen, die diese Steuer erhebt. Es wäre interessant, die Kosten für die Steuererhebung zu ermitteln. Sicher ist jedenfalls: Die Erhebung gibt es nicht zum Nulltarif.

(Christine Kamm (GRÜNE): Die Kommunen brauchen doch das Geld!)

- Die Kommunen bekommen zwar das Geld, aber sie haben dafür auch einen Aufwand. Vielleicht haben die Kommunen sogar mehr Aufwand, als sie dadurch an Geld einnehmen. Frau Kollegin Kamm, dies würde doch in eine falsche Richtung führen.

Aus den Berichten der anderen Bundesländer wissen wir, dass die Einführung einer solchen Steuer eine Klagewelle auslösen würde, sodass sich auch unsere Gerichte damit beschäftigen müssten. Auch hierbei

würde es sich um gesellschaftliche Kosten handeln. Die sollten wir vermeiden.

Ganz abgesehen davon würde eine solche Steuer massiv in die Eigentumsrechte der Betreiber eingreifen. Diese haben langfristige Mietverträge und müssen vielleicht auch noch Kredite bedienen. Da kommt dann die SPD daher - die GRÜNEN gehen in die gleiche Richtung, aber die SPD beziffert das auch noch - und möchte abkassieren. Das darf nicht die bayerische Politik werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich rechne noch einmal nach: Bei 8.000 bis 9.000 Spielhallen in Deutschland kommt man auf circa 10.000 Bewohner je Spielhalle. In Bayern gab es im Jahr 2009 1.343 Spielhallen. Bei 12,5 Millionen Einwohnern liegt Bayern nur ganz leicht über dem Durchschnittswert des Bundes. Das kann man mit unserem Status als Flächenland begründen.

Herr Kollege Hanisch, ich habe auch in der zweiten Recherche nur die Zahl 8.000- bis 9.000 gefunden, nicht die Zahl 14.000. Umso wichtiger ist es natürlich, aus dem Bericht zu erfahren, wie viele Spielhallen es wirklich gibt.

Ich komme zu dem Schluss: Bayern ist nicht besonders betroffen. Die Anzahl der Spielhallen ist in den letzten Jahren gestiegen. Dies ist zum Teil der Änderung der Spielverordnung zum 1. Januar 2006 geschuldet, die klare Vorgaben für die Aufstellung von Spielgeräten macht. Da steht: Es darf maximal zwölf Geräte auf mindestens 144 Quadratmetern geben.

Die frühere Zeit der großen Säle ist längst vorbei. Aber die Vorgaben führen dazu, dass es heute mehr kleinere Spielhallen gibt. Daraus ergibt sich ein statistischer Effekt; denn jetzt beklagen wir, dass wir mehr Spielhallen als vorher haben. Das ist eben auf den Gesetzgeber zurückzuführen.

Frau Schmitt-Bussinger, Sie haben es selber gesagt: Ein zentraler Punkt ist der Jugendschutz. Ich darf § 6 Absatz 1 des Jugendschutzgesetzes zitieren:

Die Anwesenheit in öffentlichen Spielhallen oder ähnlichen vorwiegend dem Spielbetrieb dienenden Räumen darf Kindern und Jugendlichen nicht gestattet werden.

Das ist die geltende Rechtslage.

Bei dem Thema Spielhallensteuer kann es sich also nicht um die Überlegung handeln, dadurch den Jugendschutz zu stärken. Ich denke, hier geht es vorrangig um das Abkassierargument. Die Antragsteller

wollen den Kommunen eine Einnahmequelle erschließen. Herr Herrmann hat schon in seiner Rede im April darauf hingewiesen - dafür war ich sehr dankbar -, welches die Motivation des Fürther Oberbürgermeisters ist. Er hat einfach gesagt, er wolle mehr Geld in seiner kommunalen Kasse haben.

Aus den genannten Gründen habe ich große Zweifel, dass die FDP-Fraktion dem Gesetz am Ende der Beratungen zustimmen wird. Ich glaube nicht, dass uns ein Aktionismus auf der Grundlage einer neuen Steuer weiterhelfen wird. Es könnte sogar sein, dass wir dadurch mehr Bürokratie erzeugen, als überhaupt Geld in die Kassen der Kommunen kommt. Ich bin jedenfalls sehr skeptisch.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung darf ich jetzt Herrn Staatsminister Herrmann das Wort erteilen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag hat im April in der Tat einen klaren Auftrag an die Staatsregierung beschlossen, dem wir selbstverständlich nachkommen werden, nämlich bis Ende Juli dem Hohen Haus zu berichten, wie sich die Ansiedlung gewerblicher Spielhallen in den bayerischen Kommunen seit 2009 entwickelt hat, wie die Kommunen mit dem ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumentarium in der Praxis umgehen, um die Ansiedlung gewerblicher Spielhallen im Gemeinde- oder Stadtgebiet zu steuern, und welche Möglichkeiten in welchen Bundesländern für die Kommunen bestehen, spezielle Steuern auf Spielautomaten und -geräte zu erheben.

Wir haben zu der Thematik die kommunalen Spitzenverbände um Stellungnahmen gebeten. Die Stellungnahme des Städtetages und des Gemeindetages liegen bereits vor. Es ist kein Geheimnis - ich kann es an dieser Stelle schon sagen -: Beide haben sich dafür ausgesprochen, dass die Kommunen die Möglichkeit zu einer solchen Steuererhebung erhalten. Die Stellungnahme des Landkreistages erwarte ich in Kürze.

Aus meiner Sicht ist das, was in der Debatte gerade gesagt worden ist, durchaus legitim. Dabei müssen zwei Aspekte angesprochen werden.

Der eine Aspekt ist die unmittelbare Problematik der Spielhallen. Dazu gehört auch die Frage der Bekämpfung von Spielsucht. Denn wir haben das interessante Phänomen, dass sich die 16 Länder in ihrem Glücksspielstaatsvertrag intensiv mit der Spielsuchtbekämpfung bei allen anderen Glücksspielen beschäftigt

haben, aber der Bereich, der nach Aussagen aller medizinischen Experten die allermeisten Spielsuchtprobleme verursacht, nämlich die Geldspielautomaten, die es in den Spielhallen gibt, ist bei der Bekämpfung der Spielsucht bislang völlig außer Betracht geblieben.

Das muss ich aber etwas einschränken. Die Länder haben im Zusammenhang mit dem Glücksspielstaatsvertrag damals die Bundesregierung aufgefordert, das Problem der Spielsucht im Zusammenhang mit den Geldspielautomaten endlich auch einmal in den Blick zu nehmen. Denn dies liegt nicht in der Zuständigkeit der Länder, sondern ist bundesrechtlich geregelt. Leider ist aber eine ernsthafte Befassung des Bundes mit dem Problem der Spielsucht an Geldspielautomaten bis heute ausgeblieben.

Zum anderen beschäftigt uns bei der Polizeiarbeit die Frage, inwieweit in bei der einen oder anderen Spielhalle, die im Volksmund manchmal auch Spielhöhle genannt wird, bzw. in deren Umfeld eine kriminelle Szene ansiedelt. Das ist sicher nicht bei allen der Fall, aber bei der einen oder anderen. Auch diesen Aspekten gehen wir nach und darüber werden wir das Hohe Haus näher informieren.

Ferner ist es - das hatte ich in unserer Debatte im April schon gesagt - durchaus legitim, wenn Kommunen das Ganze einfach unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung ihrer finanziellen Situation betrachten. Der Oberbürgermeister von Fürth, den ich das letzte Mal in diesem Zusammenhang erwähnt habe, hat das auch offen gesagt. Er vergleicht, wie andere große Städte in Deutschland dastehen. Dabei ist er darauf gestoßen, dass es in anderen Bundesländern eine ganze Reihe von Städten gibt, die aus der Erhebung einer solchen Automatensteuer oder wie das im Einzelnen heißt - das ist unterschiedlich - durchaus schöne Einnahmen erzielen.

Ich denke, wir sind uns einig, dass, egal wie wir das im Detail weiterentwickeln, Herr Kollege Rohde, niemand daran denkt, eine Kommune zu verpflichten, das zu machen. Insofern wird sich die Frage, ob der Aufwand größer ist als der Ertrag, kaum ernsthaft stellen; denn eine Kommune, die nicht erwartet, dass sie dann tatsächlich einen gewissen Ertrag hat, wird eine solche Steuer nicht einführen. Aber auch das könnten wir näher betrachten. Ich werde dem Hohen Haus auch berichten, wie die Erfahrungen in anderen Bundesländern sind, und an einigen Beispielen aufzeigen, welche Einnahmen Kommunen generieren.

Ich will allerdings an dieser Stelle noch darauf hinweisen: Je besser es finanziell funktioniert, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass es, was die Bekämpfung

der Spielsucht angeht, den gegenteiligen Effekt haben kann, weil ich damit möglicherweise ein Interesse mancher Kommunen erst richtig wecke, sodass sie vielleicht sagen: Je mehr Spielhallen wir haben, desto größer sind die Einnahmen in unserem Haushalt. - Wir müssen also auch diese gegenteilige Wirkung bei einer Betrachtung dieses Themas mit in Rechnung stellen.

Die Gesetzentwürfe gehen zur Beratung in die Ausschüsse. Parallel dazu werden wir, wie gesagt, noch vor der Sommerpause einen Bericht vorlegen können, damit das im Herbst in den zuständigen Ausschüssen in Ruhe diskutiert werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Staatsminister. - Die Aussprache ist damit geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht darin Einverständnis? - Das ist so und damit so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2 d:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW)
zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der
Erwachsenenbildung (Drs. 16/5130)
- Erste Lesung -**

Dieser Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Das Wort erteile ich dazu Herrn Kollegen Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor Kurzem brachte die Arbeitsgemeinschaft der Erwachsenenbildung ein wichtiges Papier heraus, das den Titel trägt: "Der Mensch bleibt das Maß". Dieses Papier spricht von den wachsenden Herausforderungen einer leistungsfähigen Gesellschaft und von der Notwendigkeit des Ausbaus des Lernens im Lebenslauf.

Auch wenn der vorliegende Gesetzentwurf der Freien Wähler aus formalen Gründen den Titel "Erwachsenenbildung" trägt, geht es um einen Gesetzentwurf, der den Gedanken des lebenslangen Lernens als Baustein trägt - ein Ziel, das bereits 1657 Johann Amos Comenius vorausschauend so beschrieb: omnes omnia omnino, oder mit anderen Worten: Allen Menschen alle Dinge der Welt in grundlegender Weise beibringen.

Zum bisherigen Gesetz. Meine Damen und Herren, das bisherige Gesetz stammt aus dem Jahr 1974 und hat sich grundsätzlich bewährt. Es ist von den Merkmalen Pluralität, Subsidiarität und Freiheit geprägt. Es zeichnet sich durch Staatsferne aus, was bedeutet, dass der Staat in diesem Bereich lediglich einen Rahmen setzt, den die Träger der Erwachsenenbildung vor Ort mit eigenen Aktivitäten eigenverantwortlich ausbauen können. Das soll nach Ansicht der Freien Wähler auch so bleiben.

Die Träger der Erwachsenenbildung erreichen in 416 Einrichtungen jedes Jahr über drei Millionen Menschen in Bayern und bestätigen das Lob, das Kultusminister Spaenle am 28. November 2009 so formulierte: Das Tolle an der Erwachsenenbildung ist, dass jeder Bürger an jedem Punkt seiner Biografie einsteigen kann. Dennoch sind wir uns alle einig - das wird die Staatsregierung ebenfalls so sehen -, dass wir dieses Gesetz den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen müssen. Eigentlich hätte das schon längst erfolgen müssen. Der Bayerische Landtag hat nämlich bereits am 14. Februar 2008 beschlossen, dass eine Novellierung, eine Anpassung dieses Gesetzes erfolgen soll. Jetzt, nach über zwei Jahren, ist das immer noch nicht geschehen. Warum eigentlich nicht? - Am 1. Dezember antworteten Sie, Herr Marcel Huber, auf die Frage, ob dies bis zum Sommer 2010 geschehe: Wir werden das zeitnah machen. - Gut. Aber was "zeitnah" heißt, haben Sie bisher nicht erläutert.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Deswegen wundern wir uns, dass die Staatsregierung in dieser Frage immer noch nicht in die Gänge gekommen ist. Aber Sie werden uns sicherlich erklären, wann diese Gänge endlich eingelegt werden.

Inzwischen gab es aus den Reihen der Opposition verschiedene Anträge und Initiativen. Ich würde sagen, unabhängig von den Inhalten hat sich die Opposition intensiv mit dem Thema befasst. Bisher haben wir, wenn Gesetzentwürfe eingebracht wurden, von der Staatsregierung immer nur gehört, was daran falsch ist. Meine Damen und Herren, da haben wir das Gefühl gehabt, die Staatsregierung reagiert nur. Aber wir wünschen uns von Ihnen, dass Sie in dieser Frage auch einmal agieren, der heißt, dass Sie uns vielleicht auch einmal konkret sagen, wie dieser Beschluss des Bayerischen Landtags aus der letzten Legislaturperiode konkret umgesetzt wird. Sie haben uns damals am 1. Dezember gesagt, Qualität geht vor Eile. Aber Sie sagen auf der anderen Seite auch, dass man an dem alten Gesetz gar nicht so viel zu ändern bräuchte. Da können Sie auch gleich sagen, wie Sie es ändern wollen.

Wir haben neue Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Zum einen wird das Lernen immer mehr zum kontinuierlichen Prozess. Das beginnt schon in der Vorschule, im frühkindlichen Stadium, und setzt sich bis hin zum Seniorenalter fort. Das heißt, die Menschen werden immer älter und viele sind bis ins hohe Alter leistungsfähig. Gleichzeitig gibt es immer mehr generationsübergreifende Aktivitäten zwischen Jung und Alt, Alt und Jung. Von daher meinen wir, dass die Bildung den Anforderungen einer modernen Gesellschaft im Sinne eines lebenslangen Lernens - das sage ich immer wieder - auch besser entsprechen muss.

Wir haben seit 1974 den Gedanken des vereinten Europas ohne Grenzen. Den müssen wir hier viel stärker einbauen. Ebenfalls müssen wir die Untersuchung des Landessozialberichts - sie ist aktuell aus dem Jahr 2009 - einbeziehen. Der Landessozialbericht kommt zum Beispiel zu dem Ergebnis: Ältere und geringer Qualifizierte nehmen immer seltener als Beschäftigte mittleren Alters und höher Qualifizierte an Weiterbildungsmaßnahmen teil. Das heißt, wir brauchen neue Methoden des Unterrichtens für bildungsferne Schichten und verlässliche Standards für die berufliche Weiterbildung. Ein einklagbares Recht hatten, meine ich, die GRÜNEN mal gefordert. Das ist zwar gut gemeint, aber - dazu gibt es Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände - es ist in dieser allgemeinen Form kaum finanzierbar.

Der Gesetzentwurf der Freien Wähler spricht von einem sogenannten Grundversorgungsangebot. Das können wir auch finanziell definieren. Das ist insgesamt wichtig und fördert gewisse Kompetenzen. Dazu gehören bestimmte Alphabetisierungskurse oder Angebote zur Nachholung des grundlegenden Bildungsabschlusses. Wir haben auch den Bildungsbegriff - wir haben uns mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der GRÜNEN sehr ausführlich beschäftigt - nicht so ausführlich definiert und formuliert; denn je genauer und differenzierter Sie das definieren, umso mehr engt man sich wiederum ein, vor allem dann, wenn man vermeiden will, dass das Gesetz jedes Jahr oder alle zwei Jahre geändert werden soll.

Wir, die Freien Wähler, wünschen eine weitere Stärkung der Bildungsanreize in Form von Bildungsgutscheinen und Bildungsdarlehen. Das haben wir in den Gesetzentwurf aufgenommen.

Um es gleich vorwegzunehmen - denn das war auch ein Diskussionspunkt in der Vergangenheit -: Wir haben die Bildungsfreistellung nicht in unseren Gesetzentwurf geschrieben. Die Freien Wähler sind der Auffassung, diese Bildungsfreistellung ist ein sehr wichtiges Thema, ganz klar, gehört aber nicht in den

Bereich der Erwachsenenbildung. Da geht es um Aufgaben des Arbeitsministeriums, des Sozialministeriums, und die sollten in diesen beiden Ministerien bearbeitet werden. Dann sollte von dort aus vielleicht einmal ein Lösungsvorschlag kommen. Wir wollen auch nicht, dass die Bildungsfreistellung die kleineren und mittleren Unternehmen noch weiter belastet. Auch das müsste man hier mit einbauen.

Wir Freien Wähler - das wird Sie nicht wundern - wollen die kommunale Selbstverwaltung erhalten und stärken. Deshalb haben wir in unseren Gesetzentwurf keine regionalen Bildungseinrichtungen aufgenommen. Wir wollen die bestehenden Freiheitsrechte der Volkshochschulen, die ihr Programm eigenverantwortlich zusammenstellen, erhalten und eine Evaluation im Zeitraum von jeweils fünf Jahren durchführen. Ich glaube, das wünschen alle.

Lernen im Lebenslauf muss einen größeren Stellenwert als bisher haben. Zu der Nagelprobe kommt es sicherlich dann, wenn es um die Finanzen geht. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt.

Im Gegensatz zur bisherigen Fassung haben wir nicht nur formuliert: "Erwachsenenbildung ... ist ... ein ... gleichberechtigter Hauptbereich des Bildungswesens", wie es bisher im Gesetz steht, sondern wir haben es konkret benannt: Frühkindliche, vorschulische, schulische, berufliche und Erwachsenenbildung sind gleichermaßen wichtig.

Das scheint aber bei der Staatsregierung manchmal noch nicht ganz so angekommen zu sein. Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle zum Beispiel war letztes Jahr bei einer Tagung in Tutzing dabei. Er zeigte Verständnis für die Belange der Erwachsenenbildung, sprach aber gleichzeitig von einer schwierigen Finanzlage in Bayern und dem Desaster der Landesbank. Das ist natürlich grundsätzlich richtig, das wissen wir alle, aber ich denke, von einem Kultusminister erwartet man zunächst einmal - das hatten wir auch bei der Diskussion um die 1.000 Lehrerstellen -, dass er sich knallhart für sein Ressort und für die Bildung einsetzt, meine Damen und Herren, und das müsste noch stärker der Fall sein.

Michael Mötter vom Bildungswerk der bayerischen Wirtschaft beispielsweise sprach dann auch vom "Stiefkindstatus der Erwachsenenbildung". Es kann also nicht sein, dass, wenn es um die Verteilung der Mittel geht, die Erwachsenenbildung immer hintanstehen muss. Wir haben es in der Vergangenheit immer gemerkt: Erwachsenenbildung ist zwar wichtig, aber wenn es um die Verteilung der Mittel geht, liegt sie stets weiter hinten, und dem helfen schöne Worte nicht ab.

Die Träger der Erwachsenenbildung haben immer noch - das muss man zumindest einmal kurz erwähnen - das Trauma von 2003 im Kopf, als Ministerpräsident Stoiber bei der Erwachsenenbildung die Axt ansetzen wollte. Das erzählen sie bei Gesprächen heute immer noch. Deshalb wünschen wir, dass auch der von der Bayerischen Staatsregierung genannte Förderbetrag von circa 13 Millionen Euro als verpflichtend garantierte Mindestleistung betrachtet wird.

Wir haben selbstverständlich intensive Gespräche mit den Trägern der Erwachsenenbildung geführt. Deshalb steht auch in unseren Begründungen zum Entwurf, dass wir wünschen, dass die Mittel für die Erwachsenenbildung bis auf 25 Millionen Euro noch erhöht werden. Das haben wir uns nicht aus den Fingern gesaugt, sondern - Sie wissen es auch - das sind die Daten, die wir von den Trägern der Erwachsenenbildung bekommen haben. Wir haben das ausführlich mit ihnen diskutiert.

Aber wenn die Mittel erhöht werden - das sagen wir auch ganz klar -, darf es nicht zulasten der Kommunen gehen; denn die Kommunen beteiligen sich schon bisher mit 30 % an der Finanzierung, der bayerische Staat aber nur mit 5 %. Das ist zu wenig. Beim Landeszuschuss pro Einwohner zum Beispiel liegt Bayern nur an 15. Stelle aller Bundesländer; lediglich Brandenburg zahlt noch weniger. In Zahlen ausgedrückt, sind es 2 Cent pro Teilnehmer.

Alle hier im Haus sprechen von der Wichtigkeit der Bildung, ob CSU, FDP, SPD oder GRÜNE, bei der Bildung dürfe nicht gespart werden. Aber das müssen wir dann auch einmal ganz konkret umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Lesen Sie den Bildungsbericht 2010 der Bundesregierung, der jetzt herausgekommen ist und den jeder Abgeordnete bekommen hat. Da steht es eben auch drin: 17 % der jungen Menschen unter 30 Jahren sind ohne Berufsabschluss; bei Migranten sind es 30 %.

Wir brauchen eine bessere finanzielle Ausstattung. Wir legen einen Gesetzentwurf vor, der auf dem Gesetz von 1974 aufbaut und eine Anpassung an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vornimmt. Wir haben in den vergangenen Wochen intensive Gespräche mit den Trägern der Erwachsenenbildung geführt. Deren Ergebnisse sind auch konkret in unserem Gesetzentwurf enthalten, meine Damen und Herren.

Zum Schluss ein Satz von John F. Kennedy: Es gibt eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung: Das ist keine Bildung. - Deshalb müssen wir hier anpacken.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank für die Antragsbegründung. - Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Erster Redner ist Herr Kollege Rüth. Bitte sehr.

Berthold Rüth (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass Bayern nicht nur im Bereich der Wirtschaft spitze ist, sondern auch bei Wissenschaft und Forschung und insbesondere bei der Bildung, konnten wir heute eindrucksvoll erfahren, als uns die Ergebnisse des Bildungsberichts in die Hände kamen. Er zeigt, dass wir in der Koalition mit unserer Bildungspolitik auf dem richtigen Wege sind.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Aber nicht in der Erwachsenenbildung!)

In allen geprüften Kategorien sind die bayerischen Kinder auf Platz 1, und ich denke, darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von den GRÜNEN)

Bildung, meine Damen und Herren, ist der Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und Teilhabegerechtigkeit. Sie sichert auch Demokratie, Wohlstand und Frieden. Bei der Bildung entscheiden sich die Zukunftschancen eines Landes, unseres Landes. Wir als Bayern in einem Land mit nur einem Rohstoff, dem Rohstoff Geist, legen ein großes Augenmerk auf den Bereich der Bildung. Das wird auch sehr deutlich an den Haushaltsmitteln, die für diesen Bereich immer wieder eingesetzt werden. Das Thema Bildung steht im Zentrum der Politik der CSU-Landtagsfraktion.

Wir wissen aber auch, meine Damen und Herren, dass die Menschen heute nicht nur einen Berufsabschluss machen müssen, sondern sie müssen lebenslang lernen - im Beruf, überall da, wo sie tätig sind. Diese Veränderung hat natürlich auch Auswirkungen auf unser Erwachsenenbildungsgesetz. Kollege Fahn hat gesagt, dass es aus dem Jahre 1974 stammt. Ich denke, es hat sich in den 36 Jahren seines Bestehens bewährt, aber es muss an neue Entwicklungen angepasst werden. Deshalb haben wir seitens des Landtags den Auftrag erteilt, dieses Gesetz in enger Abstimmung mit den Trägern der Erwachsenenbildung weiterzuentwickeln, und insofern ist der Initiativentwurf der Freien Wähler redundant.

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht neben einigen redaktionellen Änderungen vor, dass der Landtag die Mittel für die Erwachsenenbildung auf Vorschlag des Landesbeirates für Erwachsenenbildung festlegt. In diesem Landesbeirat sitzen zum großen Teil die Träger der Erwachsenenbildung. Dass diese natürlich

alle gern mehr Geld hätten, ist auch klar. Ich denke, eine solche Veränderung würde die Sache verwässern und auch den Haushaltsgesetzgeber zu stark binden. Das ist in der heutigen Zeit eine sehr schwierige Sache. Die Vorschläge zur Finanzierung sind mir insgesamt etwas zu schwammig.

In einem weiteren Punkt ist vorgesehen, dass Bildungsanreize insbesondere in Form von Bildungsgutscheinen und Weiterbildungsdarlehen zum Einsatz kommen und weiterentwickelt werden sollen. Zu diesem Vorschlag ist anzumerken, dass bereits seit Inkrafttreten des Ersten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 1. Januar 2003 die Agenturen für Arbeit bei Vorliegen der Förderungsvoraussetzungen Bildungsgutscheine für zuvor individuell festgelegte Bildungsbedarfe aushändigen können. Im Gesetzentwurf bleibt unklar, in welchem Verhältnis die dort vorgesehenen Bildungsgutscheine zu den bereits eingeführten Bildungsgutscheinen stehen.

Ich will auch an eine Forderung des Obersten Rechnungshofes erinnern, der auf eine klare Trennung zwischen beruflicher Fort- und Weiterbildung sowie der allgemeinen Erwachsenenbildung dringt.

Die Forderung nach der weiteren Übernahme operativer Aufgaben durch den Erwachsenenbildungsbeirat ist mit der derzeitigen Struktur nicht leistbar, und ich denke, eine Aufblähung des Apparates ist auch nicht zeitgemäß und nicht leistbar.

Ja, meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Diskussionen in den Ausschüssen, in die dieser Initiativentwurf jetzt weitergereicht werden wird. Dort werden wir den Gesetzentwurf eingehend prüfen und beraten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön. - Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Pranghofer.

Karin Pranghofer (SPD): Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Rüth, ich hätte es mir fast denken können, dass Sie in Ihrer Vorbemerkung den Bildungsvergleich der Bundesländer ansprechen. Ich glaube, Herr Rüth, Sie hätten die Schüler loben sollen, Sie hätten die Lehrer loben sollen, und vielleicht nicht so sehr die Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber nun zu dem Thema, um das es heute geht, nämlich einmal wieder um die Erwachsenenbildung. Ich will nicht die Historiker oder Philosophen bemühen, sondern mich an den Deutschen Bildungsrat halten, der bereits 1970, Herr Fahn, eine Definition für die Er-

wachsenenbildung bzw. für die Weiterbildung getroffen hat. Der Deutsche Bildungsrat definiert Weiterbildung als "Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten ersten Ausbildungsphase". Diese Definition macht deutlich, worum es geht. Ich glaube, dass es gar nicht so schwer wäre, diese Bildungsphase nach der Schule zu organisieren, wenn man es nur wollte. Darin liegt das Problem. Sie haben darauf hingewiesen, dass die Staatsregierung seit dem Jahr 2008 daran arbeitet. Wir sind gespannt, wann die Vorlage für die Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung in Bayern endlich kommt. Vielleicht erlebe ich es auch noch. Hier besteht natürlich Änderungsbedarf. Ich würdige, dass Sie sich mit einem Gesetzentwurf - wir haben es damals mit einem Antrag probiert, die GRÜNEN hatten einen Gesetzentwurf - dieses Themas wieder annehmen.

Ich will auf die drei wesentlichen Punkte Ihres Gesetzentwurfes eingehen, die nach unserer Meinung von Bedeutung sind. Sie sagen zum einen, es gehe Ihnen um die Bedeutung der Erwachsenenbildung in Bayern. Sie versuchen, mit Nennung der anderen Bildungsbereiche das Gewicht der Erwachsenenbildung stärker herauszustellen. Mit Verlaub, das ist ein schwacher Versuch der Freien Wähler, denn ich hatte die Definition genannt, was Erwachsenenbildung ist, und wenn man will, dass sie weiter und gut ausgebaut wird, hat man auch diese Möglichkeiten.

Zum anderen sprechen Sie die Bildungsberatung an. Auch das ist richtig. Die Weiterbildungsberichte weisen uns immer wieder darauf hin, dass die Weiterbildungsbeteiligung rückläufig ist und dass sich vor allen Dingen die soziale Ungleichheit, die in anderen Bildungsgängen vorhanden ist, in der Weiterbildung fortsetzt. Diesbezüglich ist die Bildungsberatung wichtig für die Menschen; es ist wichtig, sie über Angebote, über Möglichkeiten ihrer Lernwege zu informieren. Das ist alles richtig. Ich glaube aber auch, dass wir hier nicht nur die Bildungsberatung in den Blick nehmen, sondern auch eine Gesamtstrategie haben müssen. Es gilt, Motivation zu schaffen und den Zugang zur Weiterbildung zu erleichtern; es gilt, finanzielle Anreizsysteme zu schaffen und die Angebote der Weiterbildung zu verändern.

Ich glaube, dass wir bestimmte Bevölkerungsschichten mehr durch aufsuchende Bildungsarbeit erreichen. Natürlich gilt es auch, die Durchlässigkeit und die Verzahnung der Weiterbildungsbereiche zu erhöhen. Klar ist auch: Nur wer den Überblick behält und nur wer weiß, auf welchen Lernweg er sich begeben soll, ist in der Lage, sich eigenverantwortlich zu entscheiden und seinen Bildungsweg zu bestimmen.

Wir plädieren nicht nur für die Bildungsberatung im Erwachsenenbildungsbereich, sondern wir plädieren für eine Bildungsberatung - ich sage immer: von der Geburt bis zur Bahre - in einem Komplex, damit die Möglichkeiten und Lernwege, die in unserem System sehr vielseitig geworden sind, von den Menschen erkannt und wahrgenommen werden.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Wir auch!)

- Gut, dann sind wir beieinander. Sie haben es aber in Ihrem Gesetzentwurf nicht so beschrieben.

Ich komme zum Geld. Sie sagen - ich habe es im Gesetzentwurf so leider nicht gefunden -, Sie definieren die Grundversorgung und deshalb sei es unbestreitbar, was hier zu finanzieren ist. Das ist richtig. Wenn man eine Grundversorgung definiert, kann man auch sagen, wie viel das in etwa kosten wird. Allerdings konnte ich es in Ihrem Entwurf nicht finden - vielleicht helfen Sie mir im Ausschuss auf die Sprünge -, denn da steht nur: Das Angebot an Bildungseinrichtungen soll flächendeckend sein.

Sie beschreiben im Grunde, dass Sie Nachteile in strukturschwachen Gebieten und sozialen Brennpunkten durch mehr Förderung ausgleichen wollen. Das ist richtig, und das muss man auch. Allerdings stellt sich auch hier die Frage: Wie soll das finanziert werden? Diesbezüglich sind wir schon überrascht, wenn Sie diesen Vorschlag machen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Karin Pranghofer (SPD): Ich darf noch auf den Vorschlag verweisen, dass die Zuschüsse aus Europa-, Bundes- und Landesmitteln kommen. Das kann natürlich nicht sein, denn das würde der CSU und der FDP im Haushalt Tür und Tor öffnen, diese Mittel dafür zu verwenden und das auch noch zu finanzieren.

Ich denke, wir werden im Ausschuss noch Gelegenheit haben, das ausführlicher zu besprechen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Tolle. Ihr folgt Frau Meyer.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Fahn, ich freue mich, dass Sie mein Gesetzentwurf inspiriert hat.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ich möchte vorausschicken, dass ich mich mit den Details a) im Ausschuss und b) bei der Ersten Lesung

heute beschäftigen möchte. Sie bekommen von mir eine Helikoptersicht, und diese beginnt damit, dass das alte Sprichwort "Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr" heute nicht mehr gilt. Das heißt, die Wahrnehmung von Lebenschancen wird nicht mehr nur durch den Grad der Schulbildung, sondern auch durch die spätere Qualifizierung bestimmt.

Hier müssen wir dem Jubel des Herrn Kollegen Rüth, den ich im Moment nicht sehe, über die ersten Plätze der bayerischen Schülerinnen und Schüler einen Wermutstropfen hinzufügen. Der Kultusminister hat in seiner Pressemitteilung sehr wohl festgestellt, dass es noch um Teilhabegerechtigkeit geht. Die soziale Selektivität, die sich durch das bayerische Schulsystem zieht, setzt sich - um wieder zur Erwachsenenbildung zu kommen - in der Erwachsenenbildung fort.

Es ist schön, wenn wir über erste Plätze von bayerischen Schülerinnen und Schülern jubeln, aber in der Erwachsenenbildung ist die Ungerechtigkeit in Bayern größer als in anderen Teilen Westdeutschlands. Den Sozialbericht will ich nicht zitieren, aber er hat sehr eindrucksvoll dargelegt, wer diskriminiert ist, wie von der Staatsregierung auch selbst festgestellt wird.

Bayern wendet im Übrigen sehr wenig Geld im Volkshochschulbereich pro Einwohner auf. Wir sind auf dem vorletzten Platz. Herr Staatssekretär Huber, ich stelle Ihnen hier eine entscheidende Frage: Wie viele Mitarbeiter im Kultusministerium beschäftigen sich mit Erwachsenenbildung? Auf die Antwort bin ich sehr gespannt, damit wir auch die Bedeutung anhand der Stellen erfahren. Das halte ich für eine entscheidende und diskutable Größe.

Wir haben eine schlechte Datenlage, um dieses wichtige strategische Feld steuern zu können. Der Handlungsbedarf besteht nicht nur bei den Ressorts, sondern auch bei den Strategien. Bayern hat kein Konzept, Bayern hat keine Strategie, Bayern hat wenig Geld und Bayern hat keinen politischen Willen, um die Erwachsenenbildung in diesem Land voranzubringen.

Wenn man einen Auftrag des Bayerischen Landtags über zwei Jahre hinausschiebt, dann ist es heute an der Zeit, Ihnen den klaren politischen Willen für dieses Feld abzusprechen. Die Staatsregierung hat immer noch nichts abgeliefert. Dabei, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, hätten Sie es einfach haben können: Die GRÜNEN haben vor einem Jahr einen Gesetzentwurf vorgelegt, der ein Gesamtkonzept beschrieben hat, die SPD hat ihre Vorstellungen in Anträgen formuliert und die Freien Wähler ziehen nach. Wenn Sie es einfach haben wol-

len, Herr Huber, dann kann ich Ihnen unseren Gesetzentwurf noch einmal zumailen.

Die inhaltliche Auseinandersetzung werden wir im Ausschuss führen und in der Zweiten Lesung zusammenfassen. Ich will Ihnen, Herr Kollege Fahn, aber meine Messlatte nennen: Für mich ist die Frage, was Ihre Vision ist. Die zweite wichtige Erkenntnis ist: Erwachsenenbildung muss über die wirtschaftliche Verwertbarkeit hinausgehen. Sie muss sich mit der Rolle des Staatsbürgers beschäftigen, mit gesellschaftlicher und sozialer Teilhabe. Ich verlange einen roten Faden, der den Bogen spannt vom Kleinkind bis zum Rentenalter.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FW))

Ich verlange einen roten Faden, der den Begriff "lebenslanges Lernen" umschreibt. Lebenslanges Lernen umfasst nämlich formales, nicht formales und informelles Lernen. Die Ziele lebenslangen Lernens sind die Förderung aktiver Bürgerschaft, persönlicher Entfaltung, sozialer Eingliederung und der Beschäftigungschancen. Lebenslanges Lernen basiert auf den Prinzipien der Lerner- und Lernerinnen-Zentriertheit, der Chancengleichheit und der Qualität bzw. der Relevanz von Lernmöglichkeiten.

Ihr Gesetzentwurf müsste diese Vorgaben erfüllen. Ob er es tut, werden wir im Ausschuss diskutieren. Ich freue mich auf die Debatte und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Wir freuen uns auch darauf!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die letzte Rednerin zu diesem Gesetzentwurf ist Frau Kollegin Meyer.

Brigitte Meyer (FDP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kollegen und Kolleginnen! "Wenn Deutschland gestärkt aus dieser Wirtschaftskrise hervorgehen will, dann ist jetzt der Zeitpunkt, in Bildung und höhere Qualifikation zu investieren. Dies gilt für die Erstqualifikation ebenso wie für die Weiterbildung."

(Beifall bei der FDP)

Dieses Zitat stammt von der OECD-Bildungsdirektorin Dr. Barbara Ischinger. Damit wird nach unserer Auffassung exakt auf den Punkt gebracht, worum es heute geht. Unsere Kinder und Jugendlichen müssen nicht nur bestens ausgebildet sein. Vielmehr müssen sich alle Berufstätigen beständig weiterbilden. Für uns alle ist lebenslanges und lebensbegleitendes Lernen unverzichtbar für den persönlichen und für den gesell-

schaftlichen Fortschritt; denn Weiterbildung ist der zentrale Beitrag zur gerechteren Verteilung von Bildungschancen und für die Wahrung von Lebenschancen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb brauchen wir ein modernes, qualitativ hochwertiges Erwachsenenbildungssystem. Das ist unbestritten. Der Beratung des Gesetzentwurfs der Freien Wähler im zuständigen Ausschuss sehen wir deshalb mit Interesse entgegen; denn natürlich ist es legitim, bei einem 36 Jahre alten Gesetz die Stellschrauben einmal nachzuziehen. Das möchte auch die Koalition.

Wir halten die Förderung innovativer Bildungsansätze mit maßgeschneiderten Lösungen besonders für den ländlichen Raum für dringend erforderlich. Einrichtungen in strukturschwachen Gebieten mit einem bislang zu geringen Weiterbildungsangebot für Erwachsene müssen aus unserer Sicht vorrangig gefördert werden. Hier müssen wir eindeutig Schwerpunkte setzen. Wir müssen außerdem dafür sorgen, dass die Angebote bei den bildungsfernen oder bildungsbenachteiligten Gruppen wirklich ankommen und von diesen Gruppen tatsächlich angenommen werden. Letzteres können wir aber nicht per Gesetz verordnen. Das geht nur über Aufklärung und über eine eindeutige Prioritätensetzung.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, der vorliegende Gesetzentwurf der Freien Wähler zielt vor allem auf eine Ausweitung der Grundfinanzierung auf 25 Millionen Euro statt wie bisher 13 Millionen Euro ab. Diese Summe soll gesetzlich festgeschrieben und garantiert, also ohne Haushaltssperre, ausgezahlt werden. Der Zuwachs über diese Garantiesumme hinaus soll auf Vorschlag des Landesbeirats für Erwachsenenbildung jährlich neu berechnet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus unserer Sicht ist das der schwerwiegendste handwerkliche Fehler in diesem Gesetzentwurf. Sie können doch nicht das Gremium, in dem die Träger der Erwachsenenbildung sitzen, über die Höhe der eigenen Förderung entscheiden lassen. Das geht nicht.

(Beifall bei der FDP)

Nicht angemessen erscheint mir auch die gesetzliche Festlegung einer Garantiesumme. 25 Millionen Euro würden eine Verdoppelung gegenüber dem derzeitigen Status quo bedeuten. Im Hinblick auf die Krise der öffentlichen Haushalte ist diese feste Finanzierungszusage einfach nicht realisierbar. Dieses Geld müssten wir an anderer Stelle einsparen. Deshalb erwarten wir von Ihrer Seite Sparvorschläge, also Vorschläge, wo dieses Geld eingespart und gestrichen

werden soll. Ich bin gespannt, welche Vorschläge wir zu hören bekommen werden.

Wir sagen klipp und klar: Sie können nicht immer nur Geld einfordern. Sie müssen auch sagen, wo Sie es hernehmen wollen. Ich möchte nicht verschweigen, dass die FDP-Fraktion andere bildungspolitische Schwerpunkte setzt. Uns ist in erster Linie der Ausbau der frühkindlichen Bildungsangebote wichtig. Hier werden nach den vorhandenen Erkenntnissen die Grundlagen für die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen gelegt und damit viele Probleme präventiv erfasst und aufgefangen.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberalen setzen uns deshalb dafür ein, das erste Kindergartenjahr kostenfrei zu stellen, mehr Ganztagschulen einzurichten und mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Da nicht alles Wünschenswerte finanzierbar ist, müssen wir Schwerpunkte setzen. Wir setzen diese Schwerpunkte in der frühkindlichen Bildung.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin Meyer, Sie haben zwei Interventionen heraufbeschworen. Die erste Intervention kommt von Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Frau Kollegin Meyer, ich lasse mich zu dieser Intervention hinreißen, weil Sie gesagt haben, der Betrag, der im Gesetzentwurf der Freien Wähler steht, sei zu hoch angesetzt. Ich möchte Ihnen schon einmal entgegenhalten, dass die Summe für die Erwachsenenbildung in Euro bzw. in DM seit Jahrzehnten nicht angewachsen ist. Ich möchte Ihnen außerdem ein Wort Ihres Wirtschaftsministers entgegenhalten, der gesagt hat, Erwachsenenbildung sei wichtig, wenn man gegen die Krise angehen wolle.

Wer intelligent sparen will, investiert das Geld dort, wo er sich einen Return on Investment verspricht. Nach Berechnungen von McKinsey bekommen Sie für einen in der Erwachsenenbildung angelegten Euro vier Euro heraus. Deshalb bin ich hier gerne ein Gierschlund oder eine Heuschrecke. Bei den Haushaltsberatungen in der Regierungskoalition sollten Sie sich überlegen, wo ein Euro gut angelegt ist.

Aus meiner Sicht führt die Erwachsenenbildung ein stiefmütterliches Dasein. Hier muss kräftig investiert werden, weil von diesem Geld einiges wieder zurückkommt. Ich glaube, dass Ihnen dieses Wissen noch fehlt. Deshalb habe ich es Ihnen gerne nachgereicht.

Brigitte Meyer (FDP): Vielen herzlichen Dank, Frau Kollegin Tolle. Ich glaube nicht, dass mir dieses Wissen fehlt. Sie haben zunächst festgestellt, dass das Geld für die Erwachsenenbildung nicht gestiegen sei. Bei der Versammlung der Volkshochschulen in Lindau saßen wir nebeneinander. Damals hat der Staatssekretär eine Erhöhung der Mittel um eine Million Euro verkündet. Damit ist Ihre Aussage widerlegt.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ohne Landtagsabschluss!)

Ich gebe Ihnen völlig recht, dass Investitionen in die Bildung Investitionen in die Zukunft darstellen. Hier geht es aber um die Frage der Schwerpunktsetzung. Ich wundere mich, dass es in diesem Plenum möglich ist, immer wieder Investitionen zu fordern, ohne Sparvorschläge zu machen oder zu sagen, wo das Geld herkommen soll.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Uns wird nichts anderes übrig bleiben, als Prioritäten zu setzen. Ich habe deutlich gemacht, dass wir die Prioritäten bei der frühkindlichen Bildung setzen. Auch damit investieren wir in die Zukunft, weil dadurch viele Probleme im Vorfeld aufgefangen werden können.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Dr. Fahn gemeldet.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Frau Kollegin Meyer, Sie haben uns vorgeworfen, dass wir zu viel Mittel forderten. Diese 25 Millionen Euro wurden uns von den Trägern der Erwachsenenbildung genannt. Dieser Betrag kommt dadurch zustande, dass zu den Mitteln, die diese Träger im Jahre 1990 hatten, der Inflationsausgleich hinzugerechnet worden ist.

Die genannten 13 Millionen stellen eine Mindestausstattung dar. Die tatsächlich benötigten Gelder liegen jedoch bei 19 Millionen Euro. Frau Meyer, es gibt auch einen Bericht zur Erwachsenenbildung. Da hat die Staatsregierung selbst - deshalb haben wir den Betrag auch übernommen - 13 Millionen Euro als verpflichtenden Mindestbeitrag genannt. Diese Angabe stammt von der Staatsregierung, Frau Meyer. Wir haben das bewusst nicht in den Gesetzentwurf hineingeschrieben - danach wurde vorhin auch gefragt -, weil wir Juristen dazu befragt haben, die gesagt haben: Macht das lieber beim Doppelhaushalt. Bildung ist natürlich wichtig, und ich habe schon gesagt: Wenn wir an fünfzehnter und damit vorletzter Stelle der Bundesländer stehen, dann müssen wir konkrete Überlegungen anstellen. Wenn Sie sagen, man muss

die frühkindliche Bildung ausbauen, dann ist das okay, aber ich muss schon fragen: Fällt jetzt die Erwachsenenbildung wieder durch? Wir wollen jedenfalls erreichen, dass die Erwachsenenbildung allen anderen Bildungsbereichen gleichgestellt ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Meyer, wenn Sie Stellung nehmen wollen, bitte.

Brigitte Meyer (FDP): Zu Ihrem ersten Punkt, der Finanzierung. Da sind wir wieder bei dem Thema, das ich vorhin schon bei der Kollegin Tolle aufgegriffen habe. Natürlich wäre es wünschenswert. Das würden wir alle gern machen. Wenn wir in der Opposition wären, wäre das möglicherweise leichter; denn man kann immer leicht Forderungen stellen, wenn man keinen Ausgleich schaffen muss. Ich denke, es ist ein Unterschied: Wenn Sie in der Verantwortung stünden, würden Sie das zum Teil sicher auch anders anpacken.

Wir würden uns das wünschen, aber es ist nicht machbar. Letztlich geht es um die Prioritätensetzung. Wir werden das in den einzelnen Ausschüssen diskutieren, und dann können Sie Vorschläge machen, wo Sie im Gegenzug Einsparungen vornehmen möchten.

(Simone Tolle (GRÜNE): Haben wir den Schlammassel angerichtet oder Sie?)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin Meyer, es gibt noch eine Zwischenbemerkung, und zwar von Herrn Kollegen Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Kollegin Meyer, Sie haben gesagt, Sie wollen eine Schwerpunktsetzung in der frühkindlichen Bildung realisieren.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es wäre gut, wenn Sie konkrete Maßnahmen nennen würden; denn es ist immer recht einfach zu erklären, wir wollen in der frühkindlichen Bildung Schwerpunkte setzen. Sind Sie denn auch bereit, die Gruppengrößen in den Kindertagesstätten zu reduzieren? Sind Sie bereit, Lehrerinnen und Lehrer in der Zeit vor der Schule einzusetzen? Sind Sie bereit, die Sprachförderung zu intensivieren? Sind Sie bereit, auch finanziell zu investieren? Sind Sie bereit, ein kostenfreies Kindergartenjahr mit dem Schwerpunkt auf der individuellen Förderung zu realisieren? Sind Sie dazu bereit, oder beschränkt sich Ihre Äußerung, Sie wollten einen Schwerpunkt auf die frühkindliche Bildung setzen, lediglich auf eine pauschale Aussage ohne Hintergrund?

Zum Zweiten: Wo sind denn im Haushaltsentwurf bzw. im letzten Haushalt, an dem Sie mitgewirkt haben, die Schwerpunktsetzungen im frühkindlichen Bereich abgebildet? Können Sie mir einmal sagen, wo Sie diesen Schwerpunkt in den Staatshaushalt eingebracht haben, damit erkennbar wird, was das bedeutet, was man hier immer gern als rhetorische Floskel ins Mikrofon spricht? Es geht darum, dass man erkennen kann, dass Sie es ernst meinen.

Zum Dritten: Sind Sie nicht auch der Meinung, dass die Gleichwertigkeit der Bildungsbereiche von entscheidender Bedeutung ist? Man kann nicht einfach sagen, wir können uns das Wünschenswerte in der Schule und in der Erwachsenenbildung nicht leisten, weil wir schwerpunktmäßig die frühkindliche Bildung bearbeiten. Damit vernachlässigen Sie einen Bildungsblock im späteren Alter und geben zu, dass Sie auf diesem Gebiet nichts machen können. Das ist die Bankrotterklärung für Ihre Bildungspolitik schlechthin. Wer wirklich individuell fördern will, der muss die Gleichwertigkeit der Bildungsblöcke anerkennen.

(Beifall bei der SPD - Tobias Thalhammer (FDP): Das sind aber lange zwei Minuten! - Gegenruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Meyer, bitte schön.

(Weitere Zurufe der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Es spricht überwiegend Frau Meyer.

Brigitte Meyer (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Pfaffmann, Sie zimmern sich die Dinge natürlich immer sehr schön zurecht. Wenn Sie vorher genau im Haushalt und im Koalitionsvertrag nachgeschaut hätten und schauen würden, was von dem Koalitionsvertrag schon umgesetzt ist, dann würden Sie feststellen, dass wir in der Zeit, in der wir hier sind, wirklich einen Schwerpunkt gesetzt haben. Ich rede von den 1.000 Lehrerstellen, die geschaffen wurden, von den Ganztagsangeboten und von dem Stellenschlüssel, den wir schon etwas nach unten korrigiert haben. Es kann nicht alles auf einmal geschehen, es geht schrittweise voran. Dass wir die Gleichwertigkeit aller Bildungsbereiche anerkennen und die Wichtigkeit sehen, ist unbestritten. Wir haben auch in die Erwachsenenbildung innerhalb der letzten eineinhalb Jahre einiges investiert.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die Aussprache ist geschlossen. Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung, Jugend und

Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Das findet Ihre Zustimmung? - Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Drs. 16/4013)
- Zweite Lesung -**

Ich eröffne die Aussprache. Hierzu wurde eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Frau Kollegin Gote beginnt.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Minister! Die Situation der Hochschulen ist zurzeit wegen der anhaltenden Unterfinanzierung - anhaltend heißt hier: seit vielen, vielen Jahren -, wegen der missglückten Bologna-Reform, wegen der extrem deutlich ausgeprägten sozialen Schieflage, die Sie noch durch die Einführung von Studiengebühren verschärft haben, wegen einer unvollständig umgesetzten und falsch verstandenen Autonomie, wegen des doppelten Abiturjahrgangs, der im nächsten Jahr vor den Toren - hoffentlich nicht vor den verschlossenen Toren - der Hochschulen steht, und wegen des drohenden Sparhaushalts alles andere als komfortabel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein besonders feines Gespür für diese Problemlagen, vielleicht sogar das feinste Gespür dafür, haben die Studierenden selbst. Das haben uns die Bildungsproteste im vergangenen Jahr, im Jahr davor und auch jetzt wieder sowie die vielen Veranstaltungen, die im Zuge der Bildungsproteste auf der Straße, in den Hochschulen und in der Öffentlichkeit stattgefunden haben, gezeigt. Sie alle waren von einer hohen Kompetenz, von großer Disziplin, von hohem Engagement - unermüdlichem Engagement, muss man schon sagen, teilweise rund um die Uhr - und von konstruktiven Lösungsvorschlägen geprägt. Die Bildungsproteste haben gezeigt, dass die Studierenden einen hohen Einsatz zu leisten bereit sind, um unsere Hochschulen voranzubringen. Deshalb sollten wir die vielen Probleme, die die Hochschulen und die Studierenden, aber auch alle anderen Mitglieder der Hochschulen haben, endlich angehen. Zugegeben, manches ist nicht schnell und einfach lösbar, aber einiges ließe sich schnell und leicht und sogar heute hier in diesem Hause tun. Was wir erreichen könnten, wäre eine Verbesserung der demokratischen Mitgestaltungsrechte für die Studierenden. Genau das haben wir in unserem Gesetzentwurf gefordert.

Herr Minister und Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP, warum ergreifen Sie nicht endlich diese Chance? Warum begreifen Sie nicht, welche Ressourcen brachliegen, wenn Sie die Kompetenz, die Motivation, die Energie, die Kritik und die guten Ideen der Studierenden nicht ernsthaft nutzen? Die Studierenden als größte Gruppe an der Hochschule haben ganz selbstverständlich das Recht, ihre Hochschule mitzugestalten. Diese Studierenden sollen und wollen Verantwortung an den Hochschulen übernehmen. Deshalb sage ich Ihnen, Herr Minister, und Ihnen, Kolleginnen und Kollegen: Nehmen Sie diese Studierenden doch in die Pflicht, indem Sie ihnen endlich die Rechte geben, die ihnen zustehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben diesen Vorschlag in unserem Gesetzentwurf gemacht. Es war ein Vorschlag, und wir hätten uns über Reaktionen gefreut, die Teile des Hauses durchaus gezeigt haben. Wir hätten uns auf konstruktive Kritik gefreut. Wir hätten uns auch auf Ihre Vorstellungen in dieser Frage gefreut. Sie hätten uns wenigstens sagen müssen, was Sie sich vorstellen; denn auch Sie sagen außerhalb dieses Hauses, dass Sie sich durchaus mehr Partizipation der Studierenden vorstellen können. In 14 von 16 Bundesländern funktioniert das offensichtlich ganz gut. Warum also sollten gerade Sie nicht in der Lage sein, ein geeignetes Modell für unser Land zu entwickeln? Aber Sie haben es nicht getan. Sie haben sich in den Diskussionen über unseren Gesetzentwurf nicht mit dem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Studierenden in der Tiefe auseinandergesetzt. Sie haben immer wieder abgeblockt, zuletzt auch bei der Ministerbefragung, und zwar mit einem einzigen Argument, der sogenannten Zwangsmitgliedschaft, die Sie nicht wollen.

Ein paar Punkte dazu: Das, was wir fordern, ist nicht Zwang, sondern betrifft Rechte. Es sind Rechte, die die Studierenden haben. Wer sagt, es handle sich um eine Zwangsmitgliedschaft, der diffamiert die guten demokratischen Rechte der Studierenden. Diese Rechte sind auch mit Pflichten verbunden, und zwar so wie bei jeder Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft; übrigens auch der zu unserem Staat. Man kann auch die Staatsangehörigkeit nicht als Zwangsmitgliedschaft bezeichnen. Dies gilt für jede Mitgliedschaft, die man dadurch erwirbt, dass man einer Gemeinschaft angehört. Die Entscheidung, dieser Gemeinschaft anzugehören, treffen die Studierenden, indem sie studieren. Das als Zwangsmitgliedschaft zu diffamieren, halte ich für daneben.

Dann wird immer das Argument gebracht, die Zwangsmitgliedschaft sei mit einem Zwangsbeitrag verbunden. Dazu muss ich sagen: Dieser Zwangsbei-

trag, der keiner ist, wird von dieser Gemeinschaft, vom Studierendenparlament, demokratisch festgesetzt. Jeder Student und jede Studentin kann in diesem Gremium mitbestimmen, ob es einen solchen Beitrag geben soll und wie hoch dieser sein soll. Hier von Zwang und Zwangsbeitrag zu sprechen, geht an der Sache vorbei.

Wir wären Ihnen aber in dieser Frage sogar entgegengekommen. Wir haben in den Beratungen gesagt: Wenn das der Stein des Anstoßes - vielleicht der letzte, der Sie zum Umdenken bringen kann - sein sollte, dann bieten wir Ihnen die Ausstiegsoption an. Darauf sind Sie übrigens gar nicht eingegangen. Sie haben keine eigenen Vorschläge gebracht und ich finde, Sie schaden unseren Hochschulen, wenn Sie sich weiterhin in dieser Frage so stur stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb fordere ich Sie heute auf: Wenn Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen können, dann geben Sie wenigstens den Hochschulen, die auf diesem Weg vorangehen wollen, die Möglichkeit, das über Öffnungsklauseln zu erreichen, also mehr Partizipation für die Studierenden.

Es gibt weitere Probleme im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess, für die wir als Gesetzgeber Verantwortung tragen. Bei der Analyse, was in den letzten Jahren seit der Bologna-Reform schiefgelaufen ist, besteht in diesem Hause weitgehend Einigkeit. Sogar bei den Lösungen besteht weitgehend Einigkeit. Vieles von dem, was an den Hochschulen bereits geändert worden ist oder in der Änderung begriffen ist, geht in die richtige Richtung. Wir haben gemeinsam Beschlüsse des Landtags gefasst und mehrere Berichte hierzu erhalten. Es zeigt sich, dass vieles in die richtige Richtung geht. Dass Sie das, Herr Minister, jetzt so schön mit Ihren Leitlinien als großen Wurf verkaufen - Vereinbarung mit allen Beteiligten; mit wem auch immer -, ist wunderbar. Das haben Sie gut gemacht, aber es ist nichts Neues. Es ist schon richtig, aber nichts Neues. Es ist auch ein bisschen aufgeplustert, weil in der Substanz nichts Neues enthalten ist.

Es bleibt dabei: Wenn Sie sich nur auf das beschränken, was in dem Bericht an Leitlinien enthalten ist, dann schieben Sie den Schwarzen Peter für alle Fehler, die im Rahmen der Bologna-Reform gemacht worden sind, den Hochschulen zu. Das kann nicht sein. Auch die Abgeordneten des Landtags tragen als Legislative Verantwortung dafür, etwas zu verbessern und der Reform den richtigen rechtlichen Rahmen zu geben.

Deshalb haben wir in unserem Gesetzentwurf gefordert, Änderungen bei der Regelstudienzeit, bei der Anerkennungspraxis von im Ausland oder an anderen Hochschulen erbrachten Leistungen und bei der Sichtweise des Masters als Regelabschluss mit dem Ziel, dabei keine Quotierung zuzulassen, im Gesetz festzuschreiben. Ich hätte mir gewünscht, dass wir im Ausschuss in einen konstruktiven Dialog oder einen Wettstreit um die besten Ideen für ein besseres Hochschulgesetz eingetreten wären. Ich meine, Sie können sich nicht der Verantwortung für die Hochschulen entziehen, indem Sie auf die Autonomie der Hochschulen verweisen, die bisher nur unvollständig, einseitig und häufig zulasten der Hochschulen verwirklicht ist. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Das betrifft vor allem die finanzielle Autonomie. Solange die Hochschulen nicht die vollständige finanzielle Autonomie, das heißt zum Ersten genug Geld für die Erfüllung ihrer Aufgaben in Form einer Ausfinanzierung und einem Ende der Unterfinanzierung und zum Zweiten ein Globalbudget haben, kann man nicht sagen: Macht einfach und wir kontrollieren nur. Solange das nicht so ist, haben wir die Aufgabe, im Gesetz Konkretes zu ändern.

Wir haben Ihnen Vorschläge vorgelegt. Wenn Sie heute nicht zustimmen wollen, dann erwarten wir in nächster Zeit Ihre Vorschläge. Ich kann Ihnen aber auch versichern, wir werden Sie nicht in Ruhe lassen. Wir werden weitere gute Ideen nachschieben und hoffen dann auf Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Wir setzen die Beratung mit Herrn Kollegen Jörg fort.

Oliver Jörg (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kollegin Gote, Sie wollen den Masterabschluss als Regelabschluss. Auch nach Ihren Ausführungen ist mir immer noch nicht klar, welches Ziel Sie damit eigentlich verfolgen. Wollen Sie das vollständige Konterkarieren des Bologna-Prozesses, wollen Sie den Ausstieg Bayerns aus dem Bologna-Prozess? Wollen Sie die internationale Isolierung Bayerns?

Der berufsqualifizierende Bachelor ist Kern des Bachelor-Systems in ganz Europa und in Deutschland. Mit Ihrer undurchdachten Forderung haben Sie die Studierenden und auch die bayerische Wirtschaft, vorsichtig formuliert, stark irritiert. Ihre Behauptung, der Bachelor-Abschluss sei kein berufsbefähigender Abschluss und die Absolventen hätten keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt, ist schlichtweg falsch. Nach einer Untersuchung des Zentrums für Hochschulforschung der Uni Kassel haben sich drei von fünf Ba-

chelor-Studenten bewusst für die Berufstätigkeit entschieden. Die Arbeitslosigkeit von Bachelor-Absolventen ist mit 3 % ebenso niedrig wie bei anderen Abschlussgruppen. Schon durchschnittlich drei Monate nach ihrem Abschluss finden Bachelor-Absolventen eine Stelle. Mit Ihrer Forderung entwerfen und diskreditieren Sie den Bachelor-Abschluss und unsere erfolgreichen Bachelor-Absolventen.

Eine unbürokratische und transparente Anerkennung von Studienleistungen ist in der Tat grundlegend für die Mobilität der Studierenden. Das hat die CSU-Fraktion im Rahmen des Bologna-Prozesses häufig betont und unterstrichen. Eine Umfrage des DAAD aus dem Herbst 2009 zeigt hierzu eine erfreuliche Entwicklung. Der Anteil der vollständigen Anerkennung aller im Ausland erbrachten Leistungen in den neuen Studiengängen liegt bei 63 %, in den traditionellen Studienfächern und Studiengängen sind es nur 46 %.

Werte Frau Kollegin Gote, wenn ich Sie richtig verstanden habe, behaupten Sie, es käme bei der Anerkennung von Studienleistungen nur auf die abstrakten Studieninhalte an und nicht auf die faktisch erworbenen Kenntnisse unserer Studierenden. Das ist natürlich Quatsch. Denn es kommt bereits heute schon auf die tatsächlich erworbenen Kenntnisse an. Dies hat die Kultusministerkonferenz unlängst nochmals klargestellt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erlauben Sie mir den Hinweis, dass Ihre Forderung hinsichtlich einer stärkeren Flexibilität den aktuellen Entwicklungen bereits hinterherhinkt. Viele Hochschulen haben sich die Anregungen aus dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion vom 26. November 2009 bereits zu Herzen genommen. So hat beispielsweise die Ludwig-Maximilians-Universität ihre Prüfungsdichte im Bachelor-Studium deutlich gesenkt. Pro Modul wird nur noch eine Prüfung verlangt. Zudem werden viele Leistungsnachweise nicht mehr benotet.

Die bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die Fachhochschulen, haben die Regeln abgeschafft, denen zufolge Studierende, welche die maximale Studiendauer überschreiten, automatisch exmatrikuliert werden. Damit die ersten Semester verstärkt der Orientierung dienen können, sollen die einzelnen Prüfungsnoten nicht von Beginn an voll zur Endnote zählen.

Kolleginnen und Kollegen, in ganz Deutschland und in fast allen der 46 Bologna-Teilnehmerstaaten beträgt bei den konsekutiven Bachelor- und Masterabschlüssen die Höchstdauer der Regelstudienzeit fünf Jahre. Daran können und sollten wir nichts ändern; denn un-

sere Absolventen sollen international erfolgreich sein. Ich will nicht, dass der Hochschulstandort Bayern in einem Atemzug mit den sechs ausscherenden Teilnehmerstaaten genannt wird, zum Beispiel Georgien oder Armenien.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Zwangsmitgliedschaft in und Zwangsabgabe an eine Verfasste Studierendenschaft - entspricht das wirklich Ihrem Bild von einem freien, eigenverantwortlichen, selbstbestimmten Studierenden? Das Leitbild der CSU sieht anders aus.

(Isabell Zacharias (SPD): Ja, das wissen wir!)

Wir haben ein Problem mit der Legitimität eines AstA, der aus Hochschulwahlen mit niedriger Wahlbeteiligung hervorgeht, gleichzeitig aber über Einnahmen von mehreren Hunderttausend Euro im Semester aus Zwangsbeiträgen verfügt. Die Wahlbeteiligung bei Hochschulwahlen liegt - das ist bekannt - oft nur bei zehn bis zwanzig Prozent. Den Negativrekord hält die Universität Duisburg-Essen mit nur 6,6 % Wahlbeteiligung. Frau Kollegin Gote, Sie reden dann davon, dass die Zwangsabgaben demokratisch legitimiert wären. Bei 6,6 % Wahlbeteiligung darf man dahinter ein kräftiges Fragezeichen machen und sich überlegen, ob wir das so sehen dürfen.

Diese niedrigen Wahlbeteiligungen spiegeln doch mangelndes Vertrauen in die Asten wieder und führen auch zu verzerrten Mehrheitsverhältnissen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wo lebt ihr eigentlich?)

Nach Recherchen von "ZEIT CAMPUS" addieren sich die größten Verschwendungen, die in den letzten Jahren an fünf deutschen Hochschulen mit Verfassten Studierendenschaften zu beklagen waren, auf 1,2 Millionen Euro.

Kolleginnen und Kollegen, die starke Fluktuation in den Allgemeinen Studierendenausschüssen erschwert zumindest - da werden wir uns einig sein - einen professionellen Umgang mit den Beiträgen. Ich nenne nur ganz wenige Beispiele. An einem einzigen Abend verlor der AstA Bochum 230.000 Euro, weil er zu teure Bands für eine Party engagiert hatte. Der AstA der Universität Duisburg-Essen betrieb mehrere Jahre ein Kulturcafé, Gesamtverlust: 450.000 Euro. Der AstA Frankfurt verlor mit einer Autovermietung 100.000 Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Gründe dafür, eine Verfasste Studierendenschaft mit Fragezeichen

zu versehen, sind mannigfaltig. Uns werden Sie nicht dafür gewinnen, Ihnen in diesem Punkt zuzustimmen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, heute gehören dem Senat fünf Vertreter der Hochschullehrer und vier weitere Vertreter an. Einer davon ist ein Studierender. Verehrte Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Sie wissen doch, dass die Hochschullehrer aus verfassungsrechtlichen Gründen die Mehrheit bilden müssen. Ihre Forderung, drei Studierende in den Senat aufzunehmen, würde dazu führen, dass die Hochschullehrer mit 5 : 6 in der Minderheit wären. Was Sie hier fordern, ist wegen des Grundsatzes der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre verfassungswidrig. Sie könnten sich dadurch behelfen, dass Sie das Gremium erweitern und mehr Professoren dazunehmen. Wo aber würde der Sinn stecken, wenn Sie ein Gremium immer nur weiter aufblähen würden? - Das wollen wir nicht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es bleibt natürlich unsere gemeinsame Aufgabe zu überlegen, wie die Mitwirkungsrechte der Studierenden neben den bereits bestehenden Mitwirkungsrechten weiter gestärkt werden können. Wie Sie wissen, gibt es dazu eine wichtige Arbeitsgruppe unseres Wissenschaftsministers. Wir begrüßen ausdrücklich dieses Gremium. Heute ist doch offensichtlich geworden, dass die GRÜNEN die dort zu erarbeitenden Ergebnisse nicht abwarten und hier ihre eigene Suppe kochen wollen. Das verdient nicht unsere Unterstützung. - Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Jörg. Bitte bleiben Sie noch am Pult. Frau Kollegin Gote hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist leider nur eine Zwischenbemerkung; dabei könnte man zu diesem Thema so viel sagen.

Zu Ihrer letzten Aussage: Warum sollten wir auf die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe warten, in die wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier überhaupt nicht einbezogen sind? - Das erschließt sich mir nicht.

Ihr Argument zur Wahlbeteiligung ist gefährlich, wenn ich mir anschauere, wie sich die Wahlbeteiligung bei unseren Wahlen entwickelt. Daran beteiligt sich auch nur noch die Hälfte der Leute. Wenn ich mir dann noch ansehe, wie viel Geld die CSU in den letzten Jahren in den Sand gesetzt hat, dann wird Ihr Argument ein sehr gefährliches. Auf dem Niveau sollten

wir hier besser nicht diskutieren; da sitzen Sie im Glashauss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Übrigen möchte ich noch zur Wahlbeteiligung sagen: In Passau betrug sie jetzt über 20 %. Viele Studierende konnten nicht wählen, weil es nicht genug Wahlkabinen gab und die Öffnungszeiten der Wahllokale viel zu kurz waren, als dass Tausende von Studierenden dort hätten wählen können. Diese Probleme haben andere Hochschulen auch. Sie sollten sich das einmal vor Ort ansehen.

Ihre Argumente zu meinen Aussagen zum Bachelor-Abschluss muss ich wirklich dementieren. Da haben Sie mich völlig falsch wiedergegeben. Ich habe im Ausschuss ausdrücklich mehrfach gesagt, dass ich den Bachelor-Abschluss sehr wohl für einen berufsqualifizierenden Abschluss halte, zumindest davon ausgehe, dass er einer sein kann, dass ich aber jeden Anschein vermeiden möchte, dass damit die Universitätsausbildung oder die Hochschulbildung abgeschlossen wäre. Ich habe gesagt, wir müssen alles tun, um deutlich zu machen, dass auch der Master-Abschluss ein Regelabschluss ist, und wir müssen alles tun, um Quotierungen, Engpässe und Kapazitätsprobleme beim Master-Studium zu vermeiden. Die Klarstellung stellt darauf ab, dass der Master-Abschluss ein Regelabschluss ist. Wir haben im Ausschuss lange darüber diskutiert, ob wir sagen sollen, dass beides, Bachelor und Master, Regelabschlüsse sind. Der Begriff des Regelabschlusses ist nicht fest definiert. So wie es im Hochschulgesetz formuliert ist und wie Sie soeben gesagt haben, sieht es so aus, als ob es für Sie mit dem Bachelor erst einmal gut ist und nur für einige wenige der Master-Abschluss kommt. Genau diesem Anschein wollten wir uns entgegenstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Gote. Herr Kollege, nur zur Information: Als Nächster hat sich Herr Kollege Dr. Fahn für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Jetzt haben Sie zunächst das Wort zur Antwort auf die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gote. Bitte schön.

Oliver Jörg (CSU): Ich hätte gedacht, jetzt kämen vielleicht ein paar Argumente, bei denen man ins Überlegen oder ins Grübeln kommt. Das war aber nicht der Fall. Ich bin ziemlich verwundert, weshalb Sie gerade Passau als Beispiel gewählt haben, wo es keine Verfasste Studierendenschaft gibt. Das will mir nicht einleuchten.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ich halte es für ein wenig problematisch, Wahlbeteiligungen von sechs Prozent mit einer Wahlbeteiligung von zwanzig Prozent gleichzusetzen. Ich habe das honoriert und ausgeführt, dass es in der Regel bis zu zwanzig Prozent sind. Ich weiß sogar von Wahlbeteiligungen bis zu dreißig Prozent; das ist aber die absolute Ausnahme, das wissen Sie ganz genau. Durchschnittlich liegt sie bei etwa fünfzehn Prozent. Es ist auch nicht fair, das so darzustellen. Es ist auch ein Riesenunterschied zwischen einer Wahlbeteiligung von fünfzig bis sechzig Prozent und einer Wahlbeteiligung von gerade einmal einem Zehntel davon. Das können Sie hier auch nicht schönreden. - Schade, weitere Argumente sind nicht gekommen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Jörg. Jetzt hat Herr Kollege Dr. Fahn das Wort, bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Herr Jörg, ich habe eine Verständnisfrage. In vierzehn von sechzehn Bundesländern gibt es eine Verfasste Studierendenschaft. Können Sie mir erklären, warum die Bundesländer diese nicht abgeschafft haben, wenn sie wirklich so negativ wäre, wie Sie es jetzt dargestellt haben? Unter diesen vierzehn Bundesländern befinden sich viele CDU-regierte Bundesländer, die offensichtlich damit zumindest keine schlechte Erfahrung gemacht haben. Warum gibt es also in vierzehn von sechzehn Bundesländern eine Verfasste Studierendenschaft? Sie nennen immer das Beispiel Nordrhein-Westfalen. Dort gab es bis vor Kurzem eine CDU/FDP-Regierung.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Herr Kollege Jörg, Sie haben das Wort.

Oliver Jörg (CSU): Das liegt schlicht und einfach an der Länderhoheit. Wir haben beschlossen, dass wir das nicht wollen. Ich behaupte auch nicht, dass alle Ideen, die in einer Verfassten Studierendenschaft geboren werden, und alle Aktivitäten für Studierende schlecht sind. Darunter ist sicherlich viel Gutes. Ich finde es spannend, darüber nachzudenken und Überlegungen einzubringen, gerade im Hinblick auf die Arbeitsgruppe, die im Wissenschaftsministerium existiert.

Aus vielen Diskussionen der Basis und aus Gesprächen mit CSU-Mitgliedern und Studierenden im RCDS in Bayern weiß ich, dass das nicht gewollt ist, und auch ich will die Pflichtmitgliedschaft nicht, weil Pflichtbeiträge abgegeben werden müssen an ein Gremium, das die Mittel verteilt, das aber wegen der mangelnden Wahlbeteiligung nicht wirklich demokratisch legitimiert ist. Nicht einmal der Katalog der Leis-

tungen ist klar. In einem Semester wird beschlossen, dass schwerpunktmäßig die Party gemacht wird,

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

dann eine Informationsbroschüre, die allen dient - das ist dann wieder super. Als Studierender hat man keine weitere Einflussmöglichkeit, außer auf die nächste Wahl zu warten. Ich frage mich deshalb, ob die Verfasste Studierendenschaft notwendig ist. Die Studierenden haben viele Möglichkeiten, sich einzubringen. Das können auch die bestehenden Gremien sein. Ich kann Ihnen sechs oder sieben nennen, bei denen die Studierenden einbezogen sind.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Jörg, das Thema scheint weitere Zwischenbemerkungen zu provozieren. Als nächster Redner hat Kollege Dr. Goppel das Wort. Danach folgt Frau Kollegin Kohnen. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Goppel.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Herr Kollege Jörg, wir haben in den letzten Jahren Bilanzen und lange Auflistungen zur Kenntnis genommen, wonach in den Ländern, in denen es die Verfasste Studierendenschaft gibt, daraus keinerlei Gewinn für die Qualität des Studiums gezogen werden kann.

Entscheidend an einem Hochschulstandort ist, dass eine zusätzliche demokratische Schiene, für die ich ebenso Verständnis habe wie für den Antrag, dazu führen müsste, dass die Qualität im allgemeinen Zusammenleben der Hochschulen besser ist als an den Hochschulen des Südens. Sie müssen von zwei Ländern bei sechzehn Ländern insgesamt ausgehen. Die beiden Südländer fahren die besten Ergebnisse bezüglich Wissenschaft und Forschung ein. Damit behaupte ich nicht, dass im Zusammenhang mit der Verfassten Studierendenschaft feststünde, dass die anderen schlechter sind. Sie sind aber auf keinen Fall besser. Deswegen frage ich Sie noch einmal: Glauben Sie, dass Sie mit der Ablehnung der Verfassten Studierendenschaft die Verbesserung der Verhältnisse an den Hochschulen verhindern? - Das ist die Behauptung der Kollegin.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Jörg, Sie haben das Wort.

Oliver Jörg (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Staatsminister a. D. Dr. Goppel! Könnte man Zusammenhänge in der Art darstellen, dass die bereichernde Arbeit eines AstA die Qualität der Forschung und Lehre derart signifikant steigert, dass wir in Bayern neidvoll auf diese Bundesländer blicken müssen, würden sogar wir in der CSU umdenken.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Kohnen das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Erstens. Ich finde es spannend, Herr Goppel, woran Sie Demokratie festmachen. Meinem Verständnis entspricht es nicht, dass sich Demokratie in Party-Veranstaltungen ausdrücken würde.

Zweitens. Herr Goppel, Sie sagten, dass man dort, wo die Verfasste Studierendenschaft eingeführt ist, keinen Gewinn habe. Ist denn Demokratie dazu da, Gewinn zu machen? Wie ist denn Ihr Verständnis von Demokratie? - In Zeiten, in denen man Demokratiedistanz und daraus resultierenden Demokratieverdross hat, ist es sträflich zu sagen, man wolle ein Instrument der Demokratie nicht zulassen, weil die schlechte Wahlbeteiligung dies nicht legitimiere. Vielmehr müssten Sie dafür kämpfen, dass die Verfasste Studierendenschaft Akzeptanz findet. Man sollte das Pferd nicht von hinten aufzäumen, indem man sagt, da die Wahlbeteiligung zu niedrig sei, brauche man ein Instrument der Demokratie nicht. Das ist sehr fragwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Jörg, Sie haben das Wort.

Oliver Jörg (CSU): Demokratievorlesungen vertiefen wir hier nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Das ist aber schade!)

auch wenn Sie das sehr charmant angesprochen haben.

Warum definieren Sie nicht zuerst, was die Kompetenzfelder eines bayerischen AStAs sein sollen? Warum reden Sie nicht darüber? Warum lassen Sie das alles offen? Warum beginnen Sie nicht damit, das Thema von Grund auf zu diskutieren, und setzen nur die fette, breite Überschrift "Verfasste Studierendenschaft" darüber? - Weil Sie wissen, dass wir uns damit nicht einverstanden erklären. Wenn Sie die Demokratie stärken wollen, müssen Sie zunächst über die Rechte reden, die Sie diesem Organ beimessen wollen. Das unterlassen Sie sträflich.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Herr Kollege Jörg, ich darf mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken. Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Zacharias das Wort. Bitte schön.

Isabell Zacharias (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Güte, meine Kollegen aus dem Hochschulausschuss, Herr Jörg und Herr Dr. Goppel, wie dürftig Ihre Argumente zu Fragen der Demokratie sind, lässt mich sprachlos hier stehen. Ich stehe hier sprachlos.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Goppel (CSU))

- Ich finde meine Sprache schnell wieder. Das kennen Sie alle von mir.

2008 haben wir Proteste gesehen. Eltern, Schülerinnen, Schüler und Studierende sind auf die Straße gegangen und haben für ihre Rechte gekämpft. 2009 war es die gleiche Gruppe mit wenigen Professoren und Wissenschaftlern aus dem Mittelbau. Sie alle sind noch einmal auf die Straße gegangen, haben in der Universität übernachtet und einige von uns haben mitdiskutiert, mitgestritten und mitgelitten. 2010 gab es dasselbe Bild wieder. Es wird demonstriert, debattiert und gestritten, und zwar konstruktiv, friedlich, ganz wunderbar.

Die SPD hat mit ihren guten Anträgen und mit ihren Stimmen den wenigen Herren und noch weniger Damen auf der rechten Seite im Dezember 2009 gesagt, dass der Bologna-Prozess Korrekturen braucht. Wir haben das mehrheitlich beschlossen. Herr Dr. Goppel, ich weiß, dass Sie dagegen gestimmt haben. Ich dachte, Wissenschaftsminister Heubisch hat die Kraft und setzt den Beschluss um, indem er Gruppen gründet und mit den Studierenden redet, weil diese wissen, wie eine Verfasste Studierendenschaft aussehen muss. Herr Jörg, bitte hören Sie mir zu, denn ich komme zu Ihrer Frage, wie eine Verfasste Studierendenschaft und die echte Partizipation und Mitsprache aussehen sollen. Ich meine, das muss den Studierenden überlassen bleiben. Das machen nicht wir.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das machen nicht Sie - Sie auf keinen Fall - und nicht wir. Das machen die, die wissen, was sie können. Das machen die, die wissen, wie Mitsprache funktioniert. Und das machen die, die wissen, wie es in den anderen Bundesländern funktioniert.

Herr Heubisch, nach dem Dringlichkeitsantrag 2009 haben Sie mir zugerufen, dass das gemacht werde. Danach kam die Gruppe der Studierenden. Frau Gote und ich waren voller Frühlingsgefühle, und jetzt zum Sommeranfang ist Winter in meinem Herzen in Bezug auf die Hochschulperspektiven. Das liegt nicht daran, dass das Wetter nicht so ist, wie ich mir das wünschte. Nein, Herr Heubisch, Sie haben die Chance ver-

tan, mit einer Gruppe hoch motivierter Studierender, mit hoch motivierten jungen Leuten, die wissen, was Demokratie ist und wo es mit der Hochschule hingeht, wo man justieren kann, schrauben und verändern kann, Konkretes zu tun. Stattdessen machen Sie eine Leitlinie "light¹⁰", ein Wischiwaschi-Ding, und verkaufen das als großartiges Papier. Herr Heubisch, ich bin enttäuscht.

Die größte Herausforderung ist Bologna; dazu sollten wir uns nichts vormachen. 1999 ist der Bologna-Prozess auf die Schiene gesetzt worden. Bologna ist eine tolle Idee. Die Ursachen kennen Sie. Ich muss keine Nachhilfestunde geben, obwohl ich das eine oder andere Mal dieses Bedürfnis habe. Bologna bedeutet Vergleichbarkeit im europäischen Hochschulraum, mehr Mobilität und mehr Visionen. Das war richtig. Was aber hat man mit der größten Reform aller Zeiten gemacht? Die größte Reform aller Zeiten ist völlig ohne Geld weitergefahren worden. Damit war klar, die größte Reform aller Zeiten wird an die Wand gefahren. Das alles passiert auf dem Rücken der Studierenden und der armen Professoren und Professorinnen, die Größtes leisten, und des wissenschaftlichen und nicht wissenschaftlichen Mittelbaus.

Wir stellen Anträge, um die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen zu heilen. Wir versuchen, Rezepte zu erstellen. Sie lehnen ab. Das Schlimmste, was uns widerfährt, ist, dass wir Anträge, Gesetzentwürfe, Änderungsanträge einreichen und feststellen müssen, dass von Ihnen gar nichts kommt. Herr Jörg, ich habe von Ihnen noch keinen konkreten Vorschlag gehört. Wo soll es denn hingehen? Bologna 2020? Bologna 2030? Wie stellen Sie sich die nächste Zukunft vor? Herr Heubisch, wo sind Ihre großen Taten? Ich sehe gar nichts. Ich sehe nur, dass alles mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt wird.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Verfassten Studierendenschaft sagen. Herr Jörg, ich bin von den Socken oder von was auch immer. Mir zieht es echt alles aus.

(Heiterkeit)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, das haben Sie wohl nicht ganz ernst gemeint.

Isabell Zacharias (SPD): Nein!

(Heiterkeit)

Das Vergnügen gebe ich euch hier nicht.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Dann bin ich schon beruhigt. Sie haben das Wort.

Isabell Zacharias (SPD): Sie unterstellen den Studierendenvertretern, zum Beispiel dem AStA, dass sie missbräuchlich mit Geld umgehen. Sie von der CSU, die uns ein Landesbankdebakel mit einem Milliardenvolumen hinlegen, wollen mir erzählen, dass junge Leute nicht mit Geld umgehen können. Sie können nicht mit Geld umgehen. Studierende können das.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Herr Jörg, ich erwarte, dass Sie sich bei den Studierenden entschuldigen. Ihnen zu unterstellen, dass sie missbräuchlich handelten, ist niederträchtig. Ihr Demokratieverständnis entspricht überhaupt nicht dem meinen. Es ist unanständig, wenn Sie sich nicht dafür schämen, dass Sie so missgünstig mit unserer Zukunft, mit den Studierenden umgehen.

Der Gesetzentwurf ist richtig. Wir stimmen ihm zu, auch wenn wir bei der Ersten Lesung und im Hochschulausschuss darüber diskutiert haben, dass wir die Frage nach dem Master als Regelabschluss anders sehen. Wir sind der festen Überzeugung, dass Bildungsbiographien individuell sind. Der Master soll für alle, die ihn wollen, möglich sein. Darauf haben wir aber in der letzten Woche bei der Ministerbefragung gar keine Antwort bekommen, Herr Minister. Sie sagen zum Master für alle Ja. Wie wollen Sie denn das finanzieren? Im Paket "Doppelter Jahrgang 2011" sind dafür keine Mittel vorgesehen. Ich habe keine Antwort darauf bekommen. Ich habe Sie gefragt, wie es mit den Anträgen auf Festlegung eines Numerus Clausus steht, damit nicht alle den Master machen. Darauf habe ich keine Antwort bekommen. Nehmen Sie die Selektionsmaschine, der die jungen Menschen immer wieder ausgesetzt sind und die auch noch eine Hürde zum Master darstellt, heraus. Stellen Sie mir heute dar, wie das finanziert werden soll.

Der Gesetzentwurf ist richtig. Sie haben am Salvatorplatz ein gutes Ministerium. Ich erwarte, dass endlich einmal gesagt wird, wo es mit unserer Zukunft hingeht. Wenn wir nicht genügend Hochschulabsolventen haben, sieht es in Bayern dürrig aus. Sie und ich wissen doch, dass wir hoch qualifizierte Frauen und Männer brauchen, um den Wirtschaftsstandort Bayern aufrechtzuerhalten. Bayern ist so ein schönes Land. Bayern ist so ein wunderbarer Wirtschaftsstandort. Wir müssen dafür aber alles tun und auch in die Bildung investieren. Das ist nur möglich, wenn Sie Vorschläge machen, Geld in die Hand nehmen und Demokratie an den Hochschulen zulassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Prof. Dr. Piazzolo das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich versuchen, zu dem, was wir heute Vormittag in diesem Plenarsaal gehört haben, einen kleinen Bogen zu schlagen. Heute Vormittag war auf Einladung der SPD und der GRÜNEN der Bundespräsidentenkandidat Professor Gauck hier. Herr Professor Gauck hat sich in seiner Rede mit drei Begriffen beschäftigt. Er hat sich mit Freiheit beschäftigt. Er hat sich aber auch ganz intensiv mit dem Begriff der Verantwortung beschäftigt und diesen Begriff in den Mittelpunkt seiner Vorstellungen von Politik gerückt. Und er hat einen Satz gesagt, der mir eben ins Gedächtnis gekommen ist. Er sagte: "Mit Angst lässt sich schlecht Politik machen."

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, Ihren Beiträgen entnehme ich, dass Herr Goppel und Herr Jörg Angst vor den Studenten haben. In jeder ihrer Äußerungen wird das deutlich. Sie haben Angst davor, dass Studenten ihre Rechte ergreifen, dass sie Rechte wahrnehmen und dass sie in den Universitäten und Hochschulen mitbestimmen. Ich möchte die Verfasste Studierendenschaft gar nicht so nennen, sondern sie als eine Studierendenschaft bezeichnen, die Verantwortung übernimmt. Alle Ihre Argumente gegen die Verfasste Studierendenschaft sind von Angst und schlechten Beispielen gekennzeichnet. Diese Angst hat sich durch alle unsere Diskussionen durchgezogen. Welche Beispiele wurden dafür gebracht? Welches Bild zeichnen Sie von jungen Menschen? Herr Jörg, Sie haben uns Beispiele dafür genannt, dass im Einzelfall einmal Geld zu Unrecht ausgegeben wurde. Wir können Ihnen aber Tausende von Beispielen dafür zeigen, auch ich aus der Praxis, dass der AStA und die Studenten das Geld vernünftig ausgeben. Deshalb erwarte ich auch hier, dass man nicht nur immer die eine Seite, sondern auch die andere zeigt. Wir müssen nach draußen deutlich machen, dass wir von den Studierenden viel erwarten, dass sie unsere Zukunft und unsere Hoffnung sind, und wir, das Parlament, müssen ihnen ein Zeichen geben, das kein Zeichen der Angst und des Misstrauens gegenüber Studenten ist.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Ein paar Mal haben mich in den Ausschüssen auch die Äußerungen von Herrn Goppel gewundert. Sie sind in Ihrer Zeit als Minister doch sicher sehr häufig mit Studierenden zusammengekommen. Sie sind

doch ständig im Gespräch und schreiben Briefe. Trotzdem hatten Sie immer Beispiele dafür, dass der AStA nicht funktioniert hat. Immer wieder brachten Sie das Beispiel der schlechten Wahlbeteiligung. Lassen Sie uns solche Beispiele doch nicht negativ sehen. Es gibt so viele Beispiele dafür, dass die Studenten positiv wirken.

Der Gesetzentwurf der GRÜNEN ist auch nicht in Stein gemeißelt. Im Ausschuss wurde deutlich, dass Veränderungen möglich sind. Die eine oder andere Anregung von uns ließ sich nicht verwirklichen. Für die Verfasste Studierendenschaft haben weder die GRÜNEN noch die SPD oder wir Freien Wähler feste Modelle vorgeschlagen und gesagt, das muss es sein. Vonseiten der Regierung und Herrn Staatsminister Heubisch höre ich aber immer nur, eine Verfasste Studierendenschaft dürfe es, egal wie sie aussieht, nicht geben. Sie haben davor Angst, und deswegen machen Sie nicht mit.

Ich kann mir hundert verschiedene Modelle für eine Verfasste Studierendenschaft vorstellen. Wenn Sie Angst vor einer niedrigen Wahlbeteiligung haben, koppeln Sie die Einrichtung der Verfassten Studierendenschaft an die Wahlbeteiligung, wie es zum Beispiel Thüringen macht. Dort haben Sie doch ein Beispiel. Machen Sie es doch so. Einen solchen Vorschlag habe ich aber nicht gehört.

Wenn Sie vor Zwang Angst haben, lassen Sie den Studierenden die Möglichkeit, aus der Verfassten Studierendenschaft wieder auszusteigen, wie es auch Sachsen-Anhalt macht. Dort funktioniert es. Aber auch dazu habe ich von der Regierungsfraktion nichts gehört. Ich habe nicht gehört, ob so etwas einmal überlegt wurde. Begrüßenswerterweise wurde im Ministerium eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Von der haben wir bei der letzten Ministerbefragung aber auch nur gehört, dass wir über alles sprechen könnten, nur nicht über Formen der Verfassten Studierendenschaft. Die Studierenden sind deswegen frustriert.

Deshalb fordere ich Sie auf, dass Sie in sich gehen und noch einmal Überlegungen anstellen. Entwickeln Sie Optionsmodelle. Machen Sie Modellversuche. Es lässt sich über alles nachdenken. Suchen Sie sich eine kleine Hochschule aus und probieren Sie an dieser kleinen Hochschule ein Modell aus. Dann möchte ich sehen, ob es von den Studierenden nicht positiv angenommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Ich höre immer die Horrorzahlen von schlechten Wahlbeteiligungen. Wir haben in Bayern doch gar keinen AStA. Also haben wir auch keine Erfahrungen. Seit wann vergleicht sich Bayern mit anderen Ländern

und schaut dort auf schlechte Entwicklungen? Seien Sie doch einmal selbstbewusst. Machen Sie ein eigenes Programm für Bayern.

In dem Zusammenhang noch eine kleine Erinnerung an die Arbeitsgruppe: Herr Minister Heubisch, Sie haben uns bei der Ministerbefragung die Inhalte der Leitlinien versprochen. Sie haben auch bei der vorletzten Ministerbefragung etwas versprochen. Bis jetzt habe ich noch nichts bekommen. Die anderen haben auch noch nichts. Vielleicht schicken Sie es uns zu. Wagen Sie einfach mehr Demokratie. Hier zitiere ich einen berühmten SPD-Politiker. Machen Sie selbst Vorschläge zum Bologna-Prozess.

Noch ein paar Bemerkungen, warum wir uns bei der Abstimmung enthalten werden. Ich habe es bereits im Ausschuss dargelegt und auch Frau Kollegin Gote mitgeteilt: Es liegt an dem veränderten Artikel 56, mit dem Sie den Master als Regelabschluss einführen wollen. Es wurde zwar noch einmal deutlich gemacht, was damit gemeint ist. Trotzdem denke ich, es ist missverständlich.

Artikel 57 soll gestrichen werden. Das betrifft die Steuerungsmöglichkeiten. Auch das sehe ich etwas kritisch. Ähnliches gilt für Artikel 25. In ihm geht es darum, wie viele Vertreter wir in den Senat schicken. Wir, die Freien Wähler, haben hierzu eine eigene Idee entwickelt, die nicht ganz so weit wie der hier vorliegende Gesetzentwurf der GRÜNEN geht, das gebe ich zu. Wir wollen nicht drei statt einem Vertreter, wir wollen vielmehr in die Mitte gehen. Das sind ein paar der Gründe, weshalb wir uns der Stimme enthalten werden. Auch im Hinblick auf die Verfasste Studierendenschaft haben wir eine andere Auffassung. Deshalb werden wir uns enthalten.

Zum Abschluss aber noch einmal das Plädoyer an die Hochschulpolitiker der Regierungsfractionen: Machen Sie bald Vorschläge, geben Sie keine Denkverbote aus, denken Sie darüber nach. Man kann über Namen, über Strukturen und über Modelle reden. Senden Sie an die Studierenden aber nicht das Zeichen, man könnte mit ihnen über solche Fragen nur begrenzt sprechen und man würde spezielle Modelle von Anfang an ausschließen. Ich glaube, dann gewinnen Sie Vertrauen zurück und engagierte junge Menschen an den Hochschulen. Dann bekommen Sie vielleicht auch wieder einmal Rückenwind von den Studenten. Dazu wird es Zeit. Die Studierenden stehen immer wieder auf der Straße. Wir sollten möglichst bald Antworten geben. Das ist für uns alle sehr wichtig.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Dr. Bulfon das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Annette Bulfon (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Piazzolo, ich möchte auf einige Ihrer Fragen eingehen und natürlich auch auf die von Frau Kollegin Gote. Frau Gote, zunächst einmal möchte ich sagen, wir haben die Studienbeiträge nicht eingeführt. Das war damals die CSU-Alleinregierung.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Sie hätten sie abschaffen können!)

- Wir stehen weiterhin zu den Studiengebühren.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

So viel möchte ich hierzu sagen. Es ist eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die ich nicht kleinreden möchte. Die Ergebnisse sind erst einmal abzuwarten. Es geht dabei um mehr Mitbestimmung für die Studierenden. Ich denke also, wir sind auf einem richtigen Weg.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Auf welchem denn?)

- Warten Sie ab, Herr Piazzolo. Was die Globalhaushalte angeht, so finden Sie, Frau Gote, in mir eine Verfechterin Ihrer Vorstellungen. Dieser Forderung kann ich zustimmen.

Ich denke, bei einer Hochschulrechtsnovelle werden wir den Hochschulen mehr Autonomie gewähren. Bisher liegen uns noch keine genauen Zahlen über die Masterstudienabschlüsse vor und darüber, wie viele diese Studiengänge eigentlich nachfragen. Ich bitte deshalb um etwas Geduld.

Frau Zacharias, Sie erwarten große Taten und wollen wissen, wohin die Reise geht. Wir müssen kleine Schritte machen, auch im Gespräch mit den Studierenden, um Dinge, die beim Bologna-Prozess vielleicht schiefgelaufen sind, auszuräumen. So können wir auch hier auf den richtigen Weg kommen. Solche Dinge müssen langfristig angedacht werden. Wir sollten hier nichts überstürzen. Ich denke, der Minister befindet sich im Gespräch mit den Studierenden, und ich denke, es ist am wichtigsten, dass sie immer im Austausch miteinander sind.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Handeln ist wichtig, nicht nur reden!)

- Zu Ihnen, Herr Piazzolo. In der Ministerbefragung ist der Minister sehr deutlich geworden bei der Frage, was in den Leitlinien steht. Er hat daraus zitiert. Ich denke, Ihr Informationsbedarf ist gedeckt worden. Wir bringen auch noch andere Dinge, aber das kann man nachlesen, auch im Protokoll.

(Lachen der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE)
- Unruhe bei der SPD)

Insofern hätten Sie Gelegenheit gehabt, sich zu informieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich glaube außerdem nicht, dass Herr Jörg ein schlechtes Menschenbild hat. Im Gegenteil. Er will aufzeigen, was bei der Verfassten Studierendenschaft schiefgelaufen ist, und ich denke, das hat er sehr deutlich gemacht und klargelegt.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Man muss auch auf die Nachteile solcher Dinge hinweisen. Das darf man und das ist in einer Demokratie auch legitim. In Sachen Demokratie möchte ich nicht von Ihnen belehrt werden.

Nun komme ich zu meiner ursprünglichen Rede, die ich hier halten wollte, zu der ich aber leider noch nicht gekommen bin. Ich wollte eigentlich über Bologna reden: Bologna, die Hauptstadt der Tortellini, am Rande des Apennin gelegen, hat eine der ältesten Universitäten Europas. Mittlerweile ist Bologna ein Synonym für die Bologna-Reform. 1999 wurde dieser Prozess gestartet. Mittlerweile sind in Bayern 91 % der grundständigen Studien umgestellt worden. 46 Staaten haben am Bologna-Prozess teilgenommen. Ich möchte deshalb nicht, dass wir aus dem Bologna-Prozess aussteigen. Das will der Gesetzentwurf der GRÜNEN jedoch zum Teil, weil er den Master-Abschluss zum Regelstudienabschluss machen will. Wir wollen das nicht. Damit würde nämlich die Studienzeit verlängert. Außerdem hätten wir dann das Problem, dass, wie mir von einem Manager berichtet wurde, beispielsweise in Frankreich der Chef jünger als der Hochschulabsolvent aus Deutschland ist. Das wollen wir in Zukunft so aber nicht haben.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Unruhe bei der SPD und den Freien Wählern)

Wir wollen international wettbewerbsfähig sein. Wir lehnen eine Verlängerung der Gesamtregelstudienzeit ab. Das ist auch finanziell nicht leistbar. Ich frage mich auch, wo hier Ihre Vorschläge sind. Wie soll das Ganze finanziert werden, wenn wir die Regelstudien-

zeit verlängern wollen? Außerdem ist das nicht konkurrenzfähig. Bei der Diskussion über die gemeinsamen Strukturvorgaben der Länder saßen Sie mit am Tisch. Sie haben das alles mitbekommen, haben wohl auch zugestimmt. Wir verstehen deshalb den Aufruhr von Ihrer Seite nicht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zum anderen geht es um das Gleichwertigkeitserfordernis bei den erbrachten Prüfungsleistungen. Wir fordern eine Umkehr der Beweislast. Auch wir wollen, dass nicht der Student beweisen muss, dass er für ein Studium geeignet ist, sondern wir wünschen, dass der Professor darüber Auskunft gibt, warum er einen Studenten zu einem Studiengang nicht zulässt. Wir fordern also eine Beweislastumkehr. Wir wollen Ihre Form der voraussetzungslosen Anerkennung, die Sie in Ihrem Gesetzentwurf anstreben, nicht. Wir glauben, das ist eine wichtige Maßnahme zur Qualitätssicherung der bayerischen Studiengänge.

Um noch einmal auf die Verfasste Studierendenschaft zurückzukommen: Es gibt auch in Bayern Möglichkeiten der studentischen Teilhabe, beispielsweise im Senat, im Hochschulrat - -

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

- Ja, aber auch das muss gesagt werden, weil Sie den Eindruck vermitteln, wir hätten keine studentische Mitbestimmung. Es gibt sie aber; auch in Bayern ist sie vorhanden.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Es gibt den Fakultätsrat, den Berufungsausschuss und auf studentischer Ebene den Studentischen Konvent, den Fachschaftsrat und den Sprecherinnen- und Sprecherrat. Es besteht auch die Pflicht zur Evaluation der Lehrer. Dabei zeigt sich, dass der Studierende als Partner der Universität gesehen wird, er kann Kritik üben und seine Universität verbessern. All das ist wichtig für das Selbstbild der Studierenden der Zukunft. Die Studierenden können auch über die Höhe und die Verwendung der Studienbeiträge mitbestimmen. Zu nennen ist auch die Erhöhung der Zahl der Vertreter der Studenten im Senat. Derzeit befindet sich ein Vertreter der Studierenden im Senat. Ihr Gesetzentwurf sieht vor, die Zahl auf drei anzuheben. Herr Kollege Jörg hat es schon ausgeführt, wir haben in dieser Frage verfassungsrechtliche Bedenken, denn es geht um die Wissenschaftsfreiheit. Auch deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

Ich möchte die fünf Gründe, weshalb wir den Gesetzentwurf ablehnen, noch einmal zusammenfassen:

Erstens, die Verfasste Studierendenschaft. Vielleicht sind es keine Zwangsbeiträge, sondern Pflichtbeiträge, trotzdem werden hier Gelder für die Studierenden fällig.

Zum Zweiten soll der studentische Anteil am Senat von einem auf drei Mitglieder aufgestockt werden. Das ist verfassungswidrig.

Drittens. Der Master als Regelstudienabschluss konkretisiert den Bologna-Prozess.

Viertens. Eine Verlängerung der Regelstudienzeit würde unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr sicherstellen.

Fünftens. Wenn wir das Gleichwertigkeitserfordernis aufheben, käme es zu starken Qualitätseinbußen. Solche wollen wir in Bayern vermeiden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie doch bitte noch am Rednerpult. Herr Kollege Professor Piazzolo hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Er hat das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Frau Bulfon, mich hat natürlich interessiert, warum Sie den Entwurf ablehnen werden. Aber noch viel mehr interessiert mich, was Sie dagegensetzen. Was wollen Sie machen? Es reicht nicht aus, zu sagen, was andere nach Ihrer Einschätzung falsch machen. Ich ermuntere Sie also, etwas dazu zu sagen, welches die Vorstellungen der FDP sind. Was soll sich beim Bologna-Prozess tun?

Sagen Sie bitte auch etwas dazu, wie Sie über eine größere Mitwirkung der Studierenden denken. Die Mitwirkung gibt es zwar schon, aber sie ist nirgendwo so schwach wie in Bayern.

Ich habe noch etwas Zweites zu sagen. Wenn ich bei der letzten Ministerbefragung den Minister richtig verstanden habe, soll die Beweislastumkehr, die Sie planen, für die Anerkennung von Studienleistungen gelten, die im Ausland erbracht worden sind. Bei Ihnen klang es so, als ob das für den Beginn des Studiums gelten soll. Dann soll es also darum gehen, ob jemand zum Studium zugelassen wird oder nicht. Ist es wirklich so, dass in Zukunft die Professoren jedem Betroffenen sagen müssen, warum er nicht zum Studium zugelassen wird - das ist die Beweislastumkehr -, und der Studierende nicht nachweisen muss, dass er studierfähig ist?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Bulfon, Sie haben das Wort.

Dr. Annette Bulfon (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Piazzolo, das bezieht sich in der Tat nur auf die Vergleichbarkeit zwischen ausländischen Studiengängen und der Zulassung zu inländischen Studiengängen. Ich möchte mich entschuldigen, wenn da ein Missverständnis entstanden sein sollte.

Was die Arbeit der genannten Gruppe betrifft, so möchte ich deren Ergebnissen nicht vorgreifen. Wir sollten sie abwarten. Da geht es um mehr studentische Mitbestimmung. Diese wollen wir in der vorgesehenen Form gewährleisten.

Sie haben die Studentenproteste zum Bologna-Prozess erwähnt. Wir nehmen diese Proteste sehr ernst. In vieler Hinsicht stehen wir sogar hinter den Studierenden. Das gilt zum Beispiel bezüglich der Prüfungsdichte oder in der Hinsicht, dass wir einen achtsemestrigen Diplomstudiengang nicht im Verhältnis 1 : 1 in einen sechssemestrigen Bachelorstudiengang umwandeln. Wir wollen auf keinen Fall, dass so etwas passiert.

Wir wollen hin zu weniger Faktenwissen und weg vom Bulimielernen, gegen das sich die Studierenden sehr häufig wenden. Wir wollen hin zum Erwerb von Kompetenzen und zur Outcome-Orientierung. Es ist also nicht wichtig, was der Lehrende sagt, sondern das, was beim Studierenden ankommt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Staatsminister Dr. Heubisch das Wort.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Sehr verehrtes Präsidium, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich abschließend ein paar Bemerkungen machen. Wir haben über diese Thematik in der letzten Woche ungefähr eineinviertel Stunden gesprochen. Auch heute haben wir sehr intensiv darüber beraten. Das wird der Sache in der Tat gerecht.

Herr Piazzolo, ich möchte mich an einer Stelle etwas entschuldigen und an einer anderen Stelle etwas klarlegen.

Ich habe gesagt, dass die Leitlinien selbstverständlich in einer Website des Internets eingestellt sind. Meines Wissens habe ich aber auch zugesagt, dass ich die Leitlinien dem Ausschuss zukommen lasse. Frau Zacharias hat sie schon in Papierform. - Wie ich höre, hat auch Frau Gote die Leitlinien in Papierform. - Herr Piazzolo, ich lasse sie selbstverständlich auch Ihnen zukommen.

Der Hauptpunkt des Gesetzentwurfs zielt vor allem auf die Einführung der Verfassten Studierendenschaft auch in Bayern. Herr Jörg und Frau Bulfon haben aus meiner Sicht überzeugend dargelegt, warum wir das nicht brauchen. Sie haben sich dabei auf das Ziel bezogen, Zwangsmitgliedschaften einzuführen. Ich habe in den vergangenen Wochen immer wieder deutlich gemacht, dass ich die Zwangselemente ablehne. Sie entsprechen nicht meiner Einstellung zur Demokratie.

Entscheidend ist für mich, von der anderen Seite her zu argumentieren: Lasst doch den einzelnen Studierenden entscheiden, ob er sich einer Hochschulgruppierung anschließen will, und sagt ihm nicht, dass er sich einer Teilkörperschaft anschließen müsse. Das ist für mich Demokratie. Hier sehe ich den wahren Sinn.

Ich arbeite viel lieber daran, dass die anderen Bundesländer von dem Zwangsinstrument ablassen. Denn wir haben gesehen: Es bringt nichts; es bringt keine Substanz. Wir haben uns klar für den dargelegten Weg entschieden. Ich glaube, damit verwirklichen wir mehr Freiheit.

Im Zusammenhang mit der Hochschulpolitik wird - das ist schon angesprochen worden - die gewöhnlich niedrige Wahlbeteiligung kritisiert. Vor allem wenn die Wahlbeteiligung unter zehn Prozent liegt, bekomme ich ein Legitimationsproblem. Die Verfassten Studierendenschaften können ja Beiträge erheben. Sie haben Satzungshoheit. Aber bei einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung scheint mir die Legitimation der Gremien und ihres Handelns äußerst zweifelhaft. Das muss einmal ausgesprochen werden.

Hier handelt es sich um Teilkörperschaften, nicht um freiwillige Vereinigungen. Daher erscheint es mir in der Tat höchst fraglich, ob man eine sehr niedrige Wahlbeteiligung verfassungsrechtlich überhaupt akzeptieren könnte. Ich habe jedenfalls große Zweifel.

Nach meiner Meinung hat Bayern absolut zu Recht auf die Verfasste Studierendenschaft verzichtet. Ehrlich gesagt: Wer bei den Demonstrationen in diesem Jahr einmal ein bisschen hingesehen hat, muss doch zugeben: Da ging es nicht um das entscheidende Thema. Wir haben doch ganz andere Themen. Es stand mehr der Bologna-Prozess im Vordergrund. Wir sollten uns an diesem Punkt nicht festbeißen. Wir sollten über andere Formen der Mitwirkung und ihre Stärkung nachdenken.

Frau Bulfon hat es deutlich gemacht: Wir haben schon die Fachschaften. Sie sind gewählt. Es gibt auch den Konvent, der aus den Fachschaften hervorgeht. Außerdem haben wir den Sprecherrat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind demokra-

tische Instrumente, die in vollem Maße die Mitwirkung der Studierenden erlauben. Genau da müssen wir ansetzen. Dort, wo es Sinn macht, müssen wir intensiver weitermachen. Was Sinn macht, werde ich unterstützen.

Ich bin auch neugierig auf den Abschlussbericht. Auf seiner Grundlage werde ich den Weg weitergehen. Ich werde die Themen weiterhin konsequent abhandeln.

Der vorliegende Gesetzentwurf schlägt eine Erhöhung des Anteils der Studierenden im Senat vor. Es wurde ausgeführt, dass das aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht so einfach verwirklicht werden kann. Zumindest würde dadurch eine Bürokratie aufgebaut. Das wollen wir nicht. Die Professorinnen und Professoren müssen im Hochschulsenat weiterhin die Mehrheit haben.

Ich gehe kurz auf die Vorschläge zum Thema Bologna-Prozess ein. Sehr verehrte Damen und Herren von der Opposition, Sie haben mir den Vorwurf gemacht: Jetzt überlässt er alles den Hochschulen.

(Isabell Zacharias (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Frau Zacharias, vielleicht können wir uns am Schluss verständigen. Ich habe nur eine begrenzte Redezeit. Ich bitte Sie herzlich, am Schluss darauf zurückzukommen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Zacharias, der Herr Staatsminister hat erklärt, dass er jetzt keine Zwischenfrage zulässt.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Wir haben an unseren Hochschulen zwischen 2.000 und 46.000 Studierende. Glauben Sie denn im Ernst, dass wir es mit einer strengen staatlich vorgegebenen Regelung schaffen, die höchst unterschiedlichen Organisationsformen der Hochschulen in ein Schema zu pressen? Die Freiheit liegt bei den Hochschulen. Ihnen diese Freiheit zu belassen, ist genau der Sinn der Leitlinien.

Und wer wurde denn überhaupt eingeladen? Es war immerhin der Vorsitzende der Landes-ASten-Konferenz. Er hat mit unterschrieben. Ich weiß keinen Studentenführer in Bayern, der kompetenter gewesen wäre, diese Leitlinien mit mir auszuhandeln. Sehr verehrte Damen und Herren, bitte beschäftigen Sie sich mit den Leitlinien, wirken Sie auf Ihre Hochschulen ein und setzen Sie sie um.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Isabell Zacharias (SPD): Haben wir!)

Was in einer Hochschule mit gut 2.000 Studierenden in Ansbach gilt, muss noch lange nicht für Nürnberg mit 26.000 gelten. Lassen Sie doch die Individualität vorherrschend sein. Ich meine, das ist der Weg, der Freiheit, Verantwortung und internationalen Anspruch darstellt.

Sie fordern den Master-Abschluss als Regelabschluss, zweitens die Ausweitung der gesamten Regelstudienzeit und schließlich, drittens die Beseitigung der Gleichwertigkeitserfordernisse bei der Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen. Alle drei Forderungen würden, wenn wir sie denn umsetzen wollten, Bayern im internationalen Wettbewerb benachteiligen. Wir werden sie deshalb ablehnen.

Ich messe mich in Bayern nicht mit anderen Bundesländern. Das kann nicht unser Anspruch sein. Wir wollen an Europa und international gemessen werden. So will ich die Hochschulen ausrichten. Das ist das Ziel. Dann muss ich auch entsprechend handeln, nach den internationalen Regeln. An individuellen Maßnahmen in Bayern werden wir festhalten, und wir werden selbstverständlich auch die Orchideenfächer aufrechterhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie verkennen aus meiner Sicht,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

dass der Bachelor ein akademischer Abschluss ist. Wir bleiben dabei: Die Hochschule hat das Recht, zwischen sechs und zehn Semestern zu gestalten. Und dieses Recht wurde viel zu wenig ausgeübt. Das gebe ich gerne zu. Das wird sich aber ändern. Das ist bereits zum Teil in den Studiengängen geändert worden. Ich meine, dass wir dadurch auch die Fähigkeit und die Begabung der Studierenden angemessen fördern.

Was die Master-Studiengänge betrifft, so ist Bayern beim Punkt Umstellung in der Tat mit an letzter Stelle. Ich muss sagen: Gott sei Dank. Jetzt können wir nämlich einen Blick auf die anderen Bundesländer werfen. Praktisch in allen anderen Bundesländern ist es ein Problem, den Übergang vom Bachelor zum Master zu bagatellisieren, was den Andrang betrifft. Es gibt einige ausgewählte Studiengänge, da werden wir hinschauen müssen. Das werden wir lernen. Ich sage Ihnen, in Bayern gibt es das Problem nicht.

(Isabell Zacharias (SPD): Warum gibt es dann Anträge?)

Ich will, dass sie nach dem Bachelor-Abschluss rausgehen, arbeiten, sich in der Welt umsehen und dann

zurückkehren. - Ich sehe, wir gehen schon wieder konform, Frau Zacharias.

(Isabell Zacharias (SPD): Ein bisschen!)

Frau Gote lächelt mich auch an, wiegt ihr Haupt etwas. Aber grundsätzlich sehe ich wenig Dissens.

Meine Fraktion ist bei dem Punkt, natürlich wie auch in allen anderen Punkten, sowieso bei mir.

Sehr verehrte Damen und Herren, zehn Semester sind die Grenze nach oben. Wir wollen internationale Herausforderungen, internationale Standards und deshalb werden wir bei diesem Verfahren bleiben. Was die Vorschläge betrifft, so wird demnächst von mir eine Hochschulnovelle eingebracht. Die wird im Ausschuss intensiv beraten und dann selbstverständlich in diesem Hohen Hause abschließend behandelt. Ich bin überzeugt, dass wir Entscheidungen finden, die dem Studienstandort Bayern, der mit an der Spitze in dieser Republik und in Europa steht, gerecht werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, danke schön. Ich habe jetzt noch zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen, eine von der Kollegin Zacharias und die andere vom Kollegen Dr. Fahn. - Jetzt sind Sie dran, Frau Zacharias. Bitte schön.

Isabell Zacharias (SPD): Herr Minister Heubisch, Sie haben gerade das Wort "Zwangsmitgliedschaft" ganz schön strapaziert. Darf ich davon ausgehen, dass die FDP in naher Zukunft ein anderes Modell für die IHK vorstellt?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Zacharias, da halte ich es lieber mit dem Gewerkschaftsmodell: Derjenige, der in einen Betrieb eintritt, muss noch lange nicht Mitglied bei der Gewerkschaft sein. - Das ist in diesem Fall absolut mein Vorbild.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Isabell Zacharias (SPD): Das ist keine Antwort!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Als Nächster hat das Wort der Kollege Dr. Fahn. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Herr Minister Heubisch, Sie haben gesagt, das Thema Verfasste Studierendenschaft sei kein Thema bei den Studenten. Können Sie sich zum Beispiel daran erinnern: Vor einem Jahr haben Sie im Plenum, als es um das Thema Studiengebühren ging, ein paar Mal gesagt, Sie würden immer mit Studenten diskutieren; dabei seien Studiengebühren kein Thema für die Studenten. Daraufhin haben wir Studenten befragt. Dabei kam heraus, dass es sich nach wie vor sehr wohl um ein Thema für die Studenten handelt. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt. Sie haben von den Leitlinien gesprochen. Ich kenne die Leitlinien nicht. Dann haben Sie gesagt, dass jemand unterschrieben habe. Hat jemand unterschrieben, dass er gegen die Verfasste Studierendenschaft ist? - Das würde mich interessieren. Das glaube ich nämlich nicht. Deswegen sagen Sie mir mal: Kennen Sie Studenten in Bayern, die wie Sie gegen die Verfasste Studierendenschaft sind?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Dr. Fahn. - Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Herr Dr. Fahn, zu den Studienbeiträgen. In dieser Diskussion in diesem Hohen Hause ist bisher, bis zu Ihrer Wortmeldung, kein einziges Mal das Wort "Studienbeiträge" gefallen. Nur so viel zum Thema. Ich will mich hierzu nicht weiter äußern. Dies nur, damit Sie wissen, wie dieses Thema angesiedelt ist.

Und was die Leitlinien betrifft, Herr Kollege Dr. Fahn, so ist das - das habe ich auch zum Kollegen Piazzolo gesagt, das ist auch auf meiner Website zu finden - ein Versäumnis meines Hauses, dass wir das nicht in Papierform übermittelt haben. Wir werden das dem Ausschuss zur Verfügung stellen und lassen die beiden Damen Zacharias und Gote außen vor; denn die haben es ja schon.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 16/4013 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 16/5175 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer hingegen dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-

NEN. Gegenstimmen! - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Wahl der oder des Vorsitzenden des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten"

Für den bisherigen Vorsitzenden des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten" Herrn Staatssekretär Gerhard Eck, der am 17. Juni 2010 sein Amt niedergelegt hat, ist gemäß Artikel 12 Absatz 2 Staatsforstengesetz durch den Landtag eine Nachfolgerin bzw. ein Nachfolger zu wählen. Als Kandidat für die Position der oder des Vorsitzenden des Beirats wurde vonseiten der CSU-Fraktion Herr Kollege Albert Füracker vorgeschlagen; die SPD-Fraktion hat als Gegenkandidatin Frau Kollegin Maria Noichl benannt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Nach den Festlegungen im Ältestenrat findet hierzu keine Aussprache statt.

Die Wahl ist nach § 42 Absatz 1 Nummer 2 der Geschäftsordnung in geheimer Form durchzuführen. An Ihrem Platz finden Sie einen Stimmzettel vor, auf dem die vorgeschlagene Kandidatin und der vorgeschlagene Kandidat aufgeführt sind. Außerdem ist die in Ihrer Stimmkartentasche enthaltene gelbe Namenskarte für diesen Wahlgang zu verwenden. Urnen für die Namenskarten und für die Stimmzettel befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals, im Bereich der Eingangstüren sowie auf dem Stenografentisch. Ich bitte, sowohl die Namenskarten als auch die Stimmzettel nicht selbst in die Urnen einzuwerfen, sondern diese den hierfür bereitstehenden Schriftführern und Mitarbeitern des Landtagsamts auszuhändigen. Nur so kann der ordnungsgemäße Ablauf des Wahlvorgangs sichergestellt werden.

Wir beginnen nun mit dem Wahlgang. Für die Wahl stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Geheime Wahl)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die fünf Minuten sind vorüber. Der Wahlgang ist beendet. Das Wahlergebnis wird, wie üblich, außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Wir fahren zwischenzeitlich in der Tagesordnung fort.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. a. Anlage 1)**

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 5, die auf Antrag der Fraktion der Freien Wähler einzeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Ich sehe recht viele Hände. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist es doch einstimmig beschlossen. Danke schön. Der Landtag übernimmt damit diese Voten.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Ausschussumbesetzungen mitgeteilt hat:

Herr Kollege Thomas Mütze, der zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden ist, verlässt die Ausschüsse für Fragen des öffentlichen Dienstes und für Staatshaushalt und Finanzfragen. Neues Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen wird Frau Kollegin Claudia Stamm, die gleichzeitig aus dem Landwirtschaftsausschuss ausscheidet.

Herr Kollege Thomas Gehring wird Nachfolger des Kollegen Mütze im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes.

Anstelle von Frau Kollegin Stamm wird der Kollege Sepp Daxenberger neues Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Beratung der zum Plenum eingereichten
Dringlichkeitsanträge**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u. a. und
Fraktion (FW)**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Neuen Dienstrecht in Bayern (Drs. 16/5209)**

Vorweg mache ich darauf aufmerksam, dass der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Dr. Beyer, Naaß und Fraktion der SPD "Die Wahl des Bundespräsidenten freigeben" auf Drucksache 16/5212 zurückgezogen worden ist. Deshalb wurde im Einvernehmen mit allen Fraktionen die Redezeit auf 18 Minuten pro Fraktion verkürzt.

Ich weise bereits jetzt darauf hin, dass die Fraktion der Freien Wähler zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Zur Begründung darf ich den Kollegen Peter Meyer bitten.

Peter Meyer (FW): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ich jetzt sage, sind nicht meine Worte; ich zitiere: "Es geht um den größten Gesetzentwurf in der Geschichte des Bayerischen Landtags bisher." Heißt auf Deutsch, und dem stimme ich zu: Wir stehen kurz vor der Vollendung eines wichtigen Reformpakets, und das ist auch ein wichtiges Signal an und für die Beamtinnen und Beamten, für den gesamten öffentlichen Dienst.

Das wurde letzte Woche aus haushaltspolitischen Gründen innerhalb der CSU-Fraktion infrage gestellt. War das ein Sturm im Wasserglas? Das war zunächst einmal nur innerhalb der CSU; wir haben nur das Ergebnis des Krachs miterlebt. Ich weiß nicht, ob das jetzt ein Sturm im Wasserglas war. Aber wir sind gewarnt, wir sind hellhörig.

(Zuruf von der CSU)

- Wenn es ein Sturm im Schnapsglas war, ist es umso schlimmer, Herr Kollege.

Ich nehme positiv zur Kenntnis, dass der Herr Finanzminister und auch die Frau Ausschussvorsitzende letzte Woche vor dem Beamtenbund und auch gestern wieder im Ausschuss die Umsetzung nicht infrage gestellt und beteuert haben, dass sie nicht gefährdet ist.

Wie ernst das zu nehmen ist, weiß ich nicht. Ich zitiere den "Fränkischen Tag", und der "Fränkische Tag" in Bamberg ist ja nicht gerade als Hetzblatt gegen die CSU bekannt. Schlagzeile: "Seehofer - - "

(Zuruf von der CSU)

- Wenn der "Fränkische Tag" die Worte "Freie Wähler" schreibt, zerbrechen bei denen immer die Stifte, Herr Kollege.

Jedenfalls lautet die Schlagzeile: "Seehofer verspricht jedem alles." Meine Damen und Herren, das langt uns natürlich in diesem Zusammenhang nicht.

(Zuruf von der CSU: Das war die Aussage von Herrn Mütze!)

- Ich zitiere den "Fränkischen Tag", und da stand es ohne Anführungszeichen.

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung: Natürlich gibt es haushaltsrechtliche Risiken, aber wenn ein Zug einmal in Bewegung ist und man ihn mitten auf der Strecke anhält, dann wird beim Wiederaufahren wesentlich mehr Energie vergeudet, als wenn man ihn durchfahren lässt. Genauso ist es beim Hinausschieben dieser Reform. Wenn die Reform gestoppt oder hinausgezögert werden sollte, sehen wir die Attraktivität des öffentlichen Dienstes gefährdet. Wir wussten alle - unabhängig von der aktuellen Haushaltslage -, dass die Umsetzung der Reform sowieso mit Hindernissen verbunden sein würde; denn sie ist abhängig von der Zahl der Planstellen für den Aufstieg, vom Stellenplan und von der Leistungsfähigkeit des Dienstherrn. Diese Hürde haben wir sowieso, die brauchen wir durch ein Hinausschieben nicht noch künstlich zu verstärken.

Wenn wir das sozusagen on top noch infrage stellen, dann war nach unserer Auffassung die ganze Arbeit, die wir - Frau Kollegin Heckner, da stimme ich Ihnen voll zu - sehr kollegial gemacht haben, vergeblich. Wir haben gestritten, ich habe auch gern gestritten, weil Pluralismus dazugehört. Wir haben das sehr kollegial und intensiv beackert, die Verbände haben mitgemacht. All das wäre dann vergeblich gewesen.

Meine Damen und Herren, wenn wir das bis zur Sommerpause beschlossen haben werden, woran ich im Übrigen nicht zweifle, muss die Umsetzung des Gesetzes anlaufen, die Führungskräfte-schulung muss beginnen, und die Personalämter müssen planen können. Wir wollen einen treuen und loyalen öffentlichen Dienst. Dieser treue und loyale öffentliche Dienst braucht auch einen verlässlichen Dienstherrn.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege. - Für die CSU-Fraktion darf ich nun Kollegin Heckner ans Mikrofon bitten.

Ingrid Heckner (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Meyer, bei aller Kollegialität, die Sie gerade angesprochen haben, muss ich Ihnen doch ein wenig in die Parade fahren. Ich kann überhaupt nicht verstehen und

auch nicht nachvollziehen, wieso die Freien Wähler einen Dringlichkeitsantrag einbringen mit der Formulierung, dass die Umsetzung des Dienstrechts in Bayern unverzüglich und ohne weitere Verschiebungen durchzuführen ist. Ich kann mich an keine bisherige Verschiebung erinnern.

Lieber Kollege Meyer, innerhalb einer Fraktion haben Fachpolitiker, in dem Fall Haushaltspolitiker, einmal darüber nachgedacht, ob es vielleicht denkbar wäre, dass ein Gesetz zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft tritt. Eine Stunde später hat die CSU-Fraktion in ihrer Gesamtheit gesagt, nein, dieses Jahrhundertwerk, das viel mehr als nur finanzielle Dinge umfasst, wird ohne Wenn und Aber in die Tat umgesetzt. Spätestens dann, aber auch nach den öffentlichen Äußerungen, die Sie hier angeführt haben, hätten Sie Ihren Antrag einpacken können.

(Peter Meyer (FW): Oder Sie stimmen zu!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns im laufenden Gesetzgebungsverfahren. Auch Kollege Meyer sagt, er habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass das zu Ende geführt werde. Wir haben gestern im federführenden Ausschuss die Zweitberatung durchgeführt, und wir werden das Gesetz in der letzten Plenarwoche in Zweiter Lesung beraten. Sie haben keinen Zweifel daran, Herr Meyer. Jetzt frage ich aber die Freien Wähler: Woran zweifeln Sie denn dann? Haben Sie den Verdacht, dass sich unsere Bayerische Staatsregierung gesetzeswidrig Beschlüssen des Bayerischen Landtags widersetzt? - Nichts anderes kann dieser Antrag heißen. Wir haben auch das Inkrafttreten in der Zweitberatung beschlossen. Es gibt also nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, dass es hier noch zu irgendwelchen Veränderungen kommen könnte, und wenn, dann nur mit dem Bayerischen Landtag.

Im zweiten Punkt Ihres Änderungsantrags, der sich auf die Rückführung der Wochenarbeitszeit bezieht, mahnen Sie an, dass dieses angekündigte Zweistufenverfahren auch wie angekündigt durchgeführt wird. Auch hierzu gibt es nicht die geringste Veranlassung, an irgendwelchen Umsetzungsdingen zu zweifeln; denn wir haben mit der Realisierung dieser Schritte bereits begonnen.

Wir haben im Jahr 2009 damit begonnen, dass wir - nicht wir im Landtag, sondern die Staatsregierung - die Arbeitszeitverordnung geändert haben und dass es eine Übergangsregelung bis 2012 gibt. Die Arbeitszeitverordnung enthält bereits die gekürzte Wochenarbeitszeit. Bereits im Haushaltsvollzug 2009 sind Stellen - das waren damals 50 Stellen - entsperrt worden. Es ist sofort mit dem Personalaufbau begonnen

worden, den wir ab 2012/2013 bei der Rückführung der Arbeitszeit brauchen. Auch das wurde gestartet.

Wir haben im Jahr 2010, also in diesem Jahr, 870 zusätzliche Stellen für Beamte und Beamtinnen auf Widerruf geschaffen, um den Personalbedarf in den Jahren 2012 und 2013 auffangen zu können. Wir werden es wie geplant durchführen. Auch das ist in allen öffentlichen Äußerungen sowohl der Staatsregierung als auch von uns verantwortlichen Politikern im Bayerischen Landtag immer wieder betont worden. Haushaltsmäßig ist es bereits in die Wege geleitet worden.

Lieber Kollege Meyer, ich kann den Freien Wählern hier nur bescheinigen: Für Schaufensteranträge ist mir in diesem Landtag die Zeit zu schade. Wir brauchen keine Presseschau, indem zitiert wird, was welche Zeitung geschrieben hat und worüber man sich hier im Landtag unterhalten müsste. Ich empfehle unserer Fraktion, diesen Schaufensterantrag abzulehnen, weil er völlig überflüssig ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollege Peter Meyer gemeldet. Bitte schön.

Peter Meyer (FW): Frau Kollegin Heckner, über eine Rangliste, wer die meisten Schaufensteranträge stellt, wollen wir jetzt nicht diskutieren. Aber dazu gehören wir von den Freien Wählern sicherlich nicht.

(Christine Stahl (GRÜNE): Ich weiß, wer es ist!)

Ich hätte eine konkrete Nachfrage zum Stopp des Stellenabbaus im Hinblick auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Wir haben ihn schon mehrfach angemahnt. Aber der Stellenabbau der inneren Verwaltung nach Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes geht munter weiter. Warum wurde dieser bislang nicht gestoppt? Das passt auch nicht dazu.

Es wurden die Stelleneinziehungen im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverlängerung nach Artikel 6 e gestoppt. Letztere wurde ausgesetzt. Aber die Stelleneinsparungen nach Artikel 6 b - das trifft insbesondere die innere Verwaltung - gehen munter weiter.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank. - Bitte schön, Frau Heckner.

Ingrid Heckner (CSU): Kollege Meyer, ich bitte wirklich darum, dass wir haushaltstechnisch korrekt diskutieren. Artikel 6 e bzw. das, was Sie gerade formuliert haben, war der Stelleneinzug wegen der damaligen Arbeitszeitverlängerung. Im Umkehrschluss ist der Artikel 6 e jetzt ausgesetzt, weil wir im Vorfeld auf die

Rückführung der Arbeitszeit das Personal natürlich wieder benötigen.

Parallel dazu haben wir in der letzten Legislaturperiode eine Verwaltungsreform durchgeführt mit dem Ziel, den Personalkostenblock in unserem Staatshaushalt langfristig zu reduzieren. Dieses Ziel haben wir nach wie vor, lieber Kollege Meyer.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir müssen nach wie vor schauen, dass wir Stellen abbauen, selbstverständlich verbunden - aber das ist eine völlig andere Diskussion - mit einer Aufgabenkritik und einer Straffung, damit es zu keiner Überbelastung kommt. Die Wochenarbeitszeit und den Artikel 6 b in einen Topf zu werfen und einmal umzurühren, macht noch keine Suppe.

(Beifall bei der CSU - Peter Meyer (FW): Die Leute werden Ihnen fehlen!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Frau Kollegin. - Weitere Zwischenbemerkungen liegen mir nicht vor. Deshalb fahre ich fort in der Rednerreihenfolge und darf das Wort an Frau Christa Naaß von der SPD-Fraktion geben.

Christa Naaß (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, nach der Veranstaltung "Hauptausschuss-Beamtenbund" vom vergangenen Donnerstag müssten eigentlich alle Fraktionen hinter dem Antrag der Freien Wähler stehen und bekräftigen: Wir stehen zur Dienstrechtsreform und

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

wir wollen eine Umsetzung - wie diskutiert - zum 1. Januar. Wir wollen dafür Sorge tragen,

(Ingrid Heckner (CSU): Es ist beschlossen!)

dass das auch so passiert. Es gibt genügend Beispiele aus der Vergangenheit, Kolleginnen und Kollegen, dass Entscheidungen des Landtags durch Ministerien bzw. die Staatsregierung nicht umgesetzt wurden. Ich darf erinnern an die Versprechen vor der Landtagswahl, keine Arbeitszeitverlängerung herbeizuführen. Dann kam doch die Arbeitszeitverlängerung. Ich darf erinnern an den Pensionsfonds, der als Gesetz vom Bayerischen Landtag vor zwei Jahren beschlossen wurde. Die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2010 wurden hergenommen, um den Pensionsfonds einzufrieren. Im Haushalt 2010 wurden eingeplante Stellenhebungen im Vorgriff auf die Dienstrechtsreform verschoben. Wir haben Gründe für unsere Sorge, dass das, was wir alle gemeinsam wollen, eventuell nicht so umgesetzt wird, wie wir uns das vorstellen. In der

heutigen Ausgabe des "Münchner Merkur", 23. Juni, hat Herr Finanzminister Fahrenschon ausgeführt, dass er alle in Bayern geplanten neuen Stellen einsparen will. Solche Aussagen bestärken unsere Sorgen. Deshalb ist es wichtig, dass wir heute im Bayerischen Landtag darüber reden.

Bei der Verwaltungsreform 2003 haben wir die Erfahrung gemacht, dass immer zuerst bei den Beschäftigten gespart worden ist, wenn gespart werden musste. Die Konsequenz ist, dass mittlerweile viele Bereiche der öffentlichen Verwaltung nicht mehr funktionsfähig sind. In Bayern ist auch keine Steuergerechtigkeit mehr vorhanden, weil das dazu erforderliche Personal fehlt.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Weltuntergang!)

Das alles hängt zusammen. Wenn wir die Leistungsbereitschaft im öffentlichen Dienst durch diese Dienstrechtsreform stärken und mehr Leistungsgerechtigkeit haben wollen, müssen wir dafür Sorge tragen, dass die dafür erforderlichen Planstellen und die entsprechenden Beförderungsstellen vorhanden sind. Bayern ist Weltmeister beim Beförderungsstau. Das wissen wir aus der Vergangenheit. Herr Fahrenschon hat angekündigt, dass alle geplanten neuen Stellen eingespart werden sollen. Davon sind genau diese Beförderungsstellen betroffen.

Vor einigen Wochen mussten wir darüber diskutieren, dass die angekündigten 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen doch nicht kommen sollen. Das hat der Kultusminister angekündigt. Der Ministerpräsident hat darauf gesagt: Das stimmt doch gar nicht. Heute müssen wir lesen, dass der Finanzminister keine neuen Stellen ausbringen will. Kolleginnen und Kollegen, deshalb müssen wir heute im Landtag darüber reden.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Ich würde allen Kolleginnen und Kollegen, die hinter dieser Dienstrechtsreform stehen, empfehlen, diesem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. Das wäre ein gutes Signal aus dem Bayerischen Landtag und würde den Finanzminister in seinem Bestreben, die Dienstrechtsreform zum 1. Januar umzusetzen, unterstützen. Auch gegenüber dem Ministerpräsidenten sollte der Bayerische Landtag zeigen, was er will.

Herr Finanzminister, ich habe Ihnen am Donnerstag den Vorschlag gemacht, nicht nur zu überlegen, wo gekürzt werden kann, sondern sich Gedanken darüber zu machen, wie die Einnahmesituation in der bayerischen Verwaltung verbessert werden könnte. Die Steuer- und Finanzverwaltung wäre genau die Stelle,

wo Sie tätig werden sollten. Bayern ist hier das Schlusslicht. Wir würden aber gerne an der Spitze stehen. Das geht jedoch nur zusammen mit den Mehrheitsfraktionen im Bayerischen Landtag. Wir unterstützen diesen Antrag.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die GRÜNEN darf ich nun Herrn Kollegen Adi Sprinkart ans Mikrofon bitten.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der uns vorliegende Antrag der Freien Wähler ist gut für die Galerie; substantiell bringt er aber meines Erachtens wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU und der FDP)

Ich gehe davon aus, dass die Zusagen des Herrn Ministerpräsidenten wenigstens ein halbes Jahr Gültigkeit haben. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, könnte dies auch durch eine Zustimmung der Regierungsfractionen zu diesem Antrag nicht verhindert werden.

Meine Frage lautet: Bewirkt die im Antrag geforderte unverzügliche Umsetzung des Neuen Dienstrechts, dass die von September dieses Jahres auf den 1. Januar 2011 verschobenen Stellenhebungen wirklich realisiert werden? Schließt dieser Antrag auch den zweiten Teil der versprochenen Stellenhebungen ein, die bis zum Ende des Jahres 2012 verschoben wurden und damit im nächsten Doppelhaushalt dargestellt werden müssen? Beides ist nicht der Fall.

Wenn der erste und der zweite Teil dieser Stellenhebungen nicht umgesetzt werden sollten, haben wir die Situation, dass wir zwar die Häuptlinge und Unterhäuptlinge befördern, aber die Indianer teilweise oder ganz im Regen stehen lassen. Das wollen wir nicht. Konkret bedeutet das: Wenn wir nur die Dienstrechtsreform verabschieden, würden wir die Schulleiter an den Volksschulen befördern - das ist eine Konsequenz aus der Schaffung der funktionslosen Beförderungsstellen -, aber die Lehrerinnen und Lehrer an den Grund- und Hauptschulen selbst würden wir nicht befördern. Das geht nur im Rahmen des Haushaltsgesetzes. Im Neuen Dienstrecht haben wir nur die entsprechenden Beförderungssämter geschaffen, aber nicht festgelegt, wie viele es geben wird.

Die 42-Stunden-Woche war ein Sonderopfer der Beamtinnen und Beamten, mit der Herr Professor Dr. Faltlhauser zudem Druck auf die Tarifbeschäftigten machen wollte, was allerdings gründlich in die Hose ging. Das Versprechen der Rücknahme der 42-Stunden-Woche in den Jahren 2012 und 2013 liegt

deutlich jenseits des Verfallsdatums der Versprechen unseres Ministerpräsidenten. Bei genauerem Hinsehen wird die Entscheidung darüber im Rahmen des Doppelhaushalts 2011/2012 getroffen.

Wenn wir die Arbeitszeit rückführen wollen, brauchen wir zusätzliches Personal, das wir zum Teil bereits eingestellt haben. Wir stellen derzeit auch Anwärter ein. Heute haben wir aber gehört, dass der Finanzminister keine neuen Stellen ausweisen wird. Ohne neue Stellen wird es keine Arbeitszeitverkürzung geben, es sei denn, dass eine Aufgabenkritik erfolgt und Aufgaben des Staates wegfallen. Das kann ich im Augenblick aber nicht erkennen. Im Übrigen haben wir eine solche Maßnahme erst vor ein paar Jahren durchgeführt.

Zum Sparen: Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass wir an dieses Thema ohne Scheuklappen herangehen müssen. Wenn ich den Herrn Finanzminister beim Beamtenbund in der letzten Woche richtig verstanden habe, sind unsere Positionen nicht so weit voneinander entfernt. Er hat das natürlich diplomatischer ausgedrückt: Bei entsprechender Haushaltslage werde man im Herbst mit dem Beamtenbund Gespräche führen. Sinnigerweise hat der Finanzminister dafür sehr viel Beifall bekommen.

Wir werden diesem Antrag zustimmen, erstens weil wir für eine Rücknahme der 42-Stunden-Woche sind, und zweitens, obwohl wir das Neue Dienstrecht in seiner Gesamtheit ablehnen. Für uns ist es wichtig, dass die funktionslosen Beförderungsmöglichkeiten geschaffen werden. Das ist nur mit dem Neuen Dienstrecht möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die FDP-Fraktion darf ich nun Herrn Kollegen Prof. Dr. Georg Barfuß das Wort erteilen.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, Herr Staatsminister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mir gefällt die Begründung dieses Antrags ganz gut. Dort steht der Satz: "Wir brauchen aber weiterhin gutes Personal beim Staat, wenn das System weiterhin reibungsfrei funktionieren soll." Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, deshalb haben wir diese Reform gemacht. Ich denke, die CSU und die FDP können stolz darauf sein. Auch die Kolleginnen und Kollegen der Opposition können stolz darauf sein, weil sie wesentliche Anregungen gegeben haben. Wir wollen gutes Personal. Heute, am Tag des öffentlichen Dienstes, sind wir allen Damen und Herren, die im öffentlichen Dienst ihre Arbeit verrichten, dankbar.

Außerdem steht in der Begründung: "Wenn der Staat für diese grundlegenden Entscheidungen kein Geld hat, muss er Bürokratie abbauen, um mit weniger, aber anständig bezahltem Personal auszukommen." Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Staat hat nie Geld. Der Staat hat nur dann Geld, wenn er es dem Bürger vorher wegnimmt, wenn er es ihm wegnimmt, während er es ihm gibt, oder wenn er es ihm hinterher wegnimmt. Der Staat selbst hat jedoch nie Geld. Mit diesem Märchen sollten wir einmal aufhören. Wir geben nicht unser Geld aus, sondern das Geld des Steuerzahlers.

(Beifall bei der FDP)

Der Staat soll Bürokratie abbauen. Dieser Dringlichkeitsantrag ist aber ein typisches Beispiel dafür, wie man Bürokratie macht. Der Antrag ist so überflüssig wie ein Kropf. In jeder Sitzung sind mindestens zwei Drittel aller sogenannten Dringlichkeitsanträge weder dringlich noch notwendig. Diese Anträge dienen nur dazu, die Herrschaften zu beeindrucken, damit man in der Zeitung steht. Ich habe Verständnis dafür, wenn die Opposition solche Anträge einbringt, weil sie sich sonst nicht wehren kann. Wir sollten uns aber nicht gegenseitig mit solchen Dringlichkeitsanträgen quälen. Das ist nicht notwendig.

(Beifall bei der FDP)

Wir beschäftigen damit nur die Herrschaften, die hinter den Ministern sitzen. Gleichzeitig sagen wir aber jeden Sonntag in den Festzelten: Wir sind für den Abbau der Bürokratie. Mit solchen Anträgen machen wir doch die Bürokratie.

(Christa Naaß (SPD): Warum haben Sie dann einen Dringlichkeitsantrag geschrieben?)

- Das betrifft alle fünf Fraktionen. Sie brauchen mich jetzt nicht anzukeifen. Ich höre ganz gut. Ich bleibe dabei: Wir beschäftigen die Bürokratie selber und machen sie auch selber. Deswegen sollten wir uns selbstkritisch überlegen, ob es wirklich zeitgemäßer Parlamentarismus ist, wenn man sich mit Anträgen, die es in der Form nicht bräuchte, gegenseitig die Zeit stiehlt und redet, damit die Luft scheppert.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt zum Thema als solches. Ich war auch bei diesem Beamtentreffen und habe gesagt, es sei keine Kunst, am 1. Mai den Arbeitnehmern nach dem Munde zu reden und beim IHK-Neujahrsempfang den Unternehmern. Wir müssen es endlich einmal lernen, uns gegenseitig ernst zu nehmen und nicht einseitig zu sein. Was hat denn der Arbeitskreis für Finanzen anderes getan, als sich zu überlegen, wie man es ma-

chen könnte und wie man sparen könnte? Ich höre Sie doch schon heute, wie Sie uns dann, wenn der Haushalt wirklich da ist, vorwerfen, wo überall man hätte sparen können, auch wenn Sie dann wieder für eine Milliarde Euro Anträge stellen, die Sie für wichtig halten.

Deswegen sagen wir: Wir halten an diesem Reformwerk fest. Frau Heckner hat hier mit ihren Kolleginnen und Kollegen, zu denen auch ich mich zählen darf, gute Arbeit geleistet. Hier sind wir bundesweit an der Spitze, hier sind wir sehr modern. Aber - ich sage heute dasselbe wie neulich beim Beamtenbund - keine Gruppe, ob Arbeitnehmer, Rentner oder selbstständige Unternehmer, wird glauben, sie würde von der vor uns stehenden Konsolidierung ausgenommen. Deswegen werden wir erwarten können, dass die Beamten uns Vorschläge unterbreiten, welchen Beitrag sie leisten wollen.

Was wir auf keinen Fall gefährden, ist das Gesamtwerk, das wir geschaffen haben und das wir planmäßig durchziehen. Wir haben da grenzenloses Vertrauen in unseren Landesvater, wenn er sagt, das wird durchgezogen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

FDP und CSU haben grenzenloses Vertrauen in unseren Landesvater und in den Drachentöter Georg Fahrenschon, dass wir die Angelegenheit so durchziehen, wie wir es beschlossen haben. Ich freue mich schon jetzt darauf, dass Sie bei der Verabschiedung des Haushalts zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bevor ich dem Herrn Staatsminister das Wort erteile, darf ich Ihnen das Ergebnis der soeben durchgeführten Wahl zum Vorsitzenden des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten" bekannt geben. An der Wahl haben 161 Abgeordnete teilgenommen. Ein Stimmzettel war ungültig. Auf Herrn Kollegen Füracker entfielen 89 Stimmen, auf Frau Kollegin Noichl entfielen 37 Stimmen. Beide Kandidaten abgelehnt haben elf Abgeordnete. Ihrer Stimme enthalten haben sich 23 Abgeordnete.

Damit stelle ich fest, dass der Bayerische Landtag Herrn Kollegen Albert Füracker zum Vorsitzenden des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten" gewählt hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich fahre nun in der Rednerliste fort und darf dem bayerischen Finanzminister Georg Fahrenschon das Wort erteilen. Bitte schön.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, man darf die Debatte zu diesem Dringlichkeitsantrag folgendermaßen zusammenfassen: Trotz der Finanzmarktkrise, trotz der daraus resultierenden Weltwirtschaftskrise und trotz der aktuellen Krise unserer Währung haben die Reduzierung der Arbeitszeit, die Verlängerung der Altersteilzeit und die Bezügeerhöhung 2010 ihren Lauf genommen. Wie versprochen wurden sie umgesetzt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die bayerischen Beamtinnen und Beamten verfügen damit im Bundesvergleich über beste Beschäftigungsbedingungen. Wir haben diese Maßnahmen gemeinsam erarbeitet, wir haben sie auch gemeinsam umgesetzt. Ich stelle fest: Besser geht es nicht!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Freien Wähler haben die Staatsregierung jetzt zusätzlich aufgefordert, die Rückführung der Arbeitszeit durchzuführen. Ich muss schon sagen, ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie sich die große Pralinenkiste, die der Beamtenbund am letzten Donnerstag jedem Redner, der ein Grußwort sprach, mit auf den Nachhauseweg gegeben hat, wirklich verdient haben; denn wir müssen feststellen, dass Ihr Antrag schlichtweg ins Leere geht. - Das Geforderte geschieht bereits. Die entsprechende Änderung der Arbeitszeitverordnung wurde beschlossen und ist im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet. Die Norm ist gültig. Mehr geht nicht. An der Stelle muss man also sagen: Der Antrag ist nicht nur ein Schaufensterantrag, er ist einfach überflüssig. Er ist mehr als überflüssig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ab dem 01.08.2013 gilt wieder einheitlich die 40-Stunden-Woche für alle Beamten. Wenn wir schon dabei sind: Das hat nichts mit einer Verschiebung dieses Konzepts in die Zukunft zu tun; denn erstens brauchen wir die Stufenlösung, um das notwendige zusätzliche Personal ausbilden zu können. Wir können nicht einfach die Arbeitszeit reduzieren, ohne fachlich ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. Beamtinnen und Beamte zur Verfügung zu stellen, die die Tätigkeiten übernehmen. Wir müssen die Leute ausbilden.

Zweitens wird die Arbeitszeitreduzierung bereits jetzt sichtbar vollzogen, und zwar sowohl durch die Aussetzung des Stellenabbaus nach Artikel 6 e des Haushaltsgesetzes als auch durch die entsprechend erhöhte Zahl von Anwärterstellen. Also auch hier ist Vollzug

zu vermeiden. Es gibt überhaupt keinen Grund, diesen Antrag an dieser Stelle so zu formulieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bedanke mich aber dafür, dass ich jetzt die Gelegenheit habe, hier vor dem Plenum des Bayerischen Landtags für die Staatsregierung zu erklären, dass wir vollumfänglich zum Neuen Dienstrecht stehen; denn wir haben dieses Neue Dienstrecht deshalb gemeinsam erarbeitet - ich bedanke mich ausdrücklich nicht nur bei der Vorsitzenden des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, sondern auch bei den Berichterstattern, auch in den parallel arbeitenden Ausschüssen -, weil wir mit dem Neuen Dienstrecht eine Leistungs- und Effizienzsteigerung verbinden. Deshalb haben wir das Neue Dienstrecht auch als strategisches Projekt angesetzt. Wir haben uns in der Föderalismusreformkommission I aus guten Gründen und bewusst dafür eingesetzt, dass wir die notwendigen Gesetzgebungskompetenzen vom Bund erhalten, um den Standortfaktor des öffentlichen Dienstes so zu gestalten, wie wir ihn in Bayern für die Menschen, die Gesellschaft und die Wirtschaft brauchen. Das ist am Ende ein guter Schlusspunkt einer auf lange Zeit angelegten Strategie, um den Standort Bayern weiter gut zu entwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb freut es mich sehr, dass das Gesetzgebungsverfahren mit dem baldigen Gesetzesbeschluss des Landtags erfolgreich abgeschlossen sein wird und das Gesetz wie geplant am 1. Januar 2011 in Kraft tritt. Die von uns gemeinsam mit den Berufsverbänden und den Personalvertretungen in intensiven Diskussionen erarbeiteten Strukturen werden damit geschaffen.

Die Flexibilität allerdings, die wir damit im öffentlichen Dienst schaffen, müssen wir auch bei der Anwendung des Gesetzes zeigen. Wir können nicht bei schönem Wetter lossegeln und bei schlechtem Wetter so tun, als ob nichts wäre. Wir müssen selbstverständlich auch auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung reagieren. Alles andere wäre ein Fehler. Es würde dem Neuen Dienstrecht einen erheblichen Schaden zufügen, und genau das wollen wir nicht.

(Christa Naaß (SPD): Was würde das bedeuten?)

Deshalb kann man die Anwendung des Gesetzes zum Neuen Dienstrecht nicht vollständig von der wirtschaftlichen Situation abkoppeln. Wir werden deshalb die Ausgestaltung der einzelnen Instrumente im Lichte der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung prüfen. Das eine ist der Rahmen - wir sind zutiefst davon überzeugt, dass wir einen effektiven und engagierten

öffentlichen Dienst brauchen, und setzen deshalb auf das Leistungselement -, das andere ist die Dotierung der einzelnen Instrumente. Ich kann nur wiederholen, was schon gesagt wurde: Der Hauptausschuss des Bayerischen Beamtenbundes hat genau diese Vorgehensweise am letzten Donnerstag mit Beifall und Zustimmung quittiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Naaß (SPD): Die Umsetzung kann sich verschieben?)

Eines ist wichtig: Eine ganz wesentliche Ausbaustufe haben wir vorweggenommen. Es darf nicht in Vergessenheit geraten, dass wir bereits im Doppelhaushalt 2009/2010 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen haben. Über 9.000 Beförderungsmöglichkeiten sind bereits umgesetzt, und zwar sowohl bei den Lehrern als auch bei den Leistungsträgern in anderen Bereichen. Ich kann nur sagen, das ist richtig angelegtes Geld, weil wir an dieser Stelle für eine erhebliche Steigerung der Arbeitszufriedenheit gesorgt haben. Ich glaube, der Beschluss des Bayerischen Landtags war richtig. Die Umsetzung erfolgt plangemäß und ist deshalb zu begrüßen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb werden wir in der zweiten Jahreshälfte weiter vorangehen, und zwar genau so, wie wir es letzten Donnerstag dargestellt haben und wie wir es von Anfang an besprochen haben. Ich glaube, wir setzen hier wie beim Thema der Arbeitszeit zu Recht auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Der Bayerische Beamtenbund hat das zuletzt auf der Tagung am Donnerstag ganz klar bestätigt. Ich kann an dieser Stelle den Präsidenten, Herrn Habermann, zitieren: Er spricht davon, dass wir gerade bei der Erarbeitung des Neuen Dienstrechts in Bayern ein Niveau der guten Zusammenarbeit erreicht haben, das bundesweit herausragend ist. Daran werden wir auch in der zweiten Jahreshälfte nahtlos anknüpfen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, bitte einen kleinen Moment. Die Kollegin Naaß hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Gibt es noch eine Zwischenbemerkung? Bitte schön, Frau Naaß.

Christa Naaß (SPD): Herr Finanzminister, ich glaube Ihnen, dass das Gesetz zum 1. Januar umgesetzt werden soll. Da stehen Sie sicherlich dahinter. Trotzdem: Wie ist denn dann Ihre Aussage zu verstehen, dass es bei der Umsetzung eventuell entsprechend der finanziellen Situation zu Veränderungen kommen kann? Wie ist die Aussage im "Münchner Merkur" des

heutigen Tages zu bewerten, wonach Sie alle geplanten neuen Stellen in Bayern einsparen wollen? Wir müssen ein Stellenmoratorium machen - so Ihre Aussage bei einem Treffen mit CSU-Abgeordneten. Das würde doch genau dazu führen, dass Teile der Dienstrechtsreform nicht in dem Zeitrahmen umgesetzt werden können, wie wir das gemeinsam wollten.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, bitte.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Frau Naaß, Sie haben sich dreimal auf den "Münchner Merkur" bezogen, der eine gute Zeitung ist. Bei Ihrer Nachfrage haben Sie ihn noch einmal zitiert. Ich stelle trotzdem fest: Sie haben aus einem Artikel zitiert, der offensichtlich versucht, mich über Dritte zu zitieren. Das Zitat ist von mir nicht freigegeben, und deshalb werde ich an dieser Stelle keine konkrete Antwort geben.

Eines ist aber klar: Wir haben in den letzten Jahren zu Recht, sowohl auf der Stellenseite als auch bei den Hebungen, gute Entscheidungen getroffen. Wenn ich zu prüfen habe, dass aus den einzelnen Ressorts am Ende über 10.000, 13.000 oder 15.000 neue Stellen kommen, dann sage ich eben hier und heute: Wir müssen angesichts der wirtschaftlichen Situation jede einzelne Anmeldung auf Herz und Nieren prüfen. Ich glaube, dass unser öffentlicher Dienst gut ausgerichtet ist und dass es nicht so weitergehen kann, immer neue Stellen im öffentlichen Dienst auszubringen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Minister. Die zweite Zwischenbemerkung wurde zurückgezogen und hat sich erledigt. Vielen Dank, dass Sie Rede und Antwort gestanden haben.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wie angekündigt, führen wir diese in namentlicher Form durch. An den bewährten Stellen sind die gläsernen Urnen aufgestellt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Wir haben für die Abstimmung fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.42 bis 17.47 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird draußen ermittelt und nachher bekannt gegeben.

Ich rufe auf zur gemeinsamen Behandlung:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einführung der Brennelementesteuer unterstützen (Drs. 16/5210)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Prof. Dr. Georg Barfuß, Tobias Thalhammer u. a. und Fraktion (FDP)
Einführung einer Brennelementesteuer unterstützen (Drs. 16/5218)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Naaß, Franz Maget u. a. und Fraktion (SPD)
Ende der Atom-Subventionen gefordert (Drs. 16/5219)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner für die Fraktion der GRÜNEN ist Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Aktuell findet zur Stunde im Kanzleramt der Atompokker statt. Die vier Bosse der großen Atomkonzerne und die Kanzlerin diskutieren über die Brennelementesteuer. Die Brennelementesteuer ist ein Teil des Sparpaketes, das die Bundesregierung vorgeschlagen und auf den Weg bringen will. Dieser Teil des Sparpakets ist durchaus berechtigt und sinnvoll. Einmal ist die Brennelementesteuer dringend notwendig, da sich durch die Einführung des Emissionshandels die Chancengleichheit und die Gleichheit der Besteuerung der fossilen Energieträger im Verhältnis zu den nuklearen Energieträgern verschoben hat. Das heißt, die Kernkraftwerke haben eine zusätzliche Privilegierung bekommen, die man durch eine Brennelementeabgabe bzw. Brennelementesteuer ausbessern müsste.

Bei diesem Thema ist aber nicht nur Gerechtigkeit einzufordern, es geht auch um die Kosten der Kernkraft in diesem Land. Das betrifft zum einen die Frage der Entsorgung. Seitdem die Risikotechnik Kernkraft in diesem Land eingesetzt wird, sind massenweise Kosten auf die Allgemeinheit umgelegt worden. Aktuellstes Beispiel ist Asse. Die Sanierung des absaufenden Bergstocks kostet mindestens 3,7 Milliarden Euro. Kein Cent von der Atomwirtschaft, das soll der Steuerzahler übernehmen. Man könnte die Liste ewig fortsetzen. Ich nenne auch - daran können sich sicher noch einige erinnern; es war nach der Wende - die

Sanierung des Uranabbaus in Wismut, die mehrere Milliarden verschlungen hat, bezahlt vom Steuerzahler. Morsleben; das übernimmt der Steuerzahler. Zu Asse ist noch zu sagen: 90 % des Mülls, der in Asse liegt, stammt aus dem Betreiben der Kernkraftwerke, also aus dem Kreislauf der Brennelemente. Die Kernkraftwerksbetreiber wollen aber kein bisschen von diesen Kosten übernehmen. Ein Sechstel dieses Mülls stammt übrigens aus dem Bundesland Bayern.

Ein weiterer Bereich, in dem immer noch die Kernkraft - auch indirekt, auch hier in Bayern - subventioniert wird, ist der von Eon ins Leben gerufene Lehrstuhl für Nukleartechnik in München. Eon wird immer als der große Stifter dieses Lehrstuhls hingestellt. Eon übernimmt ein Drittel der Kosten dieses Lehrstuhls, zwei Drittel übernimmt der bayerische Steuerzahler. Die Kernkraft verursacht also eine Reihe von Kosten, die es durchaus rechtfertigen, dass eine Brennelementesteuer kommen muss.

Das Thema Brennelementesteuer muss unabhängig von der Laufzeitverlängerung behandelt werden. Diese Verzerrung beim Wettbewerb mit fossilen Energieträgern haben wir seit Einführung des Emissionshandels. Die ersten Zertifikate wurden praktisch verschenkt. In Zukunft soll zumindest ein Teil versteigert werden. Ich hoffe, dass eines Tages 100 % versteigert werden. Wenn die Kernkraftwerke keine Kosten für den Nuklearbrennstoff haben, aber auf die anderen Energieerzeuger mehr Kosten durch den Emissionshandel zukommen, muss es zu einem Ausgleich kommen.

Ich komme zu einem weiteren Grund, und zwar zum Hauptgrund für unseren Dringlichkeitsantrag. Es ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten, dass die vier großen Kernkraftwerksbetreiber, die gleich sagen, sie wollen diese Steuer nicht, sobald davon in der Zeitung zu lesen ist, sofort einen Termin bei der Kanzlerin bekommen. Ich frage mich schon, ob die anderen, die auch vom Sparpaket wirklich betroffen sind, ähnlich schnell einen Termin bei der Kanzlerin bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die Kernkraftwerksbetreiber greifen einfach zum Telefon und sitzen wenig später im Kanzleramt. Das ist wirklich erstaunlich und zeigt, in welche Richtung das Ganze geht. Das ist nicht mit einem demokratischen Grundverständnis zu vereinbaren. Jegliche Steuer oder Abgabe, die man einführt, betrifft irgendwelche Firmen, die nicht alle sofort im Kanzleramt antanzen können. Dann würden wir beim Thema der Sanierung der Staatsfinanzen gar nicht mehr weiterkommen.

Die Kernkraftwerksbetreiber lassen über die Medien mitteilen, sie würden klagen, wenn die Steuer kommt. Sie sehen darin ein Aufbrechen des Atomkonsenses, in dem eine weitere Schlechterstellung der Kernkraftwerke ausgeschlossen worden ist. Damals gab es aber den Emissionshandel noch nicht; der kam erst später hinzu. Ich muss ganz klar sagen: Wenn einer den Atomkonsens aufkündigt, dann sind es seit 2005 die Kernkraftwerksbetreiber, die jegliche Möglichkeit nutzen, um daran zu kratzen. Seit dem Regierungswechsel versuchen sie ständig, den Konsens aufzukündigen. Sie können sich also wirklich nicht auf den Atomkonsens berufen, den sie selbst aufkündigen wollen.

Ich gehe noch kurz auf die beiden weiteren Anträge ein, die zu diesem Thema eingereicht worden sind, zunächst auf den Antrag der Regierungsfraktion. Diesem einen Satz, der im Antragstext steht, kann man zustimmen; das muss man ganz offen sagen. Sie hätten sich aber schon zur Formulierung durchringen können, dass das unabhängig von der Laufzeitverlängerung geschehen soll. In der Begründung - ich weiß, dass diese nicht Teil des Antrags ist - gehen Sie auch auf den Emissionshandel ein, den wir mit oder ohne Laufzeitverlängerung haben. Man könnte also durchaus in einem weiteren Satz davon sprechen, dass das unabhängig von der Laufzeitverlängerung geschehen soll; denn Sie können da beim besten Willen nicht von einer Gewinnabschöpfung sprechen, die Sie immer fordern. Sie führen eine weitere Steuer ein, die auf die Kunden einfach umgelegt wird, und Sie gehen nicht an die Gewinne. Sie gehen nicht an die 8,6 Milliarden Gewinne von Eon im letzten Jahr wirklich heran. Das ist keine Gewinnabschöpfung.

Die Brennelementesteuer ist ein sinnvolles Instrument, was wir GRÜNEN seit jeher fordern. Deshalb werden wir diesen Antrag von Ihnen unterstützen. Wir glauben aber nicht, dass Sie es damit wirklich ernst meinen. Die Kanzlerin hat immerhin gestern verkünden lassen, dass sie das unabhängig von der Laufzeitverlängerung durchführt. Deshalb könnten Sie leicht einen Schritt weitergehen, der Kanzlerin dabei folgen und das noch in den Antrag schreiben. Das wäre die ehrlichere Methode. Trotzdem stimmen wir zu. Dem Antrag der SPD stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die CSU-Fraktion darf ich Frau Kollegin Gertraud Goderbauer das Wort erteilen, bitte schön.

Gertraud Goderbauer (CSU): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorweg möchte ich festhalten, dass es bei der Brennelementesteuer um eine reine Bundessteuer geht. Das sind zusätzliche Einnahmen auf der Bundesebene zur dringend notwendigen Haushaltskonsolidierung. Wir sind uns sicher darin einig, dass solide Staatsfinanzen Grundpfeiler einer verantwortungsvollen Politik und Kennzeichen christlich-liberaler Politik sind. Deutschland steht zu seiner Zusage, das strukturelle Defizit ab dem Jahr 2011 jährlich zurückzuführen. Da in dem letzten Jahr die Wirtschafts- und Bankenkrise hohe Ausgaben und deutlich gesunkene Einnahmen verursacht hat, gibt es ein Paket von zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten, und darunter fällt diese Brennelementesteuer. Sie dient, wie schon gesagt, der Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Für den Freistaat Bayern wird dabei nichts herausspringen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

- Wenn wir uns damit beschäftigen würden, wäre das vielleicht schön, aber so ist es nicht. Die Brennelementesteuer ist nach dem Vorschlag des Finanzministeriums völlig unabhängig von einer möglichen Laufzeitverlängerung. Auch die Bundeskanzlerin hat sich vor wenigen Tagen in einem Interview der "BILD-Zeitung" genau in dieser Richtung geäußert.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Wir wollen - daher haben wir einen eigenen Antrag gestellt - keine weiteren Verknüpfungen mit der Brennelementesteuer herstellen. Mein Vorredner hat schon herausgestellt, dass die Kernenergiewirtschaft, anders als andere Energieproduzenten, nicht vom Emissionshandel betroffen ist. Daher ist aus unserer Sicht in Zukunft eine Besteuerung der Kernenergie angemessen. Allein durch die Stilllegung und den Rückbau kerntechnischer Anlagen - auch das wurde angesprochen - einschließlich voraussichtlicher Kosten für das Endlager von Atommüll wird der Bund erheblich belastet. Ich will nicht alles wiederholen, was schon gesagt wurde.

Im Übrigen darf ich anmerken: Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene sieht eine angemessene Beteiligung der Kernkraftwerksbetreiber an den Sanierungskosten vor, etwa der Schachtanlage Asse II. Das will ich nur als kleine Randbemerkung zum Antrag der GRÜNEN sagen. Aus diesen Überlegungen heraus und angesichts der dringend notwendigen Haushaltskonsolidierung erscheint die Beteiligung der Kernenergiewirtschaft gerechtfertigt.

Die Bundesregierung unternimmt damit einen wichtigen Schritt zur Haushaltskonsolidierung. Diesen

Schritt wollen wir natürlich unterstützen. Wir hatten hier selten Dringlichkeitsanträge zu beraten, bei denen wir uns im Kern der Sache so einig waren wie hier bei der Brennelementesteuer. Wir wollen keine Verknüpfung mit energie- oder umweltpolitischen Fragen, wie das aus den Dringlichkeitsanträgen der SPD und der GRÜNEN herauszulesen ist. Außerdem läuft der Atomgipfel in Berlin. Wir kennen allerdings das Ergebnis nicht, werden aber bald mehr erfahren.

Allein aus der Tatsache, dass jemand einen Gesprächstermin bekommt, kann man nicht ableiten, dass er gegenüber anderen Gruppierungen bevorzugt wird.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Das wäre wohl allzu einfach.

In der Sache sind wir uns einig. Ich bitte um Unterstützung des Antrags der CSU und der FDP und bitte um Verständnis dafür - ich habe das begründet -, dass wir die beiden anderen Dringlichkeitsanträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bevor ich in der Rednerliste fortfahre, darf ich kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer und anderer und Fraktion der Freien Wähler zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern auf Drucksache 16/5209 bekannt geben. Mit Ja haben 55 Abgeordnete gestimmt; mit Nein haben 83 Abgeordnete gestimmt; es gab 8 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Zum aktuellen Tagesordnungspunkt darf ich nun das Wort an Kollegen Ludwig Wörner von der SPD-Fraktion weiterreichen, bitte schön.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen mit unserem Antrag deutlich machen, dass es keine Verknüpfung geben darf zwischen Laufzeitverlängerung und Besteuerung der Brennelemente, auch wenn sie geistig bei allen mitspielt. Bei der CSU ist sowieso klar, bei der FDP auch, dass das verbal nicht begründet wird. Bisher waren aber Sie diejenigen, die die Kernkraft auf Teufel komm raus befördert haben, obwohl die Probleme bekannt sind.

Vor Kurzem habe ich schon einmal versucht, deutlich zu machen, dass wir die Technikgläubigkeit zwar alle in uns haben, es aber schwierig wird, wenn man es so

macht wie Sie. Zurzeit erleben wir ein Öldesaster, das wir nicht beherrschen und das es gemäß der Philosophie bei der Entscheidung zum Bohren eigentlich gar nicht hätte geben dürfen. Trotzdem haben wir das Desaster.

Die CSU hat bezüglich der Atomtechnik stets gesagt, diese gehe in Ordnung und es passiere nichts. Auf bayerisch könnte man sagen: Nun hat man den Dreck im Schachterl. Leider haben wir jetzt ein heftiges Problem, aus dem sich die Staatsregierung mit einer "genialen" Informationspolitik herausstiehlt. Und, meine Damen und Herren, wir hatten Tschernobyl. Ist Ihnen das noch immer nicht genug? - Sie verhalten sich jedenfalls so. Ist Ihnen das nicht Warnung und Anlass genug, darüber nachzudenken, ob dieser Weg weiter beschritten werden soll? - Anscheinend nicht. Sie sollten die Zusammenhänge zwischen der Verlängerung mit einer weiteren Überproduktion von Giftstoffen, die nicht mehr verschwinden, nicht leugnen. Aus diesen Gründen lehnen wir es ab, nur die Brennelemente zu besteuern.

Sie werden niemandem erklären können, dass ein normaler Bürger für alle Zinsen 25 % Zinsabschlagsteuer zahlen muss, diese steuerrechtliche Regelung aber nicht für die Energieerzeuger gilt. Das bedeutet, dass die vier großen Energieerzeuger für die Rückstellungen in Höhe von 70 bis 80 Milliarden Euro keinen Cent Zinsabschlagsteuer zahlen müssen. Sie können mit diesem Geld jeden Unfug dieser Welt betreiben. Kolleginnen und Kollegen, Sie sollten uns sagen, wie wir einem Wähler dies vermitteln wollen. Das kann nicht funktionieren, weil das dem Gerechtigkeitssinn widerspricht. Ich meine, dass die meisten hier im Haus bei gründlicher Überlegung auch zu diesem Ergebnis kommen werden.

Ich meine deshalb, dass wir beides machen müssen: Zum einen sollte die Abschlagsteuer erhoben und zum anderen die Besteuerung der Brennelemente eingeführt werden. Allerdings muss der Verdacht vermieden werden, das bayerische Parlament sei käuflich und lasse sich die Laufzeitverlängerung abkaufen. Zwar sind es die Energieerzeuger, die die Vereinbarung brechen, aber Sie sind Helfershelfer beim Vertragsbruch. Das darf nicht sein. Man sollte nicht meinen, dass das nicht wichtig wäre, weil man Geld braucht. Das Ergebnis sollte nicht sein, dass die Energieerzeuger die Laufzeitverlängerung bekommen, die wir nicht wollen. Ich habe deshalb die Bitte an die Koalitionsfraktionen, unserem Antrag zuzustimmen. In diesem Falle wird die SPD dem Antrag der Regierungsfractionen zustimmen. Wenn nicht, wird sich die SPD der Stimme enthalten. Dem Antrag der GRÜNEN wird die SPD zustimmen, weil wir gemeinsam den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Ich empfehle Ihnen, mit dieser Materie nicht länger zu spielen. Wir haben nicht einmal eine Ölbohrstelle im Griff und können das auch nicht von der Atomenergie behaupten, wo jeder Unfall bedeuten kann: Restrisiko ist gleich Todesrisiko. Kann es sein, dass wir das verdrängen, weil wir meinen, technisch alles beherrschen zu können? - Sie wissen so gut wie ich, dass man Technik ebenso wenig wie den Menschen letztendlich beherrschen kann. Deshalb meine ich, dass es dringend geboten ist, die Brennelementesteuer einzuführen, zeitgleich Gerechtigkeit zu schaffen und die Zinsabschlagsteuer zu berechnen. Ich bitte, dem Antrag der SPD zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Kollege Glauber für die Fraktion der Freien Wähler.

Thorsten Glauber (FW): Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor um 20.30 Uhr im südafrikanischen Winter die Luft brennt, beschäftigen wir uns mit dem brennenden Element, der Brennelementesteuer.

Uns liegen drei Dringlichkeitsanträge vor. Ich beginne mit dem Antrag der Regierungsfractionen aus CSU und FDP. Diesem Antrag werden wir nicht zustimmen; denn die Antragsteller haben es leider nicht geschafft, ihre Forderung von der Laufzeitverlängerung abzukoppeln. Wir werden uns der Stimme enthalten, weil wir befürchten, dass sich der Spruch bewahrheiten wird: "Geld stinkt nicht". Man wird die Laufzeit verlängern. Die Bevölkerung wird sagen, die Politiker haben sich hineintreiben lassen. Erst haben sie das Geld genommen und dann die Laufzeit verlängert.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Deshalb werden wir uns bei Ihrem Antrag enthalten.

Bei den Dringlichkeitsanträgen der GRÜNEN und der SPD sieht es anders aus. Diesen Anträgen werden wir zustimmen. Es darf nicht sein, dass die Endlageungskosten sozialisiert und auf die Bürger abgewälzt werden. Deshalb wollen wir keine Beschneidung der regenerativen Energien. Die Brennelementesteuer befürworten wir, um Gewinne abzuschöpfen, nicht aber die Laufzeitverlängerung.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächster Redner: Herr Kollege Thalhammer für die FDP.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte das Wortspiel

des Kollegen Glauber zum Thema Brennelementesteuer und zum heutigen Fußballspiel Deutschland gegen Ghana fortführen: Ich hoffe, dass die Fußballnationalmannschaft heute Abend so brennt, dass das Spiel vergnügungssteuerpflichtig wird.

(Zurufe - Staatsminister Joachim Herrmann: Sie haben den Ernst der Lage nicht erkannt, Herr Kollege!)

Ich hatte bemerkt, dass das Thema Brennelementesteuer zu thematischen Ausschweifungen animiert. Ich möchte zum Thema zurückführen. Die Einführung der Brennelementesteuer ist zu unterstützen als ein wichtiges Element von mehreren des Sparpakets auf Bundesebene. Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist gut, aber auch überfällig, dass die Politiker lernen zu sparen. Mit Schwarz-Gelb ist dies in Berlin anscheinend möglich.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt gute Gründe, die Brennstäbe zu besteuern. In der Welt der konventionellen Energieträger ist die Kernenergie gegenüber Kohle und Gas bevorzugt. Bei den anderen Energieträgern wird auf das Abfallprodukt CO₂ eine Abgabe erhoben. Auf das Abfallprodukt der Kernenergie, die Brennstäbe, wird bis dato keine Abgabe erhoben. Deswegen ist es vertretbar, diese Steuer einzuführen. Das hat mit gerechter Behandlung der konventionellen Energieträger und mit Technologieoffenheit zu tun. So wie die FDP im Rahmen der erneuerbaren Energien im Bayerischen Landtag gefordert hat, die Benachteiligung von Biogas auf dem Wärmemarkt aufzuheben, setzt sie sich für die Technologieoffenheit bei den konventionellen Energien ein.

Ein zweiter guter Grund für die Einführung der Brennelementesteuer ist, dass diese Steuer nicht an den Endverbraucher weitergegeben wird. Mir werden Sie das nicht glauben, aber das ist auch die Einschätzung des Energieexperten Hermann vom Öko-Institut. Das ist logisch nachvollziehbar. Ich will heute ausnahmsweise die sonst von Herrn Hartmann oft zitierte Leipziger Strombörse heranziehen. Dabei ist festzustellen, dass auch nach der Einführung der Brennelementesteuer die Gewinnspanne für die jeweiligen Konzerne noch ausreichend sein wird. Deshalb kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Steuer mit einer Stromerhöhung an die Endkunden weitergegeben wird.

In der Welt der erneuerbaren Energien haben wir versucht, übertriebene Gewinne - Stichwort Solar - in einen vernünftigen Rahmen zu setzen. Somit müssen wir das auch bei der Kernenergie mit dem Hebel der Brennelementesteuer machen.

Ein weiterer Grund für die Einführung der Brennelementesteuer ist der Beitrag der jeweiligen Unternehmen für die Sanierungskosten, zum Beispiel für Asse II. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Antragstellern, Sanierungskosten können Sie hier mit aufführen. Sie führen in Ihrem Antrag aber auch etwaige Verfehlungen der Unternehmen bei der Forschung auf. Diesen Schwarzen Peter können Sie den Energieunternehmen nicht zuschieben. Rot-Grün hat das Moratorium von Gorleben eingeführt und damit die Forschungsarbeiten gestoppt. Mit Schwarz-Gelb ist es nun endlich wieder möglich, dass wir auch auf dem Gebiet der Endlagerung forschen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Zur Einführung der Brennelementesteuer sagen wir Ja. Natürlich ist die Brennelementesteuer verknüpft mit der Diskussion über die Laufzeitverlängerung. Deswegen sprechen wir auch darüber. Natürlich ist sie verknüpft mit der Diskussion, sie ist aber nicht verknüpft mit den Zahlungen aus der Laufzeitverlängerung. Das möchte ich ganz klar zu Protokoll geben. Bei der Brennelementesteuer bitte ich um eine klare und sachliche Trennung. Deshalb können wir nur dem Antrag von Schwarz-Gelb zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Thalhammer, wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Thalhammer, Sie haben Gorleben angesprochen. Offensichtlich ist auch bei Ihnen ein Wandel eingetreten; denn Sie gehen offensichtlich davon aus, dass das Gutachten genauso durchgepeitscht wird wie das Verfahren in Asse. Hernach wundern Sie sich wieder, wenn der Steuerzahler flucht, weil er mehr zahlen muss.

Weiter möchte ich Sie fragen, was Sie mit der Laufzeitverlängerung machen, wenn Sie diese Steuer bekommen und der von den Energieunternehmen angeordnete Prozess für die Bundesregierung negativ ausgeht. Dann haben Sie eine Laufzeitverlängerung, aber kein Geld. Das ist genial. Sie wissen, vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand. Bei Gericht gibt es fünf Juristen und sieben Meinungen. Mich würde interessieren, wie Sie dieses Risiko vermeiden wollen.

Sie haben fairerweise zugegeben, dass Sie die Brennelementesteuer und die Laufzeitverlängerung miteinander verknüpfen. Die Laufzeitverlängerung ist der Preis. Man kann es so machen. Wir würden es aber nicht so machen. Wesentlich erscheint mir das

Risiko des Prozesses, dessen Ergebnis wir noch nicht kennen, obwohl die Laufzeit schon verlängert ist. Mich würde interessieren, wie Sie damit umgehen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Kollege Wörner, ich fasse es gerne noch einmal zusammen und stelle ganz klar heraus, dass die Einnahmen aus der Brennelementesteuer nicht mit der Laufzeitverlängerung verknüpft werden. In der Diskussion wird das gerade gemacht. Im Koalitionsvertrag steht aber, dass wir zusätzliche Gewinne aus der Laufzeitverlängerung in die erneuerbaren Energien, in einen Fonds oder was auch immer überführen wollen. Die Brennelementesteuer ist davon unabhängig zu sehen. Diese Steuer ist ein Beitrag dazu, dass wir in Deutschland mehr Einnahmen generieren. Sie ist ein Beitrag zum Sparpaket.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Staatsregierung äußert sich Herr Staatssekretär Pschierer.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf in aller Kürze zu den eingereichten Dringlichkeitsanträgen und zum Thema Brennelementesteuer Stellung nehmen. Zunächst möchte ich den Antrag der Koalitionsfraktionen begrüßen. Das wird Sie, meine Damen und Herren auf der anderen Seite, nicht wundern. Sie dürfen Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Der Antrag der Koalitionsfraktionen hat ein ganz klares Ziel. Die Energiewirtschaft leistet wie andere Wirtschaftszweige ihren Beitrag dazu, dass wir auf Bundesebene ein ausgewogenes Sparpaket zustande bringen. Das sollten auch Sie anerkennen, meine Damen und Herren. Dieses Sparpaket ist nicht sozial unausgewogen, wie Sie es immer formulieren. Es ist ein klares Bekenntnis unsererseits, dass wir die Energiewirtschaft und die Wirtschaft insgesamt mit heranziehen.

Mich wundert, dass Sie jetzt das Thema Laufzeitverlängerung ansprechen.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Entschuldigung, Herr Kollege, wir sprechen hier über Haushaltskonsolidierung. Das, was Sie meinen, ist Teil eines energiepolitischen Gesamtkonzepts der Bundesregierung. Dazu können Sie sich in Berlin gerne äußern. Die Brennelementesteuer hat aber nichts mit einem energiepolitischen Gesamtkonzept, sondern nur mit der Frage zu tun, ob sich die Energie-

wirtschaft und die Wirtschaft insgesamt an diesem Sparpaket beteiligen sollen. Nicht mehr und nicht weniger ist das.

Meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten und den Grünen, es ist schön, wenn Sie immer davon sprechen, wie die Kernenergie in diesem Lande bevorzugt wird. Schauen Sie sich einmal die Forschungsausgaben seit den fünfziger Jahren bis zum Jahr 2007 an. Was haben wir für die Förderung der Leichtwasserreaktortechnologie und anderer Projekte ausgegeben? - Es gab eine Förderung. Die größten Förderungen in der Energiepolitik erlaubten aber das Stromeinspeisegesetz und das EEG. Bis zum Jahr 2007 waren es über 25 Milliarden Euro. Darin ist sehr viel Sinnvolles enthalten. Zu diesem Förderprogramm steht auch die Staatsregierung. Sie hat ihren Beitrag dazu geleistet - -

(Widerspruch bei der SPD)

Es gibt in Deutschland kein Bundesland, das in den letzten Jahren den Anteil der regenerativen Energien stärker gesteigert hat als der Freistaat Bayern. Das war CSU-Politik, dazu haben wir noch nicht einmal einen Koalitionspartner gebraucht.

(Beifall bei der CSU)

Sie wollen die vermeintliche Subvention noch deutlicher formuliert haben. Schauen Sie doch in die einschlägigen Bundestagsdrucksachen hinein. Selbst die rot-grüne Bundesregierung hat in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestags festgestellt, dass es für die kommerzielle Stromerzeugung keine Subventionen durch die Kernenergie gegeben hat. Es gibt sehr wohl eine Förderung für die regenerativen Energien. Dafür ist sie gerechtfertigt. Dazu stehen wir auch. Sie dürfen aber nicht die Unwahrheit sagen. Ich gehe davon aus, dass sich neben dem Freistaat Bayern auch der Bund am weiteren Ausbau der regenerativen Energien beteiligen wird.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Vielleicht später, jetzt aber bitte nicht.

Der Freistaat Bayern war auf diesem Gebiet vorbildlich. Verwechseln Sie aber nicht die Haushaltskonsolidierung und den Beitrag der Wirtschaft zum Sparpaket mit einem energiepolitischen Gesamtkonzept!

Ganz kurz noch zur SPD: Manchmal frage ich mich, ob Ihre Fraktionsgeschäftsstelle so miserabel ausgestattet ist, dass Sie solche dusseligen Anträge mit einer so schlechten Begründung formulieren. Sie

sprechen von der Zinsabschlagsteuerbefreiung. Selbst Ihr ehemaliges Mitglied Lafontaine - inzwischen ist er nicht mehr bei Ihnen - könnte Ihnen erzählen, weshalb der Begriff Zinsabschlagsteuerbefreiung in diesem Zusammenhang nicht passt. Auf der anderen Seite wurde auch für die Kernenergiebetreiber die Verpflichtung eingeführt, ein Kernkraftwerk am Ende der Laufzeit stillzulegen. Dafür muss Vorsorge getroffen werden. Dazu dienen die Rückstellungen. Das hat nichts mit Privilegierung, Subvention oder sonst etwas zu tun. Deshalb bitte ich das Hohe Haus darum, dass es die Anträge von SPD und Grünen ablehnt und dem Koalitionsantrag, dem Dringlichkeitsantrag der CSU und der FDP, zustimmt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatssekretär, wir haben zwei Zwischenbemerkungen, eine vom Kollegen Hartmann und dann eine vom Kollegen Wörner. Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Herr Kollege, habe ich Sie richtig verstanden, dass nach Ihrer Aussage Bayern auf Platz eins bei der erneuerbaren Stromversorgung steht? Oder habe ich Sie falsch verstanden? Eine weitere Frage - -

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Was die Stromversorgung angeht, Herr Kollege, wissen Sie so gut wie ich, dass knapp - -

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatssekretär, bitte lassen Sie Herrn Kollegen Hartmann seine Zwischenbemerkung im Zusammenhang machen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie können sich jederzeit zu Wort melden, aber nicht dazwischenquatschen! - Georg Schmid (CSU): Der Kollege Dürr muss das sagen, der immer selber dazwischenquatscht! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Kollege Dürr, bei Ihnen fällt mir immer nur ein - -

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nein, Herr Staatssekretär, ich bitte Sie - -

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Der Name Dürr ist schlichtweg Programm. Es ist immer - -

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatssekretär, wir lassen jetzt den Kollegen Hartmann seine Zwischenbemerkung machen.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Meine zweite Frage: Ist Ihnen bewusst, dass Bayern bei den erneuerbaren Energien im Strombereich einmal auf Platz eins stand, aber nicht mehr auf Platz eins steht, weil es bereits von mehreren Ländern überholt worden ist? Weiterhin möchte ich wissen, ob ich Sie richtig verstanden habe, dass die gesamten Ausgaben für die Unterstützung der Kernenergie in den letzten Jahrzehnten unter 25 Milliarden Euro lagen. Gebe ich Sie da richtig wieder? Asse, Wismut, Wackersdorf und der Rückbau bestimmter Anlagen sollen unter 25 Milliarden geblieben sein?

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Kollege, zu den beiden Fragen, zunächst zu Frage eins: Bei regenerativen Energien und der Stromerzeugung müssen Sie den Anteil der regenerativen Energien an der Primärenergie und den Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung unterscheiden. Sie müssen differenzieren: Bei der Stromerzeugung ist der Freistaat Bayern das Bundesland, das mit über 60 % derzeit den höchsten Kernenergieanteil hat. Der Bundesdurchschnitt liegt bei gut über 20 %. Meine Damen und Herren, Sie wissen aber auch, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Freistaates Bayern, seine prosperierende Entwicklung damit zusammenhing, dass wir - küsten- und revierfern - auf die friedliche Nutzung der Kernenergie gesetzt haben. Was aber den gesamten Energiebereich angeht, so ist der Ausbau der regenerativen Energien im Freistaat Bayern, verglichen mit den anderen Bundesländern, Spitze. Der Ausbau ist unterschiedlich, was Wasserkraft, Solarenergie und ähnliche Energieformen angeht. Wir sind sicher stärker bei der Bioenergie, weil wir mehr Biomasse haben, vielleicht etwas weniger Windkraft als Offshore. Wenn Sie aber die Summe betrachten, dann ist der Anteil der regenerativen Energien im Freistaat Bayern in den letzten Jahren am größten.

Die zweite Frage betraf die Forschungsausgaben und die vermeintlichen Subventionen: Sie selbst haben auf die Bundestagsdrucksache 14/8484 verwiesen. Da steht drin - und das wurde durch die rot-grüne Bundesregierung bestätigt -, es gab keine Subvention für die kommerzielle Stromerzeugung oder für die Kernenergie.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Für die Forschung!)

- Für die Forschung gab es gut 14 Milliarden Euro. Das war Anschubfinanzierung für die Forschung für die Leichtwasserreaktortechnologie und für den Brennstoffkreislauf. Davon haben aber, meine Damen und Herren, auch die deutsche und die bayerische

Wirtschaft profitiert. Manches Kernkraftwerk - und darüber bin ich froh, das sage ich hier in aller Deutlichkeit - wurde mit deutschem Wissen und deutscher Technologie auch im Ausland gebaut. Diese Forschungsmittel haben also auch dazu gedient, Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftsbereich in Deutschland und im Freistaat Bayern zu sichern. Was die regenerativen, die erneuerbare Energien angeht, so sind wir bei 25 Milliarden Euro.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatssekretär, wenn ich darauf hinweisen darf, die Redezeit für Zwischeninterventionen ist für beide Seiten auf zwei Minuten begrenzt. Wir kommen deshalb jetzt bitte zur nächsten Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Staatssekretär, es kann sein, dass wir, weil wir für Gerechtigkeit für alle Menschen stehen, hier im Vergleich zu Ihnen besser abschneiden. Es geht um Ihre Diktion, dargestellt am Beispiel der Zinsabschlagsteuer. Jeder von uns zahlt diese Steuer, es sei denn, er betrügt den Staat. Das will ich hier aber niemandem unterstellen. Wo ist Ihr Problem, die Steuersystematik so zu verändern, dass die Zinsabschlagsteuer auch für Rückstellungen der Kernenergiewirtschaft gilt? Ich habe mich damit sehr ausführlich beschäftigt. Ich habe nur von den Zinsen dieser Rückstellungen gesprochen. Diese Rückstellungen muss der Kraftwerksbetreiber bilden. Warum muss er aber nicht wie jeder andere auch Zinsen auf diese Beträge bezahlen? Das müssen Sie jemandem erklären, der ein Gefühl für Gerechtigkeit hat. Mich interessiert, wie Sie das begründen wollen, und zwar für einen Normalverbraucher und nicht für irgendwelche ganz klugen Leute.

Kommen wir zum Thema Wind. - Ja, im Freistaat Bayern wird Wind gemacht: 0,6 bis 0,8 - -

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Im Moment wird Wind vor allem von Ihnen gemacht.

(Christian Meißner (CSU): Das ist im Moment aber nur heiße Luft!)

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, muss ich mir so etwas anhören?

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich habe es vorhin schon gesagt, wir machen jetzt noch diese Zwischenbemerkung, und dann ist Schluss.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Staatssekretär, bei der Windenergie sind wir im Freistaat im Hintertreffen, und zwar nicht nur ein bisschen, sondern wir sind wirklich das Schlusslicht in der Bundesrepublik, und

das dank Ihrer Hilfe. Ihr Innenminister hat dafür gesorgt, dass man einen Brief verschickt hat, in dem festgehalten wurde, was Gemeinden dürfen und was nicht. Das ist eine reine Verhinderungsstrategie, die dafür sorgt, dass wir in Bayern ganz hinten sind und nicht vorne, so wie Sie das immer darstellen.

Noch etwas: Sie haben gesagt, dass es keine Brennelementesteuer als Gegengeschäft zur Laufzeitverlängerung gibt. Ich befürchte, diese Aussage hat den gleichen Wahrheitsgehalt wie Ihre damalige, als Sie Stein und Bein geschworen haben, Schneekanonen würden bei uns nicht gefördert. Ich befürchte, dass Ihre Aussage hierzu den gleichen Wert hat.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Wörner, danke. Herr Staatssekretär, Sie haben jetzt zwei Minuten.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Ja, noch einmal zu den beiden Fragen. Zur ersten Frage: Die Nichtbesteuerung hat einen klaren Zweck. Es gibt eine Rückbauverpflichtung der Kernenergiebetreiber. Für diese Rückbauverpflichtung muss der Betreiber Rückstellungen bilden. Wenn er diese Rückstellungen nicht bilden kann, meine Damen und Herren, bleibt am Schluss nur der Steuerzahler, der irgendwann den Rückbau der Kernkraftwerke finanzieren muss. Deshalb ist das keine Bevorzugung. Es ist im Interesse der Politik und der Bevölkerung, um dem Kernenergiebetreiber die Möglichkeit zu geben, die Rückstellungen zu bilden.

Zur zweiten Frage, Herr Kollege Wörner: Die Staatsregierung steht zu einem Energiemix, und zu dem gehört auch die Windenergie. Sie brauchen aber auch grundlastkonforme Energieformen. Die Windkraft und die Solarenergie sind nicht grundlastkonform. Die einzige grundlastkonforme regenerative Energie ist die Energieerzeugung aus Biomasse, weil man Biomasse unabhängig von Sonne und Wind zur Verfügung hat. Ich möchte hier noch einmal betonen. Wir haben hier mehr getan als viele andere Bundesländer. Ich werfe Ihnen vor, dass Sie während der rot-grünen Bundesregierung ein Ausstiegsszenario skizziert und es auch beschlossen haben, ohne sich auch nur einen Gedanken darüber zu machen, wie Sie das Loch auffüllen, das dadurch entsteht, wenn Sie die Kernkraftwerke vorzeitig vom Netz nehmen. Mit Windkraft und Solarenergie allein können Sie diese Lücke nicht auffüllen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, damit beende ich die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/5210 - das ist der

Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die GRÜNEN, die SPD, die Freien Wähler und Frau Kollegin Pauli. Gegenstimmen? - Das sind die CSU und die FDP. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag 16/5218; das ist der interfraktionelle Antrag von CSU und FDP. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CSU, die FDP und die GRÜNEN. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der SPD und der Freien Wähler ist der Antrag damit angenommen. - Frau Pauli hat sich enthalten.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/5219 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Freien Wähler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Pauli. Gegenstimmen? - Das sind die CSU und die FDP. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Christian
Meißner u. a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto
Bertermann u. a. und Fraktion (FDP)
Linksextremismus wirksam entgegentreten!
(Drs. 16/5211)**

In aller Neutralität und Bescheidenheit darf ich an die zeitliche Disziplin der Redner appellieren, damit wir bis zum Sitzungsende um 19.00 Uhr fertig werden. Der erste Redner ist Herr Kollege Meißner.

Christian Meißner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, mir ist sehr bewusst, dass ohne unser aller Unterstützung heute Abend gar nichts geht. Ich werde mich deshalb bemühen, damit wir rechtzeitig fertig werden.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Gleichwohl ist uns dieser Dringlichkeitsantrag "Linksextremismus wirksam entgegentreten!" wichtig. Am 12. Juni 2010 hat aus unserer Sicht die linksextremistische Gewalt einen neuen und besorgniserregenden Höhepunkt erreicht. Sie haben es gelesen: Bei einer Berliner Demonstration wurde eine Splitterbombe auf Polizeibeamte geworfen, durch die zwei Polizeibeamte schwer verletzt wurden. Dieser Anschlag war gezielt, und er wurde mit hoher krimineller Energie

durchgeführt. Das ist eine neue Stufe der Eskalation von linksextremistischen Umtrieben. Wir sollten diesen Anschlag nicht einfach hinnehmen. Ich habe hier ein Dokument aus dem Bundestag, das ich zitieren möchte, darin stehen einige Details zu diesem Anschlag:

Die Verletzungen der Polizeibeamten rühren daher, dass Splitterbomben zum Einsatz kamen, die mit Eisenteilen gespickt, perfiderweise auch noch in eine Plastikhülle gesteckt wurden, damit die Eisenteile durch die Explosion erhitzt werden und mit dem Plastik verschmelzen und so auf den Uniformen festkleben beziehungsweise diese durchdringen. Deshalb sind die Polizisten auch so schwer verletzt worden.

Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Herr Freiberg, hat recht, wenn er sagt, durch die Schutzkleidung hätten diese Splitter mehrere Zentimeter tiefe Fleischwunden verursacht. Er hat recht mit seiner Einschätzung, wenn er sagt, das hätte auch tödlich enden können.

Wir verurteilen diese Tat aufs Schärfste. Gewalt gegen Menschen und Sachen ist für uns kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Dieser Anschlag war ein weiterer Weckruf in dieser Hinsicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Anschlag stellt einen Höhepunkt in der allgemeinen Problematik dar. Linksextremistische Gewaltdelikte haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Bundesinnenminister de Maizière hat erst vor einigen Tagen bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2009 auf den Anstieg linksextremistischer Gewalttaten hingewiesen. Danach ist nicht nur die Zahl gewaltbereiter Linksextremisten bundesweit auf 6.600 Personen angestiegen. Vielmehr hat sich auch die Zahl der Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund von 700 im Jahr 2008 auf 1.100 im vergangenen Jahr erhöht. Die Zahl der Brandstiftungen hat sich fast verdoppelt. Die Zahl der Körperverletzungsdelikte ist um 40 % angestiegen.

Bayern ist keine Insel der Seligen. Laut unserem Verfassungsschutzbericht ist die Zahl linksextremistischer Gewalttaten in Bayern 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 17 % gestiegen. Das ist seit mindestens zwei Jahrzehnten ein Höchststand. Wir wissen gar nicht, wann wir in Bayern je einen solchen Stand gehabt haben.

Vor einer solchen Entwicklung mit dem traurigen Höhepunkt, den ich eingangs erwähnt habe, können wir unsere Augen nicht verschließen. Insbesondere darf linksextremistische Gewalt weder bagatellisiert noch -

das ist mir ein großes Anliegen - in irgendeiner Form wegen ihres vermeintlichen Widerstands gegen Rechtsextremismus geduldet werden. Wir sagen ganz klar und ohne jede Ausnahme und ohne jede Relativierung: Jede Form von Extremismus ist ein Angriff auf unser demokratisches Staatswesen. Links- und Rechtsextremismus kann man nicht mit zweierlei Maß messen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dabei ist es nach unserer Meinung total unerheblich, ob der Angriff von linksradikalen, rechtsradikalen oder islamistischen Extremisten erfolgt. Gegen jede Form von Gewalt muss sich eine Demokratie wehren.

Alle politischen, aber auch gesellschaftlichen Kräfte sind dazu aufgerufen, linksextremistische Gewalt zu ächten, wie wir es seit langer Zeit - Gott sei Dank - bei rechtsextremistischer Gewalt als Selbstverständlichkeit empfinden. Wir sollten unsere Bemühungen in diesem Bereich verstärken. So können Sie es auch unserem Antrag entnehmen.

Wir halten es für die beste Prävention, wenn linksextremistische Grundüberzeugungen erst gar nicht in die Köpfe unserer Jugendlichen hineinkommen. Deswegen fordern wir, dass die Aufklärungs- und Präventionsarbeit intensiviert und die Vernetzung der Extremismusaufklärung mit den Schulen und anderen Bildungsträgern noch verstärkt wird. Das wünschen wir uns von unserer Staatsregierung.

Im Übrigen sind wir der Meinung, dass die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus ihre Aktivitäten auch im Bereich des Linksextremismus erheblich verstärkt. Insgesamt sollte gelten, dass alle Maßnahmen der Staatsregierung mit derselben Intensität gegen Links- wie Rechtsextremismus betrieben werden.

In dem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich, dass sich die Innenministerkonferenz auf ihrer letzten Sitzung mit dem Linksextremismus sehr ausführlich befasst hat und ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung linksmotivierter Gewalt erarbeiten wird.

Der Bombenanschlag, den ich eingangs erwähnt habe, zeigt auch eines: Das Ziel der Attacken gerade von links sind immer häufiger Polizeibeamte. Das zeigen die Zahlen eindeutig. Allein in Bayern sind fast 50 % der linksextremistischen Gewalttaten gegen Polizeibeamte gerichtet. Daher ist es weiterhin erforderlich, dass wir unsere Polizeieinsatzkräfte mit allen Mitteln schützen und ihnen auch einen besseren strafrechtlichen Schutz zuteil werden lassen.

Der Freistaat Bayern hat gemeinsam mit Sachsen eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die den Strafrahmen des § 113 StGB verschärfen will. Ich möchte dem Innenminister für diese Initiative danken und ihn bitten, weiter am Ball zu bleiben. Sowohl die Prävention als auch die bessere Vernetzung als auch ein vernünftigerer Schutz unserer Polizeibeamten und ein klares gesellschaftliches Bekenntnis sind wichtig. Es ist kein Unterschied in der Qualität zwischen links- und rechtsextremistischer Gewalt. Diese Überzeugung sollte uns allen ein wichtiges Anliegen sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Fischer.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich den Blick auf den 30. Juli 2009 zurückwerfen. Für 500 Rekruten der Bundeswehr fand ein Gelöbnis auf dem Münchener Marienplatz statt. Das war für einen demokratischen Staat ein normaler Vorgang. Doch nicht alles war im Vorfeld so normal. Es gab nicht nur massive Störungen aus der linksautonomen Szene, sondern im Vorfeld gab es auch Sachbeschädigungen und Brandanschläge.

In einem Flyer mit dem Titel "Feinderkennung - eine Gebrauchsanweisung für den Alltag" wurden anhand abgebildeter Rangabzeichen die Dienstgradgruppen der Bundeswehr erläutert. Ich darf daraus zitieren:

Ab Oberstleutnant: Schienbeintreten, Ohrfeigen, Hauswand besprühen, Auto abfackeln, öffentliche Empfänge versauen. Ab General: Nicht zögern, reinhauen, und zwar richtig!

Das ist nur ein Ausschnitt. Im Verfassungsschutzbericht können Sie die Details nachlesen.

Fest steht: Nicht nur rechtsextremistisch motivierte Gewalt, die wir alle aus gutem Grund verurteilen, sondern auch die Entwicklung linksextremistisch motivierter Straf- und Gewalttaten geben großen Anlass zur Sorge. Der Unterschied ist nur, dass die linksextremistischen Gewalttaten nicht allgemein als Problem wahrgenommen werden. Wer aber auf einem Auge blind ist, sieht nicht richtig.

Drei Dinge sind besonders bemerkenswert:

Zum einen erleben wir einen dramatischen zahlenmäßigen Anstieg. Im Jahr 2007 gab es in Bayern noch 76 linksextremistische Gewalttaten. 2008 waren es schon 109, und 2009 waren es 127. Das bedeutet eine Zunahme um 67 % in zwei Jahren.

Ein zweiter Aspekt. Das Angriffsspektrum wird ausgeweitet. Neben der Gewalt gegen Sachen wird zunehmend Gewalt gegen Personen als legitimes Mittel angesehen. Diese Gewalt richtet sich zum einen gegen wirkliche und angebliche Faschisten, in zweiter Linie gegen die Polizei, nun auch zunehmend gegen die Bundeswehr. Beides sind Repräsentanten unseres Staates. Das können wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Der dritte Aspekt beunruhigt mich am allermeisten: Die Zahl minderjähriger Straftäter hat drastisch zugenommen. 45 % der linksextremistischen Täter waren unter 21 Jahre, viele unter 16 Jahre. Wenn unsere Jugend Gewalt als Mittel der Politik nicht als Tabu betrachtet, müssen wir handeln. Deswegen ist es richtig, bei Schulen und anderen Bildungsträgern anzusetzen, um Extremismusaufklärung zu betreiben. Da muss die Prävention ansetzen, und da müssen wir handeln.

Dabei sind alle Demokraten gefordert. Genauso wie wir uns rechtsextremistischen Bestrebungen geschlossen entgegenstellen, müssen wir das auch gegen den Linksextremismus tun. Das ist unsere staatsbürgerliche Pflicht als Demokraten.

Wir unterscheiden nicht, aus welchen Motiven jemand unsere Gesellschaftsordnung ablehnt. Aber jeder, der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung begreift, wird mit unserem Widerstand rechnen müssen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nächster Redner ist nach der Liste Herr Kollege Schindler für die SPD.

Franz Schindler (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wiederholen hier eine Debatte, die genau vor einer Woche im Deutschen Bundestag aus dem genannten Grund stattgefunden hat. Weil das so ist, zitiere ich, was der Abgeordnete Bosbach zur Einleitung seiner Rede im Bundestag gesagt hat:

Um eines gleich vorweg zu sagen, damit wir in dieser Debatte keine Schiefelage bekommen: Wir haben seit Jahren ein hohes, ein viel zu hohes, ein erschreckend hohes Niveau an rechtsradikalen Straf- und Gewalttaten. Wir erleben seit einiger Zeit ein deutliches Anwachsen linksradikaler Gewalttaten. Durch diesen Anstieg an linksradikaler Gewalt wird aber keine einzige rechtsradikale Straftat relativiert oder gar bagatellisiert.

Soviel zur Einordnung der Debatte.

Hierzu gehört nach meiner Meinung auch, Folgendes klarzustellen: Wer Molotowcocktails oder Sprengsätze gegen Polizeibeamte oder auch gegen den vermeintlichen politischen Gegner oder wen auch immer wirft, ist nicht links, auch nicht linksextremistisch, sondern kriminell.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Etwas anderes ist das nicht.

Hingegen sind Protest und ziviler Ungehorsam bis hin, wie ich persönlich meine, zu Sitzblockaden, wie wir sie in Wackersdorf und andernorts erlebt haben, gegen politische Entscheidungen, zum Beispiel gegen diejenigen der jetzigen Koalition, aus welchen Motiven auch immer, legitime und gegebenenfalls auch nötige Mittel der politischen Auseinandersetzung. Gewalt ist das nicht. Ich gehe davon aus, dass in diesem Haus hierüber Konsens besteht. Es geht darum, die Anwendung von Gewalt, egal von wem und zu welchen Zwecken sie ausgeübt wird, zu verhindern. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Gewalt aus dem sogenannten linksextremistischen Spektrum genauso zu ächten ist wie Gewalt aus dem rechtsextremistischen Spektrum.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man davon einmal absieht, was banal, aber wahr ist, dass es dem Opfer immer egal ist, welches Motiv der Täter möglicherweise hat, halte ich eine simple Gleichstellung von Links- und Rechtsextremismus für unzulässig.

(Beifall bei der SPD)

Zwar finden sich in beiden Lagern Übereinstimmungen, wenn es zum Beispiel gegen das Mehrparteiensystem, um das Recht auf Opposition oder wenn es um Freund/Feind-Stereotypen geht. Ich lege aber schon Wert auf die Feststellung, dass linksextremistisches Denken idealistischerweise

(Zuruf von Abgeordneten der FDP: Och!)

dennoch zurückgeht auf Traditionen der Aufklärung und auf die Prinzipien der absoluten Gleichheit und auf die Ablehnung jeglicher Form von Staatlichkeit. Deswegen gibt es auch diese Auswüchse in Form des Anarchismus oder in Formen des Kommunismus, wohingegen - ich rede von den Theoriegebäuden; das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen - die dumpfe, menschenverachtende Ideologie von Rassenungleichheit, von Fremdenfeindlichkeit und der Überhöhung der

Volksgemeinschaft über das Individuum für Rechts-extremisten wesentypisch ist. Ich sage ausdrücklich noch einmal: Das ist demjenigen, der einen Molotowcocktail auf den Kopf bekommt oder in sonstiger Weise angegriffen wird, völlig egal und muss auch uns völlig egal sein, wenn es darum geht, rechtsextremistische Gewalt zu bekämpfen. Aber es kann uns nicht egal sein, wenn es darum geht, die Ansätze präventiv zu bekämpfen, lange bevor es zu Gewalteskalationen gekommen ist, weil nämlich aus der unterschiedlichen Theorie und aus der unterschiedlichen Herkunft der Denkmuster auch unterschiedliche Antworten gegeben werden müssen, was die Prävention betrifft.

Meine Damen und Herren, was die Zahlen von links- und rechtsextremistischen Straftaten betrifft, kann ich nur wiederholen, was bereits gesagt worden ist. Es ist, meine ich, eine differenzierte Betrachtung angezeigt. Laut dem Verfassungsschutzbericht Bayern für das Jahr 2009 sind in diesem Jahr insgesamt 303 linksextremistisch motivierte Straftaten registriert worden - nach 361 im Jahr 2008. Jede einzelne dieser Straftaten ist eine zu viel. Darin besteht sicherlich Übereinstimmung. Dennoch ist es erforderlich, wenn man sich über Prävention und Bekämpfung Gedanken macht, genau hinzuschauen und zu klären, wie viel davon auf linksextremistische Motive und wie viel davon, ohne es entschuldigen oder relativieren zu wollen, Vandalismus ist - oder wie viel davon darauf zurückzuführen ist, was heutzutage sogar in polizeilichen Statistiken als Ausdruck erlebnisorientierter Jugendwelten bezeichnet wird. Auch das, meine ich, muss man genau betrachten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wichtig bei der Diskussion scheint mir auch zu sein, dass wir, wenn wir so simpel gleichstellen und nur noch in Begriffen von Extremismus reden, ohne diese Differenzierung vorzunehmen, nicht

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Andreas Fischer (FDP))

- gleich, Herr Dr. Fischer, ich bin gleich fertig, dann können Sie eine Zwischenfrage stellen - wie es Innenminister de Maizière im Bundestag, wie ich meine, zu Recht gesagt hat, durch die Überhöhung der Problemlage, die wir unbestritten haben, einen neuen "linken" Terrorismus in Bayern herbeireden. Diese Gefahr -

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Schindler, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Franz Schindler (SPD): Ja.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Kollege Schindler, Sie haben gut angefangen. Ich war schon versucht, Beifall zu klatschen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Eine Frage bitte.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Ja, ich komme schon zur Frage. Betreiben Sie nicht durch diese Relativierung der geistesgeschichtlichen Wurzeln eine Unterscheidung zwischen Links- und Rechtsextremismus, obwohl Sie selbst sagen, dem Opfer ist es egal? Sagen Sie hier denn nicht, es sind zwei unterschiedliche Qualitäten? Und vor allem: Wenn Sie sagen, der Linksextremist ist nicht links, warum können Sie dann sagen, der Rechtsextremist ist rechts? Das ist genau dasselbe.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Franz Schindler (SPD): Herr Dr. Fischer, ich sage noch einmal das, was ich versucht habe, zum Ausdruck zu bringen, was mir möglicherweise nicht ganz gelungen ist: Ich wehre mich gegen - ich habe gesagt - die simple Gleichstellung, es sei alles extremistisch. Wenn ich mich bemühe, Prävention zu betreiben, habe ich den verschiedenen Geisteshintergrund mit zu bedenken. Ich sage noch einmal, zum dritten Mal, dass das überhaupt keine Auswirkungen haben kann auf die gesellschaftliche Ächtung von Gewalt, ob von links oder von rechts.

(Beifall bei der SPD)

Aber wenn ich Prävention betreiben will, so muss ich mir doch die Freiheit nehmen, etwas genauer hinzuschauen. Das war der Sinn meiner Worte. Anders konnte und sollte man sie auch nicht verstehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, obwohl Sie entgegen Ihrer sonstigen Gewohnheit mit diesem Antrag keine Gesetzesverschärfungen fordern, was wir durchaus zur Kenntnis nehmen, werden wir ihm nicht zustimmen, und zwar deswegen, weil er einerseits, wie ich meine, Selbstverständlichkeiten enthält.

(Beifall der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Ich habe versucht, sie herauszuarbeiten. Ansonsten fordert er Glaubensbekenntnisse ein, was Sie natürlich machen können, was uns aber nicht weiterhilft, weil der Antrag im Forderungsteil ein bisschen schwammig bleibt und den Eindruck erweckt, als müsste im Bereich der Aufklärungs- und Präventionsarbeit gegen Linksextremismus generell nachgerüstet werden, weil man zu wenig hingeschaut hat. So ist es nicht, im Gegenteil. Ich halte es für geboten, bei der Beobachtung und Bewertung, zum Beispiel von VVN-

BdA, aber auch von a.i.d.a. etwas mehr Augenmaß anzuwenden, als man es in der Vergangenheit gemacht hat.

Letzte Bemerkung, meine Damen und Herren, zur Begründung, warum wir nicht zustimmen können: Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel die Aufklärungs- und Präventionsarbeit usw. mit derselben Intensität jetzt auch gegen Linksextremismus wie gegen Rechtsextremismus vorgenommen werden solle. Das bedeutet, dass es keinen müden Euro mehr gibt. Wenn ich es von der einen Seite wegnehme, dann fehlt es dort, weil ich es für die andere Seite gebe. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme darauf zurück, was MdB Bosbach gesagt hat: das eine nicht mit dem anderen relativieren. - Deswegen, und nur aus diesem Grund, stimmen wir diesem Antrag nicht zu.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Schindler, vielen Dank. - Ich habe eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Professor Dr. Barfuß.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Geschätzter Herr Kollege Schindler, ich möchte nur wissen: Wie sähe denn bei Ihnen die Prävention aus? - Ich habe Ihren Vortrag verstanden, aber Sie heben auf die Prävention ab. Das würde ich gerne erklärt wissen. Danke.

Franz Schindler (SPD): Der wichtigste Punkt der Prävention - ich glaube, Herr Dr. Fischer hat es auch schon gesagt - ist, dass wir überhaupt keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung in unserer parlamentarischen Demokratie ist, egal von wem. Erstens.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Aspekt der Prävention muss sein, dass wir uns, wenn es stimmt, dass die Gewalttaten im Wesentlichen oder in großer Anzahl von Minderjährigen, von 14-, 15- oder 16-Jährigen, ausgehen, dieser Bevölkerungsgruppe auch im Besonderen zuwenden. In der Tat muss man wohl in der Schule ansetzen. Man muss fragen, aus welchen Schichten diese Kinder kommen, die am Wochenende sozusagen touristisch irgendwo hinfahren und dann ihre Grenzen nicht mehr kennen. Da, meine ich, gilt es anzusetzen, stärker als bisher, aber nicht zulasten der Prävention gegen Rechtsextremismus. Das war der Sinn meiner Rede. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Professor Dr. Georg Barfuß (FDP))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Schindler. - Für die Fraktion der Freien Wähler: Herr Kollege Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident! Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zum Antrag der CSU-Fraktion. Wir, die Freien Wähler, stimmen diesem Antrag uneingeschränkt zu. Er ist richtig und wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich müssen wir gegen Extremismus jeglicher Art kämpfen. Auch mir ist es so gegangen wie dem Kollegen Dr. Fischer: Ich dachte, als Sie, Herr Kollege Schindler, Ihren Redebeitrag begannen: Oh, da hat sich was verändert! Aber gegen Ende hin musste ich feststellen, das war eine trügerische Hoffnung.

Eigentlich wollte ich meinen Redebeitrag mit den Worten beginnen: Liebe Kollegen von CSU und FDP, versuchen wir doch künftig, solche Anträge fraktionsübergreifend zu stellen.

(Zurufe von der SPD: Aber dann richtig! - Dann müssen sie anders ausschauen!)

Denn das Ziel dieses Hauses, Kollege Dr. Beyer, muss es sein, dass wir einheitlich, ganzheitlich gegen Links- und Rechtsextremismus auftreten, und zwar ohne Gewichtung, was jetzt schlimmer oder weniger schlimm ist; denn das nutzt nur denen, die links und rechts außen ihre Spiele spielen. Die freuen sich doch geradezu, wenn wir Demokraten darüber diskutieren, was denn im Einzelfall schlimmer ist, der Links- oder der Rechtsextremismus.

Aber, Herr Kollege Meißner, in Ihrem Redebeitrag habe ich eines vermisst: Sie haben sich ausschließlich mit der Gewalt auseinandergesetzt; Ihr Antrag beinhaltet aber mehr. Er sagt, man solle sich mit den Wurzeln des Linksextremismus auseinandersetzen. Wenn man das Ganze nur auf die Gewalt reduziert, dann hat Kollege Schindler schon recht: Nun ja, dass wir alle gegen Gewalt sind, von links oder von rechts, ist eine Banalität. Ich unterstelle keinem hier im Haus, dass er heimlich mit einem sympathisiert, der Molotowcocktails wirft. Ich denke, das ist tatsächlich eine Banalität.

(Unruhe bei der SPD)

- Frau Kollegin Rupp, haben Sie da hinten einen anderen identifiziert?

Also ich meine, dieser Antrag geht weiter: Aufklärung und Prävention gegen Linksextremismus. Da muss ich schon sagen: Prävention und Aufklärung gegen Linksextremismus beginnen damit, dass man linksextremes Gedankengut ächtet, und dann müssten wir einmal darüber diskutieren, was linksextremes Gedankengut ist.

Da fange ich einmal mit Sahra Wagenknecht an, die im Deutschen Bundestag sitzt; da fange ich mit der Linkspartei an, die mit 10 % im Deutschen Bundestag sitzt. Das ist eine Realität.

(Dr. Andreas Fischer (FDP): Und mit der SPD koaliert!)

Ich muss nicht nur auf irgendwelche verwirrten Menschen schauen, die Molotowcocktails werfen; wir haben eine gesellschaftliche Bedrohung von Linksaußen, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Dagegen müssen wir alle als Demokraten mutig und entschlossen vorgehen.

Das fehlt mir. Das fehlt mir auf breiter Basis. Deswegen halte ich es für sehr wichtig, was Sie hier fordern: Aufklärungs- und Präventionsarbeit gegen Linksextremismus zu betreiben, alle präventiven Mittel zu ergreifen, um Entwicklungen im Bereich des Linksextremismus wirksam entgegenzuwirken. Dazu gehören natürlich auch Wahlergebnisse linksextremer Parteien, meine Damen und Herren. Jedes Mal, wenn irgendeine Wahl ist und die Linkspartei erneut in einen Landtag eingezogen ist oder zweistellige Ergebnisse bekommt oder gar, wie in den neuen Bundesländern, um Platz eins kämpft, nimmt man das mit einem Achselzucken hin.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Wenn aber in Sachsen die NPD in den Landtag kommt, dann sagt jeder zu Recht: Um Gottes willen, was ist da passiert?!

Meine Damen und Herren, wenn wir wirksam gegen Linksextremismus kämpfen wollen, dann müssen wir diesen Linksextremismus bekämpfen, dann müssen wir in den Schulen weitermachen, dann müssen wir der Gesellschaft deutlich zeigen, was denn die Wurzeln des Linksextremismus sind.

Sehr geehrter Kollege Schindler, ich habe mich schon gewundert, dass Sie sagen, die Herrschaft der Gemeinschaft über das Individuum sei ausschließlich rechtsextremes Gedankengut. Herr Kollege Schindler, die Herrschaft des Proletariats über das Individuum, das ist Karl Marx in Reinkultur.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das Gegenmodell zu Karl Marx ist unser Grundgesetz mit Artikel 1: "Die Menschenwürde ist unantastbar." Das sind die beiden Antipoden, das sind die beiden Gegensätze.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der CSU)

Hier haben wir als Demokraten unsere Aufgabe und unsere Pflicht, zu kämpfen. Deswegen, meine Damen und Herren, volle Zustimmung von den Freien Wählern für Ihren Antrag.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. - Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Tausendfreund für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auf das doch sehr verschrobene Weltbild des Herrn Pohl und seine speziellen Feindbilder möchte ich jetzt nicht eingehen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

sondern auf den Antrag. Wir werden den Antrag ablehnen.

Der erste Teil des Antrags ist ganz vernünftig, aber natürlich eine Selbstverständlichkeit. Wir beobachten schließlich alle die Kriminalitätsentwicklung in allen Bereichen. Egal, aus welcher Richtung die Gewalttätigkeiten motiviert sind - sie müssen verurteilt und geächtet werden.

Die Anzahl der linksextremistisch motivierten Gewalt- und Straftaten ist nach der Statistik 2009 deutlich angestiegen. Das bereitet auch uns Sorgen. Die Entwicklung muss aber genau analysiert werden, um darauf richtig reagieren zu können. Ein Blick in den Bundesverfassungsschutzbericht und auch in den Landesverfassungsschutzbericht gibt hier einen ersten Überblick. Für eine genaue Beurteilung der Qualität der Delikte muss man sich aber die einzelnen Straftaten doch genauer ansehen.

Sie finden in der Bundesstatistik unter den linksextremistisch orientierten Straftaten etliche, die den Tatbestand des Landfriedensbruchs erfüllten oder den des Widerstands gegen die Staatsgewalt, ohne ein Körperverletzungsdelikt beinhaltet zu haben. Sie zählen auch zu den Gewaltdelikten. Das muss man sich also einfach genauer anschauen. Ich will hier nichts herunterspielen, aber für einen klaren Blick auf die Probleme

me darf man sich nicht auf eine Statistik verlassen, sondern muss sie hinterfragen.

Die Zündung des Sprengsatzes auf der Demonstration in Berlin bringt tatsächlich eine neue Dimension in die Debatte. Dieser Anschlag ist durch nichts zu entschuldigen und aufs Schärfste zu verurteilen. Er ist ein Weckruf, wie Kollege Meißner gesagt hat, aber eine neue RAF steht nicht vor der Tür und sollte auch nicht herbeigeredet werden.

Dem zweiten und dem dritten Teil des Antrags können wir nicht folgen. Zunächst arbeiten Sie mit der immer wieder bemühten Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus. Dies wird den Problemen nicht gerecht. Dieser Vergleich verkennt die völlig unterschiedlichen Ursachen der beiden Phänomene. Dieser Vergleich relativiert die Gefahren, die von gewalttätigen Nazis ausgehen. Hier handelt es sich zielgerichtet um Angriffe auf Menschen, nur weil sie ausländisch aussehen, schwul sind, obdachlos sind oder, wie man im Fall Mannichl vermuten kann, wegen einer "Ehrverletzung".

(Unruhe)

Nach Angaben der Amadeu-Antonio-Stiftung sind seit 1990 149 Menschen in Deutschland bei rassistischen, homophoben oder obdachlosenfeindlichen Angriffen ums Leben gekommen. Dieses menschenverachtende Potenzial haben wir im Bereich der linksextremistischen Gewalt nicht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Allerdings müssen wir uns natürlich nach dem Sprengstoffanschlag in Berlin intensiv mit diesem neuen Phänomen auseinandersetzen.

Der Vergleich links - rechts verwässert die Gefahren, die im ideologischen Unterbau der rechten Szene stecken. Es wird versucht, nationalsozialistisches Gedankengut, Blut-und-Boden-Mentalität, Heldengedenken in einem neuen Gewande gesellschaftsfähig zu machen. Die Einschätzung im bayerischen Verfassungsschutzbericht geht diesbezüglich völlig fehl. Dort steht - hören Sie mir bitte zu: "Der Rechtsextremismus weist keine gefestigte, einheitliche Ideologie auf." Was soll denn das?! Hier besteht natürlich eine einheitliche, gefestigte Ideologie, und es wird versucht, diese in Jugendcamps zu vermitteln, auf Musikveranstaltungen, über die Verteilung der Schulhof-CDs etc. So wie es im Verfassungsschutzbericht steht, ist es pure Verharmlosung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dann arbeiten Sie mit der indirekt geäußerten Unterstellung, dass es hier Leute gäbe, die linksextremistische Gewalt billigen oder wegen des vermeintlich legitimen Widerstands gegen Rechtsextremismus gutheißen würden. So ist es indirekt in Ihrem Antrag formuliert. Das tut hier niemand. Davon ist natürlich zu unterscheiden, dass eine gewaltfreie Sitzblockade nicht unter den Gewaltbegriff fallen kann und das, was Herr Thierse gezeigt hat, sich dem rechten Mob entgegenzustellen, durchaus vorzeigenswert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht nicht darum, linke Gewalt oder sonstige Straftaten zu beschönigen, zu befürworten oder zu verharmlosen, sondern es geht um die dringend notwendige differenzierte Betrachtung des Linksextremismus und des Rechtsextremismus. Diese differenzierte Betrachtung ist nötig, um die richtigen Mittel zu wählen und um den jeweils negativen Bestrebungen wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen.

Wenn aber Links und Rechts immer wieder in einen Topf geworfen werden, wenn bei jeder Maßnahme gegen Rechtsextremismus immer wieder betont werden muss, dass der Linksextremismus genauso verwerflich ist, wenn peinlich genau darauf geachtet wird, dass in den Verfassungsschutzberichten jeweils in gleichem Umfang berichtet wird - auch wenn das nur an der Seitenzahl ablesbar ist - und Gruppen bei den Linksextremisten aufgeführt werden, die unseres Erachtens nicht hineingehören - ich nenne die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, VVN, die antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V., a.i.d.a.-, dann

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

ist dies kontraproduktiv für die Bekämpfung beider Phänomene.

Der dritte Teil des Antrags bedeutet unterm Strich, dass Sie die derzeitigen Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus eindampfen und finanzielle Mittel abziehen wollen. Die Maßnahmen, die Sie zur Prävention und zur Aufklärung über den Linksextremismus vorschlagen, stehen unter Haushaltsvorbehalt. Es heißt im Antrag: "Im Rahmen der vorhandenen Mittel." - Zusätzliche Mittel sind nicht vorgesehen, diese müssen Sie sich bei den Aktivitäten gegen rechts abknapsen.

Außerdem enthalten Ihre sehr vagen Vorschläge kein schlüssiges Konzept. Dieses müsste bereits mit einer vernünftigen Demokratieerziehung und der Vermittlung sozialer Kompetenzen ab dem Kindergarten beginnen. Dieses Konzept müssen Sie einfach liefern. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bevor ich Herrn Staatsminister das Wort erteile, weise ich auf einen Geschäftsordnungsantrag der CSU-Fraktion hin, dass wir die heutige Debatte beenden - das lasse ich jetzt beschließen, bevor es 19 Uhr ist -

(Zurufe von der CSU: Es ist bereits nach 19 Uhr!)

und abweichend von der Geschäftsordnung diesen Antrag beim nächsten Plenum zum Beschluss stellen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Mit namentlicher Abstimmung!)

- Namentliche Abstimmung wurde beantragt. Besteht dazu Einverständnis? Wer ist dafür?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ist damit jetzt die Aussprache beendet?)

- Nein, ich würde dem Herrn Minister noch das Wort erteilen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Aber innerhalb der Aussprache!)

- Ja, innerhalb der Aussprache.

(Zuruf von der SPD: Deutschland!)

- Der Anpfiff ist erst um 20.30 Uhr. Bis dahin sind wir locker fertig. Besteht damit Einverständnis in diesem Hohen Haus? - Vielen Dank, dann darf ich das so feststellen. Ich erteile dem Herrn Staatsminister das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf in aller Kürze

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Darin liegt die Würze!)

- sehr wohl, Herr Kollege - auf einige wenige Punkte dieser Debatte eingehen, weil mich insbesondere die Äußerungen von den GRÜNEN und der SPD besorgt machen und letztlich unterstreichen, wie wichtig es ist, dass wir darüber sprechen.

(Zuruf der Abgeordneten Susanna Tausendfreund (GRÜNE))

Es reicht nicht, sich nur auf die Debatte im Deutschen Bundestag zu beziehen.

Mir ging es zunächst auch wie dem Kollegen Fischer; ich hatte den Eindruck, dass sich die ersten Sätze von Herrn Schindler gar nicht so schlecht angehört haben. Aber dafür war das - entschuldigen Sie, wenn ich das so deutlich sage, Herr Kollege Schindler -, was anschließend kam, umso schlimmer. Es waren zwei Gedankengänge: Erstens, wurde hier gesagt, wer einen Sprengkörper auf einen Polizisten wirft, ist kein Linksextremist, sondern einfach ein Krimineller, und zweitens wurde anschließend erzählt, dass linksextremistisches Denken in vielen Fällen einen besonders idealistischen Hintergrund aus der Aufklärung habe. Das ist genau der Punkt, an dem die totale Verharmlosung von gewalttätigen Linksextremisten in unserem Land beginnt.

(Zurufe von der CSU: Bravo! - Beifall bei der CSU und der FDP)

Es sollte sich mal jemand erlauben, wenn Rechtsextremisten eine Gewalttat begehen, hier zu sagen: Wer in diesem Land zum Beispiel auf einen Ausländer einschlägt oder wer ein Ausländerhaus anzündet, ist kein Rechtsextremist, sondern einfach ein Krimineller. Das sollten wir hier einmal erleben, meine Damen und Herren. Dann würden Sie ein Protestgeschrei sondergleichen erheben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben über diese Themen schon oft genug gesprochen. Es ist doch offenkundig, was in Berlin abgelaufen ist. Es ist doch offenkundig, was in Städten wie Berlin seit Jahren abläuft. Das hat begonnen mit einer über Monate hinweg immer häufiger auftretenden Gewalt gegen Sachen, indem Polizeiautos, Bundeswehrautos und andere Regierungsfahrzeuge angezündet werden. Und dann ist es, wie wir es in unserem Land leider immer wieder erlebt haben, eskaliert; die Gewalt richtete sich dann gegen Personen. Genau das mussten wir jetzt in Berlin erleben.

Meine Damen und Herren! Ich freue mich, wenn wir in Fragen der Bekämpfung des Rechtsextremismus in diesem Hohen Haus immer wieder einen breiten Konsens haben. Aber es ist schlimm, wenn dieser Konsens in der Bekämpfung des Linksextremismus nicht genauso breit ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben das in der Vergangenheit nie zahlenmäßig gegeneinander aufgerechnet. Dass es Ihnen gegen den Strich geht, dass nach bundesweit völlig unbestrittenen Statistiken die Gewalttaten von Linksextremisten inzwischen die der Rechtsextremisten weit überholt haben, dass Sie immer noch nach Ausflüchten suchen, wie man das irgendwie verbrämen könn-

te, wie man sich vor dieser Entwicklung verstecken könnte, ist schon überaus bedauerlich, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Bravo! - Zuruf des Abgeordneten Franz Schindler (SPD))

Ich habe mich gefreut, dass Kollege Körting in den letzten Monaten in Berlin versucht hat, eine etwas härtere Gangart gegenüber den Linksextremisten anzuschlagen. Er hat gemerkt, dass er mit einer dauernden Deeskalationsstrategie, wie die das so schön nennen, nicht weiterkommt. Dann hat man noch - ich habe darüber im vergangenen Jahr gesprochen - am 1. Mai den niedersächsischen Polizeikollegen verboten, einen Wasserwerfer mit nach Berlin zu nehmen, weil das die Demonstranten unnötig reizen könnte, wenn da ein Wasserwerfer zu sehen ist. Meine Damen und Herren, bei uns bleibt der Wasserwerfer zunächst im Hinterhof, aber in dem Moment, in dem eine Demonstration eskaliert, muss der Wasserwerfer da sein; denn wir wollen nicht, dass unsere Polizisten, die für unsere Sicherheit den Kopf hinhalten, mit gefährlichen Körperverletzungen zu büßen haben, wenn sie für diesen Rechtsstaat eintreten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es absolut richtig und wichtig, was in dem heute vorliegenden Dringlichkeitsantrag steht. Deshalb müssen wir das gemeinsam weiter als Herausforderung begreifen. Ich kann Sie nur herzlich bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen links der Freien Wähler - die sind heute wenigstens mit an Bord, was diese klare Linie anbetrifft -, dass alles, was daneben ist, sich doch noch eines Besseren besinnt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Warum müssen Sie so schreien? - Zurufe von der SPD)

Wir brauchen gegen jede Form von Linksextremismus und von Gewalttätigkeit einen breiten Konsens der Demokraten. Es wäre wichtig, diesen auch hier zu erreichen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Herr Kollege Schindler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Franz Schindler (SPD): Herr Staatsminister, meine Damen und Herren! Ich war heute angenehm von den Ausführungen des Herrn Kollegen Meißner über-

rascht. Ich habe auf die Ausführungen des Herrn Bosbach im Deutschen Bundestag Bezug genommen und festgestellt, dass dort versucht worden ist, in abgewogener Art und Weise ein Phänomen zu beschreiben und für dieses Problem eine Lösung zu finden. Ich stelle fest, dass das offensichtlich nicht Ihre Absicht ist. Sie behandeln das Thema wie in einem Bierzelt, um dann hinterher die Gemeinsamkeit einzufordern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn es Ihnen wirklich um den Konsens ginge, würden Sie nicht versuchen, anderen das Wort im Munde herumzudrehen, sondern akzeptieren, was hier gesagt worden ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aus Ihrer Rede muss man den Eindruck gewinnen, dass es Ihnen gerade nicht um den Konsens geht. Das bedauere ich ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Harald Güller (SPD): Jetzt muss er seine Worte wohl wägen!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): - Ich wäge meine Worte gut. Es wäre gut gewesen, wenn Herr Kollege Schindler seine Worte auch gewogen hätte.

Herr Kollege Schindler, es ist eine offenkundige und fadenscheinige politische Ausflucht, wenn Sie hier erklären, dass jemand, der gegenüber einem Polizisten gewalttätig wird oder einen Sprengkörper wirft, kein Linksextremist, sondern ein Krimineller sei. Natürlich ist eine solche Person kriminell. Aber natürlich ist so jemand nicht irgendein Gewalttäter, der dabei ist, eine Bank auszurauben. Hinter einer solchen Tat steht eine politische Gesinnung. Diese Gewalttaten wurden offensichtlich aus dieser politischen Gesinnung heraus verübt. Es werden schließlich nicht irgendwelche Fahrzeuge angezündet, sondern Polizeifahrzeuge, Bundeswehrfahrzeuge und Regierungsfahrzeuge. Dahinter steht eine politische Gesinnung.

Wir müssen bereit sein, uns mit dieser linksextremistischen Gesinnung offensiv auseinanderzusetzen. Ich kann es deshalb keinem durchgehen lassen, wenn er verharmlosend von irgendwelchen idealistischen Gesinnungen erzählt, die hinter solchen Taten steckten. Wir brauchen einen eindeutigen Konsens.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Warum schreien Sie denn so?)

Gewalt ist völlig indiskutabel. Wer eine extremistische Haltung hat und aus dieser Haltung heraus derartige Straftaten verübt, trifft auf den geschlossenen Widerstand der Demokraten in diesem Land. Dafür werbe ich. Dafür müssen wir kämpfen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister, mir liegt ein weiterer Wunsch nach einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Tausendfreund vor.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie müssen uns nicht so anschreien!)

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Minister, Sie sind bereits sehr lange an diesem Thema dran und kennen dessen Brisanz. Welche Präventionsmaßnahmen hat die Regierung denn in der Vergangenheit gegen den Linksextremismus ergriffen? Was hat die Regierung eigentlich dagegen getan? Hier handelt es sich um einen Antrag der die Regierung stützenden Fraktionen. Warum haben Sie nicht längst die notwendigen Mittel bereitgestellt? Dann wäre dieser Antrag vielleicht überhaupt nicht erforderlich geworden.

Etwas wollte ich noch sagen: Meines Wissens ist der Vorfall, der in Berlin stattgefunden hat, noch nicht aufgeklärt. Man weiß heute noch nicht, wer die Täter sind. Wir gehen zwar davon aus, dass sie aus dem linksextremistischen Umfeld stammen, aber der Fall ist noch nicht aufgeklärt. Das wollte ich ergänzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Kollegin Tausendfreund, dass dieser Fall noch nicht restlos aufgeklärt ist, hängt ganz wesentlich damit zusammen, dass sich inmitten dieser ansonsten völlig zulässigen Demonstration ein Block von verummten Demonstranten aufgehalten hat. In den letzten Tagen habe ich deutlich gesagt, dass es leider im Rahmen der Deeskalationsstrategie in Berlin immer wieder zugelassen wird, dass sich Vermummte in einer solchen Demonstration aufhalten. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns in Bayern um einen konsequenten Polizeieinsatz bemühen. Wenn sich ein Vermummter entgegen den klaren Auflagen und Vorschriften in einer solchen Demonstration aufhält, wird er aus dem Verkehr gezogen oder die ganze Demonstration wird gestoppt.

Wehret den Anfängen. Hier darf es keine falsche Toleranz geben. Genau deswegen können wir solche Straftäter ermitteln. Deshalb müssen wir in Bayern unseren konsequenten Kurs weiterverfolgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Frau Kollegin Rupp hat noch eine persönliche Erklärung nach der Geschäftsordnung abzugeben.

(Eberhard Sinner (CSU): Wollen Sie Ihren Tipp für das Fußballspiel abgeben?)

Adelheid Rupp (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) - Nein, ich gebe keinen Tipp für das Fußballspiel ab.

Ich war selten in diesem Landtag so verärgert wie jetzt über die gerade laufende Debatte. Kolleginnen und Kollegen, Herr Innenminister, ich fand die Debatte bis zu dem Zeitpunkt, als Herr Pohl ans Mikrofon trat, einigermaßen erträglich. Es gab sinnvolle und gute Wortbeiträge. Herrn Pohls Sicht der Dinge hätte mich nicht motiviert, ans Rednerpult zu treten. Zu Ihnen möchte ich aber etwas brutal sagen: Eine solche Sichtweise, wie Sie hier vorgetragen haben, ist meines Erachtens eines Demokraten nicht würdig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Rupp, ich möchte Sie ausdrücklich darauf hinweisen, dass Sie im Rahmen von persönlichen Erklärungen nur Angriffe gegen sich selbst zurückweisen dürfen.

Adelheid Rupp (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Das werde ich jetzt tun.

Ich bin Mitglied einer linksextremistischen Organisation, nämlich von a.i.d.a. Ich bin nicht das einzige Mitglied dieses Landtags, das Mitglied bei a.i.d.a. ist. Das hat gute Gründe. a.i.d.a. ist eine Organisation, die unglaublich viel Aufklärungsarbeit in Sachen Neonazis und Neonazismus leistet. Sie steht völlig unberechtigt im Verfassungsschutzbericht. Das wissen wir alle. Sie befürworten nach wie vor, dass a.i.d.a. als linksextremistisch abqualifiziert wird. Diese Organisation leistet für Jugendliche und in anderen Bereichen eine äußerst wertvolle Arbeit.

Sie haben heute alle, die Sie als Linksextremisten bezeichnen, auch als potenzielle Gewalttäter bezeichnet. Dagegen wehre ich mich vehement. Ich muss es mir von keinem Innenminister bieten lassen, mich als potenzielle Gewalttäterin darstellen zu lassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Innenminister, ich bin ehrlich gesagt fassungslos angesichts Ihrer absoluten Undifferenziertheit und Plattheit, mit der Sie dieses Thema behandeln. Hier geht es um Demokratie.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das sind Ausführungen zur Sache! Das ist unerhört, Herr Präsident!)

Herr Minister, Sie sind heute extrem hetzend aufgetreten.

(Unruhe bei der CSU, der FDP und den Freien Wählern)

- Herr Präsident, sorgen Sie bitte für Ruhe.

Herr Innenminister, ich fühle mich persönlich zutiefst von Ihren Aussagen betroffen. Sie sollten einmal darüber nachdenken, was Sie damit anrichten. Indem Sie Menschen in dieser Art abqualifizieren, verhindern Sie, dass sie sich gegen Nazis engagieren. Sie stellen Menschen, die sich für die Demokratie engagieren, in eine Ecke, in die sie nicht gehören. Sie stellen auch uns, die wir Mitglied bei a.i.d.a. sind, in diese Ecke. Ich sage Ihnen eines: Das ist eines Innenministers definitiv nicht würdig. Für solche Ausführungen sollten Sie sich meiner Meinung nach schämen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Das war eine persönliche Erklärung. Das Hohe Haus nimmt sie zur Kenntnis.

Die Abstimmung erfolgt - wie vorhin beschlossen - in namentlicher Form im Rahmen der Sitzungsfolge vom 13. bis zum 15. Juli 2010.

Meine Damen und Herren, der Tagesordnungspunkt 5 wird aus Zeitmangel in die nächste Sitzung überwiesen.

Frau Präsidentin Stamm hat noch Karten für heute Abend in der Hand. Ich rege an, heute an dem gemeinsamen Abend teilzunehmen. Er dient einem guten Zweck. Ein Hinweis für die Raucher: Die Arkade hinter dem Lesezimmer wird aufgemacht, damit der Weg zum Rauchen nicht so weit ist.

Die verbliebenen Dringlichkeitsanträge 16/5213 mit 16/5217 werden in die Ausschüsse überwiesen. Solange noch einige Leute da sind, darf ich die Sitzung schließen.

(Schluss: 19.19 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Flexible Mieten für kulturelle Veranstaltungen
 Drs. 16/3667, 16/5053 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<u>A</u>	<u>A</u>	<u>ENTH</u>	<u>Z</u>	<u>A</u>

2. Antrag der Abgeordneten Harald Schneider, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
 Ausbildung von afghanischen Polizeioffizieren in Bayern
 Drs. 16/3927, 16/5033 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<u>A</u>	<u>Z</u>	<u>Z</u>	<u>ohne</u>	<u>A</u>

**bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<u>A</u>	<u>Z</u>	<u>Z</u>	<u>Z</u>	<u>A</u>

3. Antrag der Abgeordneten Karin Pranghofer, Martin Güll, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
 Anstellung einer pädagogischen Zweitkraft in schulvorbereitenden Einrichtungen
 Drs. 16/4056, 16/5036 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<u>A</u>	<u>Z</u>	<u>Z</u>	<u>Z</u>	<u>A</u>

4. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Annemarie Biechl, Albert Füracker u.a. CSU
Bericht zum Ernährungscluster
Drs. 16/4058, 16/5039 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
Pilotprojekt zur Reduzierung der elektromagnetischen Strahlenbelastung durch Mobilfunk initiieren
Drs. 16/4106, 16/5042 (A)

der Dringlichkeitsantrag wird einzeln beraten

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Anbau der gentechnisch veränderten Kartoffel Amflora in Deutschland
Drs. 16/4136, 16/5043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wirksamer Jugendschutz im Internet
Drs. 16/4234, 16/4996 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

8. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Fortführung des Projekts „Junge Eltern/Familien“
Drs. 16/4346, 16/5040 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

9. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Förderung des Sojaanbaus in Bayern
Drs. 16/4348, 16/5041 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☐ A	☐ Z	☐ Z	☐ ENTH	☐ A

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
20 Jahre Frauen bei der Bayerischen Polizei: Chancengerechtigkeit herstellen!
Drs. 16/4391, 16/5055 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☐ A	☐ Z	☐ ENTH	☐ Z	☐ A

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger,
Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FW)
Kräftebedarfsberechnung für die Bayerische Polizei umgehend erstellen
und „Altbewerberprogramm“ für den gesamten Freistaat wieder aufstellen!
Drs. 16/4458, 16/5056 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☐ A	☐ A	☐ Z	☐ ENTH	☐ A

12. Antrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer,
Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP)
Blutentnahmen in Ermittlungsverfahren
Drs. 16/4568, 16/4978 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☐ Z	☐ Z	☐ Z	☐ Z	☐ Z

13. Antrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann, Thomas Dechant FDP
Anhörung Bayerisches Naturschutzgesetz
Drs. 16/4569, 16/5044 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutz der „Verantwortungsarten“
Drs. 16/4653, 16/5045 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BayKiBiG mit UN-Konvention abgleichen
Drs. 16/4775, 16/5116 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

16. Antrag der Abgeordneten Dr. Andreas Fischer, Brigitte Meyer FDP, Petra Guttenberger u.a. CSU
Kritischer Umgang mit dem Rücknahmeabkommen mit Syrien
Drs. 16/3978, 16/5166 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.06.2010 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u. a. und Fraktion FW; zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Neuen Dienstrecht in Bayern (Drs. 16/3200) (Drucksache 16/5209)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin			
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayer Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	55	83	8